

Stenographischer Bericht

7. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIII. Gesetzgebungsperiode – 21. Mai 1996

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Keshmiri.

1. a) Zuweisungen (470).

b) Anträge (470).

c) Mitteilungen (472).

2. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 60/1, Beilage Nr. 1, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Schulzeit-Ausführungsgesetz geändert wird.

Berichterstatter: Abg. Ussar (472).

Redner: Abg. Ussar (472), Abg. Beutl (474), Landesrätin Dr. Rieder (475).

Beschlußfassung (476).

3. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 48/1, betreffend den Bodenschutzbericht 1994.

Berichterstatter: Abg. Alfred Prutsch (476).

Redner: Abg. Alfred Prutsch (476), Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (477), Abg. Dr. Karisch (479), Abg. Dietrich (480), Abg. Mag. Zitz (481), Landesrat Pörtl (482).

Beschlußfassung (484).

4. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 50/1, betreffend den Tätigkeitsbericht 1994 der Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle bei der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark.

Berichterstatterin: Abg. Pußwald (484).

Redner: Abg. Dr. Wabl (484), Abg. Ing. Peinhaupt (485), Abg. Pußwald (487), Landesrat Pörtl (488).

Beschlußfassung (489).

5. Bericht des Ausschusses für Bau, Wohnbau und Raumordnung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 62/1, betreffend den Erwerb von Landesmietwohnungen durch darin wohnende Landesbedienstete.

Berichterstatter: Abg. Heibl (489).

Redner: Abg. Dr. Wabl (490).

Beschlußfassung (491).

6. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 49/1, betreffend den vierteljährlichen Bericht über den Stand der Europäischen Integration für das letzte Vierteljahr 1995.

Berichterstatter: Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (491).

Redner: siehe Tagesordnungspunkt 7.

Beschlußfassung (505).

7. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 104/1, betreffend den vierteljährlichen Bericht über den Stand der Europäischen Integration für das erste Vierteljahr 1996.

Berichterstatter: Abg. Dipl.-Ing. Grabner (491).

Redner zu den Tagesordnungspunkten 6 und 7: Abg. Dipl.-Ing. Grabner (492), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (496), Abg. Dipl.-Ing. Vesko (498), Abg. Mag. Zitz (500), Abg. Dr. Brünner (501).

Beschlußfassung (505).

8. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 68/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura und Ing. Peinhaupt, betreffend Privilegienabbau.

Berichterstatterin: Abg. Mag. Bleckmann (505).

Redner: Abg. Gennaro (505), Abg. Dr. Wabl (507), Abg. Mag. Bleckmann (509), Abg. Dipl.-Ing. Vesko (513), Abg. Dr. Lopatka (514), Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (515).

Beschlußfassung (516).

9. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 41/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Lopatka, Dr. Karisch, Purr und Riebenbauer, betreffend die Erweiterung der Verfassungsautonomie der österreichischen Bundesländer.

Berichterstatter: Abg. Dr. Lopatka (516).

Redner: Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (516).

Beschlußfassung (518).

10. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über den Antrag, Einl.-Zahl 87/1, der Abgeordneten Dr. Karisch, Beutl, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch und Pußwald, betreffend Senkung des Benzolgehaltes im Benzin auf unter ein Prozent.

Berichterstatterin: Abg. Dr. Karisch (518).

Redner: Abg. Dr. Karisch (518), Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (518), Abg. Mag. Zitz (519).

Beschlußfassung (520).

11. Bericht des Kontroll-Ausschusses über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 9/1, in bezug auf das Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 1994 (Wiedereinbringung).

Berichterstatter: Abg. Ing. Mag. Hohegger (520).

Redner: Abg. Gross (520).

Beschlußfassung (522).

Beginn der Sitzung: 10.06 Uhr.

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Hohes Haus!

Heute findet die siebente Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XIII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung.

Entschuldigt ist die Frau Abgeordnete Keshmiri.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Geschäftsstücke liegen heute auf, die ich wie folgt zuweise:

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Reinhold Purr, die Zuweisungen zu verlesen.

Abg. Purr:

Zuweisungen an die Landesregierung:

den Antrag, Einl.-Zahl 142/1, der Abgeordneten Korp, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Schuster und Vollmann, betreffend eine Modernisierung der Lehrlingsausbildung;

den Antrag, Einl.-Zahl 143/1, der Abgeordneten Ussar, Kaufmann, Dr. Flecker, Schrittwieser und Vollmann, betreffend Förderung der Errichtung eines Qualitätsschlachthofes in Leoben.

Zuweisung an den Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 153/1, Beilage Nr. 25, Gesetz über die fachlichen Anstellungserfordernisse für die vom Land Steiermark oder von den Gemeinden oder Gemeindeverbänden anzustellenden KindergärtnerInnen, ErzieherInnen an Horten und ErzieherInnen an Schülerheimen, die ausschließlich oder vorwiegend für Schüler von Pflichtschulen bestimmt sind.

Zuweisungen an den Finanz-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 147/1, betreffend den Abverkauf der Grundstücke 408/20 und 1202 der EZ. 693, KG. Mürrzuslag, an Othmar Kern, Spital am Semmering, Grautschenhof 15, zum Preis von 1.300.000 Schilling;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 148/1, betreffend den Abverkauf des Trennstückes 1 des Grundstückes 56 der EZ. 2727, KG. 63125 Webling, im Ausmaß von 785 Quadratmeter an die Interessensgemeinschaft Süd-Ost um 769.300 Schilling.

Zuweisungen an den Gemeinde-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 150/1, Beilage Nr. 22, Gesetz über die Einmalzahlung für die Bediensteten der Landeshauptstadt Graz in den Jahren 1996 und 1997;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 151/1, Beilage Nr. 23, Gesetz, mit dem die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz geändert wird.

Zuweisung an den Kontroll-Ausschuß:

den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 144/1, über die Stadtwerke Leoben.

Zuweisungen an den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 146/1, betreffend den Tierschutzbericht 1994/95,

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 149/1, Beilage Nr. 21, Gesetz über das Fischereirecht in Steiermark (Steiermärkisches Fischereigesetz 1996).

Zuweisung an den Sozial-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 141/1, betreffend die Präsentation eines Berichtes über die Lage der behinderten Menschen (Behindertenplan) in der Steiermark.

Zuweisungen an den Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 139/1, Beilage Nr. 16, Gesetz über die Organisation der Bezirkshauptmannschaften und die Zuständigkeit der Bezirksverwaltungsbehörden in der Steiermark (Steiermärkisches Bezirkshauptmannschaftengesetz);

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 152/1, Beilage Nr. 24, Landesverfassungsgesetz über den Verlauf der Staatsgrenze zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien in den Grenzabschnitten II, IV bis VII und in Teilen der Grenzabschnitte IX und X (regulierter Glanzbach).

Zuweisung an den Ausschuß für Wissenschaft, Forschung und neue Technologien:

den Antrag, Einl.-Zahl 145/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Lopatka, Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Brünner und Dietrich, betreffend Sparmaßnahmen im Universitätsbereich.

Präsident: Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Anträge wurden heute eingebracht, die ich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführe.

Ich ersuche wiederum den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Reinhold Purr, die Verlesung der Anträge vorzunehmen.

Abg. Purr:

Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend den Einbau von Wasserzählern als Förderungsvoraussetzung bei der Errichtung von Wohnungen, Wohnheimen und Eigenheimen;

Antrag der Abgeordneten Heibl, Schleich, Dipl.-Ing. Grabner und Dr. Flecker, betreffend die Vollziehung des Steiermärkischen Grundverkehrsgesetzes;

Antrag der Abgeordneten Schleich, Heibl, Dipl.-Ing. Grabner, Dipl.-Ing. Getzinger und Herrmann, betreffend die Vollziehung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes;

Antrag der Abgeordneten Heibl, Schleich, Dipl.-Ing. Grabner, Dipl.-Ing. Getzinger und Herrmann, betreffend die Vollziehung des Steiermärkischen Baugesetzes;

Antrag der Abgeordneten Heibl, Schrittwieser, Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpl, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend den zweigleisigen Ausbau der Eisenbahnverbindung Graz-Spielfeld;

Antrag der Abgeordneten Gennaro, Dr. Flecker, Günther Prutsch, Gross, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpl, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend die rasche Umsetzung von Projekten im Sinne des Sonderinvestitionspro-

grammes der Budgetvereinbarung für die Haushaltsjahre 1996 und 1997;

Antrag der Abgeordneten Kaufmann, Vollmann, Schrittwieser und Ussar, betreffend die Förderung von Beherbergungsbetrieben im allgemeinen und des Tourismus- und Ausbildungsprojektes Eisenerz im besonderen;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Gennaro, Gross und Günther Prutsch, betreffend die Änderung der Förderungsrichtlinien des steirischen Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogrammes;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Huber, Dr. Flecker und Mag. Erlitz, betreffend Beauftragung der Energieverwertungsagentur mit der Durchführung einer Bedarfsstudie zur 380-kV-Leitung;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Heibl, Korp und Kröpfl, betreffend den Grenzwert für Nitrat im Trinkwasser und im Grundwasser;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Herrmann, Kröpfl und Mag. Erlitz, betreffend Biotopkartierung und Tabuzonenkartierung;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Huber, Schleich, Günther Prutsch und Herrmann, betreffend Erlassung von Richtlinien für die Förderung der energetischen Nutzung der Geothermie;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Kaufmann, Herrmann und Schleich, betreffend Förderungsprogramm für Pilotanlagen zur mechanisch-biologischen Restmüllbehandlung;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Günther Prutsch, Heibl und Kaufmann, betreffend den verstärkten Einsatz von „Ökodiesel“ in Kraftfahrzeugen des Landes Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Purr, Riebenbauer, Dr. Lopatka und Straßberger, betreffend die rasche Umsetzung von Projekten im Sinne des Sonderinvestitionsprogrammes der Budgetvereinbarung für die Haushaltsjahre 1996 und 1997;

Antrag der Abgeordneten Tasch, Pußwald, Posch und Alfred Prutsch, betreffend die Erhaltung des Lehrforstes an der HBLA Raumberg/Trautenfels;

Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Dipl.-Ing. Getzinger, Mag. Zitz und Schützenhöfer, betreffend die Umbenennung des Landtagsausschusses für Europäische Integration in „Ausschuß für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit“;

Antrag der Abgeordneten Tschernko, Heibl, Günther Prutsch, Alfred Prutsch und Wiedner, betreffend die Durchführung einer Landesausstellung in Leibnitz-Wagna zum Thema „Römer in der Steiermark – Flavia Solva“;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend Kosten für das Personalerfordernis der Landeslandwirtschaftskammer zur Erfüllung der vom Land übertragenen Agenden;

Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend die umfassende Novellierung und Wiederverlautbarung des Steiermärkischen Kulturförderungsgesetzes, LGBl. Nr. 87/1985;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend Minderrung der Erwerbsfähigkeit;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend Förderung des heimischen Kartoffelbaues;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend die Diskriminierung der Rundholztransporte in Österreich;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Dietrich und Mag. Bleckmann, betreffend die Einführung der Mineralölsteuerrückvergütung für landwirtschaftliche Fuhrwerke;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend Zuschuß für Milch;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend EU-konforme Sicherstellung des Zuschusses bei der Anlieferung von Milch und Milcherzeugnissen an Abnehmer im Sinne der EU-Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse im Rahmen der zustehenden einzelbetrieblichen Anlieferungsreferenzmenge, für die keine Zusatzabgabe zu entrichten ist;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend die Einrichtung eines flächendeckenden EDV-unterstützten Informationssystems für landwirtschaftliche Betriebs- und Förderungsberatung;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Tierschutz- und Tierhaltegesetzes, LGBl. Nr. 74/1984, in der Fassung LGBl. Nr. 45/1993;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend die Änderung der Pauschalierungsverordnung für landwirtschaftliche Betriebe;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend Änderung der Gewerbeordnung im Bereich der bäuerlichen Direktvermarktung und des landwirtschaftlichen Nebengewerbes;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend die Gleichschaltung von Honorarleistungen an praktische Ärzte im Bereich der bäuerlichen Krankenversicherung;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend die Gleichstellung von Voll- und Nebenerwerbsbauern in der bäuerlichen Unfallversicherung;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend Ausnahmeregelung für bäuerliche Nachbarschaftshilfe bei der Beitragspflicht zur Kranken- und Pensionsversicherung;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Mag. Bleckmann und Schinnerl, betreffend die Änderung der Bemessungsgrundlage für die Bereitstellung von Leistungseinheiten bei Strom durch die STEWEAG und Förderung der Anlagentrennung aus öffentlichen Mitteln;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend die Selbstbehaltregelung in der Sozialversicherungsanstalt der Bauern;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Mag. Bleckmann, Dietrich und Schinnerl, betreffend pensionsbegründende Anrechnung der Kindeserziehungszeiten bei Bäuerinnen;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Mag. Bleckmann, Dietrich und Schinnerl, betreffend verpflichtende Entschädigung aller sich ergebenden wirtschaftlichen Nachteile, die aus Verordnungen auf Grund des Wasserrechtsgesetzes resultieren;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend die Anerkennung der außerlandwirtschaftlichen Berufsausbildung im Zuge des Dualsystems in den steirischen Landwirtschaftsschulen;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend soziale Gleichbehandlung der Bauern;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend Soforthilfe im Wintergetreidebau;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Ing. Schreiner, Wiedner und Mag. Bleckmann, betreffend eine rasche und umweltgerechte Verkehrsentlastung der Ortschaft St. Georgen ob Judenburg;

Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Ing. Schreiner, Schinnerl, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend die Abänderung des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes;

Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend die Novellierung des steiermärkischen Landesbeamtengesetzes;

Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Ing. Schreiner, Schinnerl, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend Änderung der Landesverfassung;

Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend die Novellierung des steiermärkischen Landesvertragsbedienstetengesetzes.

Präsident: Ich teile dem Hohen Haus mit, daß Frau Landesrätin Dr. Anna Rieder die Anfrage der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend die Finanzierung des Frauenhauses Graz, schriftlich beantwortet hat.

Eingebracht wurde eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz, Dr. Brünner und Keshmiri an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend ennsnahe Trasse.

Gemäß Paragraph 58 Abs. 1 der Geschäftsordnung kann in diesem Fall von Landtag beschlossen werden, dieser Anfrage stattzugeben.

Wer dieser Anfrage der Grünen und Liberalen zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle fest, daß der Antrag nicht die erforderliche Mehrheit erhalten hat und daß die Anfrage daher nicht gestellt werden wird.

Ich gehe zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 27 Absatz 3 der Geschäftsordnung über und komme zum Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 60/1, Beilage Nr. 1, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Schulzeit-Ausführungsgesetz geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Siegfried Ussar.

Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ussar (10.18 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Gesetz, mit dem das Steiermärkische Schulzeit-Ausführungsgesetz geändert wird, Einl.-Zahl 60/1.

Der vorliegende Entwurf einer Novelle zum steiermärkischen Schulzeit-Ausführungsgesetz enthält vor allem schulzeitgesetzliche Bestimmungen, die sich aus der Grundsatzgesetzgebung des Bundes ableiten. Die Grundsatzgesetzgebung des Bundes hat dabei im wesentlichen die sogenannte Schulautonomie in der 14. Schulorganisationsgesetz-Novelle, die ganztägigen Schulformen (15. Schulorganisationsgesetz-Novelle) sowie die Möglichkeit der Freigabe des Samstages an allen allgemeinbildenden Pflichtschulen zum Inhalt.

Wir haben hier im Gesetz, angefangen vom Paragraphen 2 Absatz 4 bis zum Paragraphen 15 Absatz 4, die Änderungen detailliert aufgeführt. Sie wurden im Ausschuß beraten, und ich darf hier um die Annahme bitten. (10.19 Uhr.)

Präsident: Danke, Herr Berichterstatter. Bevor ich Ihnen auch als Diskussionsredner das Wort erteile, habe ich die angenehme Pflicht, einige Begrüßungen vorzunehmen.

Heute begrüße ich auf der Zuschauergalerie folgende Besuchergruppe: 27 Schüler der 4 b-Klasse der Hauptschule I Weiz unter der Leitung von Frau Hauptschuloberlehrerin Franziska Kuntschner.

Weiters begrüße ich die 35 Schüler der 3. Klasse Handelsschule und die zehn Schüler des Sonderlehrganges der landwirtschaftlichen Fachschule Grottenhof-Hardt unter der Leitung von Frau Mag. Greimel. Ich heiße Sie herzlich willkommen.

Nun erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ussar das Wort.

Abg. Ussar (10.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Das österreichische Bildungswesen hat vor allem auch in den vergangenen zwei Jahrzehnten – und ich betone das besonders – große Fortschritte gemacht.

In unseren Schulen, sehr geehrte Damen und Herren, unterrichten mehr Lehrer als je zuvor. Vor allem auch die Bildungsbenachteiligung der Mädchen wurde aufgehoben. Wesentlich mehr Jugendliche

legen die Reifeprüfung ab und beginnen Studien an Universitäten und Hochschulen. Nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz, sehr geehrte Damen und Herren, unserer Heranwachsenden nimmt nach dem Ende der Schulpflicht keine weitere Berufsausbildung wahr.

Im Diskussionspapier „Initiative Peter Schachner – Arbeit für unser Land“ ist dem Bildungswesen breiter Raum gewidmet, und mir gefällt vor allem auch eine Passage ganz besonders, weil ich sie immer wieder auch im Hohen Haus besprochen habe, in der Schuldebatte, daß hier vor allem im Schuleingangsbereich die Schülerzahl 25 als Höchstzahl ganz besonders hervorgehoben wird. Wir alle wissen, je geringer die Schülerzahl, umso effizienter ist auch die Möglichkeit, sowohl die begabten als auch die weniger begabten Schüler zu fördern.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir müssen aber allgemein feststellen, daß die organisatorische und pädagogische Modernisierung des österreichischen Bildungswesens noch lange nicht abgeschlossen ist auf Grund neuer Entwicklungen, vor allem in Gesellschaft und Wirtschaft, wie etwa die Veränderungen der Umstände des Aufwachsens der Kinder und Jugendlichen. Beachten wir, daß rund 60 Prozent der Ehepaare und Mütter einen Beruf ausüben. Ich betone die rasanten technologischen Entwicklungen mit ihren sozialen Folgen, den verstärkten internationalen Wettbewerb in einem sich vereinigenden Europa, weltweit die Wanderungsbewegungen als Konsequenz der Öffnung der Grenzen und des Zusammenbruches totalitärer Staaten. Die erkennbaren Prozesse, die wir immer wieder sehen, der Entsolidarisierung, das Aufkommen überwunden geglaubter Erscheinungen des Nationalismus und des Faschismus, die Gefährdung des Friedens, der Umwelt, aber auch wachsende Ansprüche auf Mitwirkung und Selbstbestimmung stellen das Bildungssystem vor neue Herausforderungen. Wir müssen, sehr geehrte Damen und Herren, den Wandlungen im gesellschaftlichen Umfeld der Schule besonders Rechnung tragen.

Univ.-Prof. Dr. Helmut Seel, der langjährige Schulsprecher im Parlament der sozialdemokratischen Fraktion in Wien, hat hier folgende Notwendigkeiten besonders in den Vordergrund gestellt.

Erstens: Die Schule muß als Lebensraum der Kinder und Jugendlichen Geborgenheit bieten, Wohlfühlen sichern, zum Erkunden und Erfahren der Welt anregen und das Erlernen von Zusammenarbeit und Konfliktaustragung ermöglichen.

Zweitens: Die Lehrer müssen ausreichend Zeit zur Hilfe für Bewältigung individueller und kollektiver Probleme der Heranwachsenden haben und diese Unterstützung bei Orientierungskrisen besonders anbieten.

Drittens: Das verständnisvolle und friedliche Zusammenleben und Zusammenlernen von Kindern und Jugendlichen mit verschieden ausgeprägten Befähigungen und von unterschiedlicher soziokultureller Herkunft sind besonders zu fördern und verstärkt zu pflegen. Es geschieht auch in unseren Schulen in umfassender Weise.

Viertens: Um Vermassungs- und Anonymisierungstendenzen in der Schule entgegenzuwirken, sind

durch die Gliederung größerer Schulen in pädagogische Einheiten, den Altersstufen entsprechend, überschaubare soziale Felder zu schaffen.

Soweit Univ.-Prof. Dr. Helmut Seel.

Und nun, sehr geehrte Damen und Herren, wir haben im Vorjahr hier im Hohen Haus das Steiermärkische Pflichtschülerhaltungsgesetz sowie das Steiermärkische Pflichtschulorganisations-Ausführungsgesetz verabschiedet. Wesentlicher Inhalt dieser genannten Steirischen Schulgesetz-Novellen waren erstens Schulautonomie in der 14. SCHOG-Novelle, zweitens ganztägige Schulformen in der 15. SCHOG-Novelle, drittens die Integration behinderter Kinder in der 15. SCHOG-Novelle und schließlich viertens, wie wir gemeinsam beschlossen haben, die neue Schulsprengelregelung.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Schulautonomie wurde die Festlegung der Öffnungs- und Teilungszahlen für Freigegegenstände, unverbindliche Übungen sowie der Förderunterricht den Schulpartnern im Rahmen der zur Verfügung stehenden Lehrerwochenstunden überlassen. Eine Ausnahme bildete der Werkunterricht. Eine Gruppe im Werkunterricht darf maximal 20 Schüler aufweisen. Und diese Regelung kann meiner Ansicht nach auch als Schutzklausel für die Werklehrer bezeichnet werden.

Nun zu den ganztägigen Schulformen. Diese gab es bisher nur im Schulversuch. Nunmehr sind sie gesetzlich verankert. In der Steiermark, sehr geehrte Damen und Herren, gibt es derzeit 33 Ganztagschulen, davon sind 25 in Pflichtschulen. Somit liegt unsere steirische Heimat nach Wien mit 93 Schulen, Oberösterreich mit 35 Schulen im Spitzenfeld unseres Landes.

Auf dem Gebiet der Integration von behinderten Kindern hat die Steiermark sogar eine Vorreiterrolle ausgeübt. Ich darf hier besonders darauf hinweisen, daß schon vor zehn Jahren die jetzige Frau Bezirksschulinspektorin und damalige Direktorin der Integrationschule in Kalsdorf, Helga Thomann, hier wirklich Pionierarbeit geleistet hat. Derzeit, sehr geehrte Damen und Herren, gibt es in der Steiermark 3021 behinderte Kinder, davon werden schon 976 integriert. Das heißt, daß bereits jeder dritte Schüler integriert wird. Insgesamt gibt es 387 Integrationsklassen, davon 307 Klassen im Volksschulbereich, die restlichen Klassen sind in Hauptschulen und Bundesschulen.

Im Rahmen der neuen Sprengeländerung hat der Bürgermeister der Wohnsitzgemeinde auf Grund der persönlichen Verhältnisse des Schülers, die individuellen Bildungsziele und Verkehrsverhältnisse den schulsprengelfremden Besuch zu bewilligen.

Und erstmals, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eine Berufung gegen diese Entscheidung des Bürgermeisters an die Bezirksverwaltungsbehörde nach dieser Novelle möglich gewesen.

Sehr geehrte Damen und Herren, und nun ganz kurz. Heute liegt uns der Entwurf einer Novelle zum Steiermärkischen Schulzeitausführungsgesetz vor. Dieser Entwurf enthält vor allem schulgesetzliche Bestimmungen, die sich auf Grund der Grundsatzgesetzgebung des Bundes ableiten. Wie bereits erwähnt, hat die Grundsatzgesetzgebung des Bundes dabei im wesentlichen – und ich betone das noch einmal – die sogenannte Schulautonomie, die ganztägigen Schul-

formen sowie die Möglichkeit einer Freigabe des Samstages an allgemeinbildenden Pflichtschulen zum Inhalt.

Der vorliegende Entwurf zum Steiermärkischen Schulzeitausführungsgesetz bezieht sich auf die Änderungen des Schulzeitgesetzes 1993 bis 1995. Die Ausführungsbestimmungen zum Schulzeitgesetz wurden bereits dem Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten des Steiermärkischen Landtages in der vorigen abgelaufenen Legislaturperiode als Ergänzungsvorlage zur Beratung vorgelegt, jedoch nicht mehr verabschiedet. Die Novelle zum Schulzeitgesetz 1995 erforderte weitere Änderungen in der Landesausführungsgesetzgebung. Daher sollen nun, sehr geehrte Damen und Herren, alle Novellen zum Steiermärkischen Schulzeitausführungsgesetz zusammengefaßt werden. Als besonders wichtig erscheint mir, daß eine Erhöhung der Vollziehungskosten für das Land durch den vorliegenden Gesetzesentwurf nicht eintreten wird. Dasselbe gilt auch grundsätzlich für die Gemeinden als gesetzlichen Schulerhalter.

Nun, sehr geehrte Damen und Herren, zu den einzelnen Bestimmungen. Die Möglichkeit zur Verlegung der Semesterferien hat, wie Sie wissen, immer wieder durch unzureichende Absprachen zwischen den Bundesländern zu Problemen geführt. Um diese Probleme zu verhindern, erfolgte jedoch durch den Paragraphen 2 Absatz 2 des Schulzeitgesetzes für die Bundesländer Steiermark und Oberösterreich die Festlegung des Beginnes der Semesterferien auf den dritten Montag im Februar und ebenso für den Bundesschulbereich. Diese Regelung wurde nun auch in die Landesgesetzgebung übernommen.

Die bisherige Möglichkeit, den 23. Dezember, wenn er auf einen Montag fällt, durch Verordnung der Landesregierung schulfrei zu erklären, wird nunmehr die entsprechende Regelung im Schulzeitausführungsgesetz als schulfreier Tag erklärt.

Im Paragraph 4 wird geregelt, daß im Rahmen der Schulautonomie fünf Tage schulfrei erklärt werden können. Damit wird auch – und das ist sehr wichtig – die bisherige Verordnungsermächtigung der Landesregierung zur Schulfreierklärung des Samstages vor den Semesterferien aufgenommen und den einzelnen Schulen, was sehr wichtig ist, die Möglichkeit einer autonomen Schulfreierklärung dieses Schultages eröffnet.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Schulfreierklärung eines Tages soll auch künftig dem Bezirksschulrat erhalten bleiben. Im vorliegenden Ausführungsgesetz soll die Schulfreierklärung des Samstages, das ist ein besonders wichtiger Faktor, in den allgemeinbildenden Schulen durch Schulforum beziehungsweise im Schulgemeinschaftsausschuß erfolgen. Festgelegt wird auch die Zahl der Unterrichtsstunden an einem Schultag, der Unterrichtsbeginn, das Unterrichtsende und auch die Dauer einer Unterrichtsstunde und der Pausenzeiten.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme schon zum Schluß. Der vorliegende Entwurf des Steiermärkischen Schulzeitausführungsgesetzes gibt die Entscheidung über schulfreie Regelung dem Schulforum und dem Schulgemeinschaftsausschuß. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Schulautonomie geleistet.

Sehr geehrten Damen und Herren, mit der heutigen Verabschiedung der Novelle zum Steiermärkischen Pflichtschulerhaltungsgesetz, zum Steiermärkischen Pflichtschulorganisationsgesetz und vor allem heute zum Steiermärkischen Schulzeitgesetz hat der Steiermärkische Landtag für Schüler, Eltern und Lehrer in unseren steirischen Schulen eine wesentliche Verbesserung gebracht.

Ich möchte abschließend dem bisherigen Referenten, Erstem Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner, der neuen Schullandesrätin Dr. Anna Rieder, dem Vorstand der Rechtsabteilung 13, Hofrat Dr. Urabic herzlich für ihren Einsatz danken. Ein persönlicher Dank auch Herrn Dr. Albert Eigner für seine immer gerne geleistete fachliche Beratung. Sehr geehrte Damen und Herren, ein besonderer Dank heute hier den steirischen Lehrerinnen und Lehrern, die – und ich möchte das ganz besonders betonen – in unseren Schulen mit Einsatz, Engagement und Ideen zum Wohle unserer Kinder und zum Wohle unserer Schule wirken. Ich danke Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit. Ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 10.34 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Walburga Beutl. Ich erteile es ihr.

Abg. Beutl (10.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich freue mich, daß gerade an einem Tag, wo wir ein Schulgesetz beschließen, auch so viele Schüler in den Rängen sitzen, sie sind ja unmittelbar Betroffene. Wenn wir also heute diese Landesausführungsbestimmungen zum Schulzeitgesetz beschließen, dann sind wir, glaube ich, was die Mitgestaltung und Mitbestimmung der Betroffenen an den Schulen, der Schulpartner, anlangt, ein gutes und positives Stück weiter. Denn aus eigener Erfahrung und aus Rückmeldungen weiß ich, daß eine Neuregelung des Schulzeitgesetzes schon länger ein großer Wunsch der betroffenen Schulpartner war und daß insbesondere die Fünftagewoche, der schulfreie Samstag, immer wieder ein sehr heiß diskutiertes Thema war. Ein durchaus kontroversiell diskutiertes Thema, denn Eltern haben es teilweise nicht verstanden, daß ihre Kinder an einem Samstag für zwei, drei Stunden eine lange Busfahrt auf sich nehmen mußten und dann sozusagen einen halben Tag verloren haben. Andere Eltern wiederum waren der Meinung, diese Stunden unter der Woche in den Nachmittag zu verlegen, wäre eine unzumutbare zeitliche Belastung der Schüler, und auch Schulärzte haben sich hier eher kritisch ausgesprochen. Bei den Lehrern war es, glaube ich, nicht so sehr eine Fahnfrage, den schulfreien Samstag zu bekommen, denn meistens hatten sie ohnehin einen freien Tag unter der Woche, wenn der Stundenplan es erlaubt hat. Die Gemeinden und die Bürgermeister haben auch nicht sehr viel dagegen gehabt, einen freien Samstag an ihrer Schule zu haben, weil damit das Putzen und die Heizung ausgefallen sind. Das heißt, es hat hier schon ein Pro und ein Kontra gegeben. Trotzdem war der Wunsch des größten Teiles der Eltern, vor allem jener, die selber Freitag zu Mittag zu arbeiten aufhören, sehr groß, ein gemeinsames Familienwochenende mit ihren Kindern verbringen zu können.

Wir dürfen ja nicht vergessen, daß seit mehr als 15 Jahren die Möglichkeit bestanden hat und besteht, daß an Volksschulen und polytechnischen Lehrgängen dieser Samstag bereits freigegeben werden konnte, und da ist natürlich dann der Druck, eine Möglichkeit zu schaffen, den schulfreien Samstag auch an Hauptschulen oder AHS-Unterstufen einzuführen, immer größer geworden.

Wir wissen auf der anderen Seite, daß es trotzdem nicht so leicht war, das durchzusetzen. Ich erinnere daran, daß ich vor etwa zwei Jahren hier einen Antrag eingebracht habe, und der Kollege Majcen, der Kollege Ussar und Kollege Erlitz sind damals mit diesem Antrag mitgegangen, daß wir in der Steiermark sozusagen im Vorausgriff auf eine Bundesregelung das hier einführen wollten, vor allem deshalb, weil wir in der Steiermark in den letzten Jahren eine Reihe von Schulversuchen laufen hatten. Schulversuche zur steirischen Hauptschule, Schulversuche, wo es darum gegangen ist, durch Zusammenlegung von Gegenständen Stunden für die Schüler zu sparen, also zu einer echten Stundenreduktion für Schüler zu kommen und dadurch diesen freien Samstag zu ermöglichen, und daß also hier, von der Steiermark aus gesehen, eine Möglichkeit bestanden hätte, diese Fünftageweche einzuführen.

Wir haben diesen Antrag hier eingebracht, und die Antwort des damaligen zuständigen Unterrichtsministers Scholten war im Herbst 1994 negativ. Aber ich glaube, daß wir jetzt, wo wir diese 14. und 15. Novelle beschlossen haben und jetzt das Schulzeitgesetz ändern können, diesem Ruf vieler Eltern gerecht werden können.

Ich möchte vielleicht nur ganz kurz die bisherige Entwicklung des schulfreien Samstags an Hauptschulen aufzeigen. Wir haben in den letzten drei Jahren von 20 Hauptschulen auf bereits 109 Hauptschulen aufgestockt, die nun den schulfreien Samstag in Anspruch nehmen. Es ist anzunehmen, daß wahrscheinlich, wenn jetzt im Herbst die verpflichtende Reduktion der Stundenanzahl für die Schüler kommt, dieser Trend noch stärker wird und daß wir, ähnlich wie in der Volksschule, auf einen fast flächendeckenden Grad des schulfreien Samstages, also dieser Fünftageweche, kommen werden.

Meiner Meinung nach wäre es aber in jedem Fall notwendig und wichtig, daß es zu Stundenreduktionen kommt und daß gleichzeitig auch vom Ministerium aus, von der jetzigen Ressortministerin Gehrler, ganz vehement eine Lehrplanerneuerung, eine Reduktion des Lehrstoffes angestrebt wird, um einer wirklich notwendigen Entlastung der Schüler gerecht zu werden.

Ich darf vielleicht nur noch darauf eingehen, daß die Schulfreierklärung einzelner Tage aus, wie es im Gesetz heißt, Anlässen des schulischen oder sonstigen öffentlichen Lebens in der Zwischenzeit sehr positiv aufgenommen wird. Diese Möglichkeit wird sehr gerne genutzt, und dieses Kontingent ist interessanterweise besonders stark angenommen worden, um die sogenannten Zwickeltage – wir haben ja erst vorige Woche einen solchen Zwickeltag gehabt – zu nützen, vor allem dort, wo Samstage an den Schulen auch frei sind, aber selbstverständlich auch für erweiterte Wochenenden zu Allerheiligen oder zum 26. Oktober, zu Kurzferien, benützt werden. Auch hier hat sich

gezeigt, daß es nach einer Befragung unter Eltern und Schulpartnern eine sehr starke Präferenz für die Lösung von frei verfügbaren Tagen gegeben hat.

– Ich habe mich ein wenig erkundigt, wie das so in den Schulen draußen gelaufen ist, und konnte erfahren, daß es fast überall, auch an jenen Standorten, wo mehrere Schulen an einem Ort installiert sind, Absprachen und Übereinstimmungen gegeben hat, so daß nicht Eltern, die ein Kind in der Volksschule hatten, einen anderen freien Tag haben als jene, die ihre Kinder in der Hauptschule haben. Immer ist es nicht gelungen, aber zum größten Teil ist es gelungen, weil es diese Rücksprache unter den Schulen gibt. (Starke Pfeifgeräusche im Mikrofon. – Präsident: „Bitte um Entschuldigung. Bitte warten Sie, Frau Abgeordnete, bis dieses Geräusch wieder verschwunden ist. Vielleicht probieren Sie jetzt, fortzusetzen!“ – Weiterhin starke Pfeifgeräusche. – Präsident: „Herr Hofrat Dr. Gartner wird ersucht, sich um die Behebung dieses akustischen Gebrechens zu kümmern. Solange wartest du bitte, Frau Abgeordnete. Da die Technik sich für machtlos erklärt, würde ich sagen, wir versuchen es. Die Firma ist schon bestellt. Ich würde bitten, daß wir einen Fortsetzungsversuch wagen!“)

Ganz kurz, ich möchte schon zum Abschluß kommen. Mein Kollege Ussar hat schon die einzelnen Regelungen dieses neuen Schulzeitgesetzes angeschnitten. Ich glaube auch, daß die neue, fix vorgesehene Semesterferienregelung sich positiv auswirken wird. Es ist zu hoffen, daß vor allem auf Grund dieser gestaffelten und blockweisen auf die Regionen Österreichs bezogenen Einteilung (Starke Geräusche.) eine teilweise Entzerrung der Verkehrs- und Urlaubsströme erreicht wird. Insgesamt, mein letzter Satz, verbessern (Starke Geräusche. – Präsident: „Wir schalten diese Anlage einmal ab, und ich bitte die Frau Abgeordnete, mit höchster Lautstärke natürlich zu agieren!“) diese neuen Rahmenbedingungen den organisatorischen Spielraum an den Schulen. Sie geben mehr Freiheit innerhalb des Schulgeschehens, im inneren Ablauf der Gestaltung der Pausendauer, Beginn und Ende des Unterrichts, Stundendauer und ähnlichem mehr. Ich glaube, daß wir damit wirklich einen sehr, sehr positiven Effekt der Schulautonomie in Zukunft genießen können. Ich persönlich hoffe, daß auch andere Bereiche in der Schulautonomie übergeben werden und daß auch dort ähnlich positive Entwicklungen festzustellen sein werden.

In diesem Sinne ein herzliches Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 10.46 Uhr.)

Präsident: Die Firma Siemens hat erklärt, sie hat das genau überprüft. Das Ergebnis haben wir erlebt.

Ich bitte nun die Frau Landesrätin Dr. Anna Rieder, das vorläufige Schlußwort zu halten.

Landesrätin Dr. Rieder (10.46 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das nunmehr vorliegende Schulzeit-Ausführungsgesetz bildet den Abschluß einer grundlegenden Reform im Bereich der Steiermärkischen Schulgesetzgebung. Ich darf daran erinnern, daß im Vorjahr das Steiermärkische Pflichtschulorganisationsgesetz beschlossen wurde und auch das Pflichtschülerhaltungs-

gesetz. Das heute vorliegende Schulzeit-Ausführungsgesetz ist daher im Konnex mit den beiden von mir erwähnten Gesetzen zu sehen.

Das vorliegende Gesetz wurde unter Ausnützung aller vom Bund vorgegebenen Rahmenbedingungen erstellt. Es ist geprägt von dem Grundgedanken einer größtmöglichen Autonomie für alle mit Schulfragen befaßten Personen. Und es ist ebenso geprägt von einer Verwaltungsvereinfachung, über die wir uns natürlich sehr freuen. Ziel, wie gesagt, ist es, die Schulautonomie möglichst umfassend umzusetzen, weil ja natürlich die Personen und die Lehrkräfte, die Schuldirektoren, die Elternvertreter, aber auch die Schüler selbst am besten wissen, welche Bedürfnisse sie haben und welche Wünsche umgesetzt werden sollen, und gleichzeitig eben die Verwaltungsvereinfachung. Bisher mußten die rechtlichen Feststellungen im Rahmen von Verordnungen getroffen werden. Mehrere Behörden waren befaßt, Bezirksschulrat, Landesschulrat, Rechtsabteilung und die Landesregierung natürlich, die dann letztendlich die Verordnung erlassen hat.

Auf Grund der nun vorliegenden Gesetze werden die Schulpartner selbständig entscheiden können – auch das wurde heute gesagt – über die Vergabe von fünf schulfreien Tagen im Jahr, über die Festlegung der schulfreien Samstage, wo bisher sehr viele bürokratische Hürden zu nehmen waren, und natürlich auch über die Einführung der 45-Minuten-Unterrichtsstunde.

Unter diesem Aspekt bekommen die vieldiskutierten Herbstferien einen neuen Akzent, weil ja die Einführung dieser Herbstferien durch die fünf schulfreien Tage nun, möglich wäre. Der Trend zu mehr Schulautonomie und Mitbestimmung ist natürlich noch lange nicht abgeschlossen.

Es stehen zwei Entwürfe von Bundesgesetzen ins Haus, zum einen die Bestellung von Schuldirektoren, hier soll ein gesetzlich festgelegtes Mitspracherecht der Eltern und des Lehrkörpers verankert werden, bisher gab es ja oder gibt es nur ein Anhörungsrecht. Und die zweite gesetzliche Novelle betrifft die Integration von behinderten Schülern, die bisher nur im Volksschulbereich gesetzlich festgeschrieben ist. Im Hauptschulbereich ist es genauso notwendig, daher sind wir froh, wenn diese gesetzliche Bestimmung kommt. Derzeit werden ja Hauptschüler nur im Rahmen von Schulversuchen integriert. Jedenfalls, sollten diese Gesetze des Bundes erlassen sein, so werden die Schulbehörden in der Steiermark von der Umsetzung sofort erfahren können.

Abschließend mein Dank an alle Personen, die mit diesem Gesetz befaßt waren, an Sie, Herr Hofrat, und Ihre Mitarbeiter bei der Rechtsabteilung 13. Ich freue mich auch ganz besonders, daß es möglich war, die Wünsche und Vorstellungen der Personalvertretung der Landeslehrer zu berücksichtigen und ebenso die Vorstellungen des Landesverbandes der Elternvereine. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 10.50 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, dies durch ein Handzeichen zu dokumentieren.

Danke, ich stelle die Annahme fest.

3. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 48/1, betreffend den Bodenschutzbericht 1994.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Alfred Prutsch (10.51 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Bodenschutzbericht 1994. Das Bodenschutzgesetz 1987 sieht vor, daß jährlich ein Bodenschutzbericht zu erstellen ist. Der Bodenschutzbericht 1994 enthält neben einem umfangreichen Kapitel über das Bodenschutzprogramm auch ein Kapitel „Sonderberichte“ mit Beiträgen zu den Themen „Der Untersuchungsraaster in der Steiermark“, „Bodenbelastung im Bereich des Veitscher Magnesitwerkes“, „Schwermetalle: Vorkommen – Verfügbarkeit“ und „Bericht über Erosionsschutzmaßnahmen aus dem Projekt im Bezirk Feldbach“.

Im Kapitel „Bodenschutzprogramm“ wird einleitend auf die Zielsetzung und die Vorgangsweise hingewiesen, daß zur Durchführung 54 Standorte in der Steiermark neu eingerichtet worden sind. Darüber hinaus wird über die Untersuchungsergebnisse der Pflanzenproben von den Standorten mit grenzwertüberschreitenden Schwermetallgehalten in den Bezirken Judenburg, Knittelfeld und Murau sowie vom Hauptstandort Industrie berichtet. Ein weiterer Teil des Sonderberichtskapitels ist dem Erosionsschutzprojekt im Bezirk Feldbach gewidmet. Im Anhang des Bodenschutzberichtes 1994 befinden sich die detaillierten Ergebnisse der Bodenuntersuchungen von den Rasterstandorten aus den Bezirken. Dieser Bodenschutzbericht wurde im Ausschuß diskutiert.

Ich stelle daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen, der Bodenschutzbericht 1994 wird zur Kenntnis genommen. (10.52 Uhr.)

Präsident: Danke. Zu Wort gemeldet hat sich ebenfalls der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch. Ich erteile es ihm.

Und sollte, Herr Abgeordneter, der Fehler tatsächlich bei dem neuen Rednerpult liegen, was inzwischen von Wissenschaftlern vermutet wird, dann würde ich sagen, daß Sie und die weiteren Redner vom Berichterstatterrednerpult, das nicht gestört ist, weiterreden. Aber einen Versuch machen wir jetzt einmal.

Ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Alfred Prutsch (10.54 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Der Bodenschutzbericht liegt heute dem Landtag vor, und wir werden auch darüber eine Debatte abführen. Es sind interessante Graphiken und Statistiken aus fast allen Regionen der Steiermark enthalten, wo eben diese Rasterstandorte sind und Untersuchungen durchgeführt werden. Dieser Bodenschutzbericht enthält auch die Kontrolle über den Schutz und die Belastbarkeit unserer landwirtschaftlichen Böden. Er ist wirklich ein Nachschlagewerk für uns alle, daß man Bescheid weiß über den Zustand unserer Böden. Viel-

leicht, und das sage ich auch als Praktiker, hat man dem Wunder Boden in der Vergangenheit nicht immer den nötigen Stellenwert beigemessen, auch wir als Bauern nicht. Aber ich glaube schon, daß es unsere Pflicht ist, und das ist uns auch bewußt, daß wir verpflichtet sind, einen gesunden Boden unseren Kindern und Kindeskindern zur Bewirtschaftung weiterzugeben. Wir wissen natürlich auch, daß nur auf einem gesunden Boden gesunde Nahrungsmittel produziert werden können und daß nur gesunde Böden auch die nötigen Erträge bringen, um auch das notwendige Einkommen zu erwirtschaften.

Wenn heute der Weltmilchtag ist, und ich glaube, daß auch die Milch ein Nahrungsmittel, ein Lebensmittel ist, wo die Produktion auch einen gesunden Boden voraussetzt. Das heißt, unsere Grünlandböden sind gesund und können ein gesundes Futter für die Kühe produzieren, und dadurch kann auch eine gesunde, von Schadstoffen nicht belastete Milch von unseren Milchbauern geliefert werden. Unsere Bauern haben sich schon sehr früh mit dem Boden befaßt. Die Interessenvertretung, die Landwirtschaftskammer, hat hier sehr viel geleistet mit diesen Bodenseminaren, die draußen in den Bezirken vor einigen Jahren mit Kopeinig gelaufen sind, damit auch der Bauer seinen Boden, der ja eigentlich die Grundlage für sein Wirtschaften und auch für sein Einkommen ist, genauer kennt und auch dementsprechend damit umgeht. Es sind auch verschiedene Bearbeitungsformen hier im Bodenschutzbericht aufgezeigt, die im Versuch eigentlich ausprobiert worden sind. Und da denke ich eben auch an das Projekt in Feldbach, wo verschiedene Geräte eingesetzt worden sind. Ob das der Spatenpflug war, ob das die Direktsaat ist. Bei uns im Schongebiet keine Herbstfurche, das heißt, nur mehr eine Frühjahrsfurche, damit der Boden über den Winter begrünt werden kann und begrünt bleiben muß. Aber auch die vermehrte Fruchtfolge, glaube ich, ist ein wirklich wichtiger Ansatz, und ich muß dazu sagen, daß draußen die Fruchtfolge sehr stark forciert wird. Wir im Schongebiet des Bezirkes Radkersburg haben natürlich verschiedene Auflagen, auch auf Grund unseres Grundwassers, das ja geschützt werden soll und das natürlich nicht immer diese Werte erbringt, die erwünscht und notwendig sind.

Aber es werden Maßnahmen gesetzt, um auch hier einen Schritt weiterzukommen. Es ist halt einmal so, daß das Murtal von Graz bis Radkersburg zu den besten und ertragreichsten Böden in Österreich zählt und daß auch gleichzeitig hier diese großen Grundwasservorkommen sind. Daher gibt es halt auch Konflikte zwischen dem Ackerbau und der Grundwasserentnahme. Aber hier haben die Landwirtschaft und die Bauern sehr viele Verordnungen und Gesetzestexte in Kauf genommen oder in Kauf nehmen müssen, und diese werden auch größtenteils eingehalten oder überhaupt eingehalten.

Ich glaube, daß ein wichtiger Schritt das Umweltprogramm Österreichs ist, das in Kurzform ÖPUL genannt wird, das Österreichische Programm für umweltgerechte Landwirtschaft, wo mehr als zwei Drittel unserer Bauern in Österreich hier mitmachen und Auflagen in Kauf nehmen, natürlich auch Einschränkungen in Kauf nehmen. Das zeigt, daß der Bauer auch gewillt ist, eine umweltgerechte Landwirtschaft zu

betreiben. Die Auflagen sind bei diesem ÖPUL-Programm gekoppelt an die Tierhaltung, an den Düngereinsatz und, wie schon ausgeführt, auch an die Begrünung im Herbst, um eine ganzjährige Bodenbedeckung zu haben.

Es ist auch sehr erfreulich, daß die Zahl der Biobetriebe in Österreich sehr stark hat gesteigert werden können, die ja auch diesen gesunden Boden brauchen, um gesunde Nahrungs- und Lebensmitteln zu erzeugen.

Wir brauchen natürlich auch den Konsumenten dazu. Der Konsument hat gerade in der Vergangenheit gezeigt, daß er bereit ist, diese Produkte zu kaufen und unter Umständen auch eine höhere Abgeltung für dieses Produkt zu bezahlen.

Dieser Versuch in Feldbach hat eigentlich gezeigt, daß es ein Problem ist, auf Hanglagen Ackerbau zu betreiben. Es ist natürlich viel einfacher, im Flachland das zu tun. Aber ich glaube, unsere kleinbäuerliche Struktur, gerade in unserer Südoststeiermark, im Durchschnitt mit kaum sechs Hektar, setzt natürlich voraus, daß man auch eine gewisse Ertragssicherheit hat aus all diesen Maßnahmen, die notwendig sind. Da hat sich gezeigt, daß noch immer der Pflug dieses Gerät ist, das die größte Ertragssicherheit bringt, gegenüber nicht wendenden Bodenbearbeitungsgeräten. Der heurige Winter hat für uns als Praktiker den Beweis geliefert, daß dieser schwere Schnee und dieser lange Winter unsere Böden so verdichtet hat, daß im Frühjahr die Bearbeitung sehr, sehr schwierig war.

Aus all dem zusammen muß man auch ersehen, daß wir als Landwirte bemüht sind, unseren Boden in Ordnung zu halten. Ich bin überzeugt, daß unsere Bauern trotz der für sie stärksten Veränderungen, die durch den Beitritt zur Europäischen Union ausgelöst wurden, auch in Zukunft das Wunder Boden als Grundlage einer nachhaltigen Bewirtschaftung im Auge behalten werden. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 11.03 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (11.03 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zunächst ist es mir ein wirkliches Bedürfnis, dem Herausgeber dieses Bodenschutzberichtes, Herrn Dozent Michael Köck, der zugleich der Leiter der Landwirtschaftlich-chemischen Versuchs- und Untersuchungsanstalt ist, wirklich sehr herzlich zu danken für diesen vorzüglichen Bodenschutzbericht des Jahres 1994.

Meine Damen und Herren, wir haben uns im Rahmen der Behandlung der Bodenschutzberichte des Landes Steiermark mehrfach sehr ausführlich mit dem Thema der Schwermetalle in unseren Böden befaßt. Wir sind dahintergekommen, daß viele dieser Schwermetallbelastungen geogener Natur sind, das heißt, quasi natürlich gegeben sind. Wir haben Gott sei Dank erkennen können, daß diese Schwermetallbelastungen nur in den seltensten Fällen biologisch mobilisierbar sind, das heißt in die Pflanzen übergehen und letztendlich in die Tiere beziehungsweise in die Nah-

rungsmittel übergehen. Wir haben aber auch erkennen müssen, und diesbezüglich gibt es im Rahmen dieses Bodenschutzberichtes eine sehr ausführliche Darstellung, daß es manche Bereiche in der Steiermark gibt, wo die Schwermetallbelastung tatsächlich ernst ist, wo wir uns ernsthaft überlegen müssen, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, beispielsweise bei Industriestandorten – ein ausführlicher Beitrag dieses Bodenschutzberichtes befaßt sich mit dem Veitscher Magnesitwerk. Dort scheint es tatsächlich ein größeres Schwermetall- und auch sonstiges Schadstoffproblem zu geben. Es ist abzuwarten, welche Maßnahmen hier seitens des Landes Steiermark, seitens der Landesregierung, die dafür verantwortlich ist, ergriffen werden müssen.

Meine Damen und Herren, wir haben aber auch bereits in der Auseinandersetzung mit früheren Bodenschutzberichten erkennen können, daß auch das Erosionsproblem da und dort in der Steiermark ein gewichtiges Problem darstellt, insbesondere dort, wo wir Maismonokulturen anbauen. Kollege Prutsch hat schon darauf hingewiesen, es gibt nun einmal in der Steiermark wirklich exzellente Gunstlagen. Es sind dies in erster Linie die Tallagen im Murtal, die sich für den Maisanbau und in weiterer Folge für die Schweinezucht anbieten. Es ergeben sich aber Probleme daraus, zum Beispiel – und das entnehme ich einem der letzten Bodenschutzberichte –, daß eben im Zusammenhang mit Maismonokultur mit einem jährlichen Bodenabtrag von 3 Prozent zu rechnen ist. Wir sollten alles daransetzen, daß die Böden nicht durch Maismonokultur abgebaut werden, daß die Bodenfruchtbarkeit, wie auch Kollege Prutsch schon betont hat, für die nächsten Generationen gesichert wird.

Dazu gibt es einige Möglichkeiten, und diese Möglichkeiten wurden im Rahmen des Modellversuches Feldbach sehr eingehend untersucht.

Es gibt nicht nur Erosionsprobleme – und ich möchte mich im Rahmen meiner Ausführungen in erster Linie mit den Erosionsproblemen befassen –, die durch Regenwasser verursacht sind, sondern auch Winderosion.

Winderosion ist eine Erscheinung, die leider vor allem auch damit in Zusammenhang steht, daß windbrechende Einrichtungen in der Landschaft verloren gegangen sind. Es sind zum Beispiel Hecken in der Landschaft gerodet worden. Diese Hecken haben früher dazu gedient und sollten auch heute dazu dienen, daß der Wind gebrochen wird, daß Erosion durch Wind reduziert wird.

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit Maismonokultur in unserem Bundesland ergeben sich selbstverständlich, und auch darauf wurde bereits hingewiesen, auch andere Probleme. Wir haben Teile in der Steiermark, wo das Grundwasser mit Atrazin in einem derartigen Maße belastet ist, daß sanierende Maßnahmen anstehen, daß Trinkwassergrenzwerte – und unser Trinkwasser wird zum allergrößten Teil aus Grundwasser gewonnen – überschritten werden und daß bereits vom zuständigen Gesundheitsreferenten in der Landesregierung Ausnahmegenehmigungen erteilt werden mußten, damit dieses Wasser, das eben, wie gesagt, mit einem zu hohen Maß mit Atrazin belastet ist, noch als Trinkwasser genutzt werden kann.

Auch das Nitratproblem wurde bereits angesprochen. Es steht in sehr engem Zusammenhang mit der Güllebewirtschaftung in unserem Bundesland. Die Güllebewirtschaftung wiederum hängt zusammen mit der Schweinezucht. Manche Wissenschaftler behaupten, daß in manchen Bereichen der Steiermark, etwa im Bezirk Feldbach, im Bezirk Radkersburg, eine zu hohe Schweinedichte besteht. Manche sprechen sogar davon, daß die Schweinedichte im Bezirk Feldbach über 50 Prozent zu hoch ist. Darüber mag man geteilter Meinung sein. Ich glaube aber, daß wir diese Stimmen seitens der Wissenschaft doch ernst nehmen sollten, auch in der Politik ernst nehmen sollten.

Im Bereich des Trinkwassers wird in manchen Bereichen der Weg gegangen, daß Trinkwasser schlechterer Qualität mit Trinkwasser minderer Qualität gemischt wird, so daß noch die Grenzwerte, insbesondere im Bereich Nitrat, erreicht werden können.

Positive Entwicklungen gibt es in diesem Bereich – und das sei hier wirklich hervorgehoben – im Bezirk Leibnitz. Der Verein Sauberes Trinkwasser hat hier einige Maßnahmen zur Erreichung der Grenzwerte im Bereich Nitrat im Trinkwasser ergriffen: Fruchtfolge, Verringerung der Düngeintensität, richtige Wahl der Zeit der Düngung und so weiter. Dadurch ist es gelungen, daß im Bezirk Leibnitz jedenfalls die gemessenen Nitratwerte im Sinken begriffen sind. Leider noch nicht der Fall ist dies im unteren Murtal. Der Bezirk Radkersburg kann derzeit als der Problembezirk hinsichtlich Atrazin- und Nitratbelastung des Grundwassers gelten.

Sicherlich eine falsche politische Reaktion wäre es nun, die Grenzwerte anzuheben, das wird tatsächlich im Bereich des Gesundheits- und auch des Landwirtschaftsministeriums diskutiert. Ich persönlich halte es nicht für richtig angesichts der Tatsache, daß Grenzwerte nicht erreicht werden können – kurzfristig nicht erreicht werden können –, daß diese Grenzwerte angehoben werden. Es wäre vielleicht vernünftiger, die Übergangszeit, die Übergangsfrist zu verlängern, so daß man der Landwirtschaft die Chance gibt, entsprechende Maßnahmen zu setzen und die Grenzwerte letztendlich doch zu erreichen. Grenzwerte, meine Damen und Herren, sind nicht Werte, mit denen man sich spielen sollte, sie werden auf der Basis medizinischer Gutachten erstellt. Sie haben schon ihre Berechtigung, diese durchaus niedrigen Grenzwerte, etwa im Bereich des Nitrates. (Beifall bei den Grünen.)

Ich glaube, daß es höchst an der Zeit ist, und ich betone das nochmals – ich habe das schon mehrmals erwähnt –, die Grundwassersanierungsgebiete in unserem Bundesland auszuweisen, daß man systematisch versucht, die Nitrat- und Atrazinbelastung im Bereich der Trinkwasserschongebiete zu senken.

Ich komme zurück zum Problem der Erosion, vor allem der Erosion durch Regenwasser. Hier wurden wirklich sehr verdienstvolle Arbeiten seitens der Landwirtschaftskammer geleistet. Herr Dipl.-Ing. Mayer hat diese Versuche im Bereich Feldbach geleitet, und es ergeben sich doch sehr eindeutige Ergebnisse. Ich persönlich interpretiere die Ergebnisse etwas anders als Kollege Prutsch, ich würde doch meinen, daß die Aussage: „Je mehr ein Boden bearbeitet wird, umso größer ist der Bodenabtrag“ sich als gültig erwiesen hat im Rahmen dieser Untersuchungen. Das bedeutet

wiederum, daß das Pflügen eben doch da und dort eine problematische Bodenbearbeitungsmaßnahme ist. Das ist eindeutig aus den Ergebnissen herauszulesen, daß beispielsweise bei der Anwendung der Schlitzsaat, einer sehr bodenschonenden Bearbeitungsform, deutlich weniger Erosion zu beobachten ist, als bei der Anwendung des Pfluges.

Versuche mit der Fruchtfolge wurden leider mangels Akzeptanz der Landwirtschaft abgebrochen. Ich bedaure das persönlich sehr, umso mehr, als ja die Fruchtfolge im ÖPUL tatsächlich als förderbare Maßnahme genannt wird. Der Bericht beschreibt es jedenfalls, daß diese Versuche mangels Akzeptanz bei der Landwirtschaft abgebrochen wurden. Ich würde mich freuen, wenn die Versuche wieder aufleben könnten, gerade angesichts der Förderstruktur durch ÖPUL und durch die Europäische Union.

Ein weiterer Faktor wurde bereits erwähnt. Es geht um die sogenannte „immergrüne Landwirtschaft“, das heißt um den Faktor Bodenbedeckung auch in der kalten Jahreszeit. Es ist nun einmal so, daß Schwarzbrache in der kalten Jahreszeit sicherlich zu einer Verstärkung des Problems der Erosion führt. Ich denke, daß wir uns hier am richtigen Weg befinden, und ich glaube, daß wir auch das ÖPUL-Programm nochmals unter dieser Perspektive der Förderung, der Unterstützung insbesondere erosionsmindernder Maßnahmen in der Landwirtschaft, analysieren und vielleicht auch novellieren sollten.

Einen weiteren, einen letzten Wunsch hege ich noch an die Verfasser des Bodenschutzberichtes. Ich würde mir wünschen, daß zusätzlich zu diesen Untersuchungen zur wasserbezogenen Erosion auch die windbezogene Erosion einer eingehenden Untersuchung unterzogen wird. Ich persönlich bin der Ansicht, daß sich hier die Anliegen des Naturschutzes, Stichwort Biotopverbundsystem, Stichwort Anlegen von Hecken, auch der Jagd mit denjenigen der Landwirtschaft im Sinne des Verminderns von Winderosion decken, und würde auch meinen, daß im Rahmen des ÖPUL die entsprechenden fördernden Voraussetzungen bereits gegeben sind.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. - 11.14 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich und freue mich sehr, daß uns der ehemalige Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland mit seiner Gattin und einer Besuchergruppe die Ehre seiner Anwesenheit gibt. Ich begrüße die Heimkehrer sehr herzlich! (Allgemeiner Beifall.) Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Karisch (11.15 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich danke für diesen siebenten Bodenschutzbericht, der gute Einblicke in die Schwermetallvorkommen gibt und auch über ein Projekt für Erosionsschutzmaßnahmen im Bezirk Feldbach berichtet. Es handelt sich bei diesem Bericht um eine sehr umfangreiche Arbeit. Ich möchte mich bei den Herren der Landwirtschaftlichen Landesversuchs- und Untersuchungsanstalt, Hofrat Dr. Köck und Mag. Dr. Krainer, bedanken, aber auch bei Dipl.-Ing. Mayer für diesen Erosionsbericht,

der uns einen sehr positiven Ansatz gibt, was wir nach diesem Pilotprojekt besser machen können, um Erosionen zu vermeiden.

Einen Wermutstropfen enthält der Bericht aus meiner Sicht. Die Landkarte der Untersuchungsstandorte enthält noch immer große weiße Flecken. Der Bezirk Deutschlandsberg besitzt keinen einzigen, die Bezirke Graz und Graz-Umgebung nur sehr wenige Untersuchungsstandorte, alles Gebiete mit einem intensiven Ackerbau. Ich verstehe die angespannte finanzielle Situation, verstehe, daß es Kosten verursacht, alles zugleich zu untersuchen. Aus der Sicht der Konsumenten bedaure ich aber, daß wir für diese sehr sensiblen Gebiete erst im Bericht 1997, das ist praktisch erst im Jahre 1999, erstmals eine Auskunft erhalten werden.

Ein wesentlicher Teil des vorliegenden Berichtes ist den Schwermetallen gewidmet. Neben den geogenen, also naturgegebenen Vorkommen finden sich auch von uns Menschen verursachte, sogenannte anthropogene Schwermetallbelastungen in den Böden. Hauptverursacher - und das wurde vom Kollegen Getzinger schon angesprochen - sind die erz- und metallverarbeitende Industrie und der Straßenverkehr, daneben aber auch die Müllverbrennung. Metalle finden sich nicht nur im Boden, sie finden sich auch in der Luft.

Ein Punkt dieses Berichtes gibt mir Anlaß zur Sorge. Es heißt dort: „Metalle anthropogener Herkunft weisen in der Stadtluft um den Faktor 10 bis 100 erhöhte Konzentrationen gegenüber der Reinluft auf.“ Meine Damen und Herren, im Mittelalter hat man gesagt, Stadtluft macht frei. Heute müßte man im Sinne dieses Punktes des Berichtes sagen, Stadtluft macht eher krank. Aus dem Boden gelangen die Metalle in die Pflanzen- und in die Nahrungskette. Viele Metalle sind für Pflanzen essentiell, wir wissen alle, Eisen im Spinat, wir mußten ihn daher als Kind essen. Andere Metalle, wie zum Beispiel Blei, Cadmium, Quecksilber, Arsen oder Thallium, sind nicht essentiell in Pflanzen, sie haben ernährungsphysiologische Bedeutung. Sie können zu Gesundheitsschädigungen führen, wenn gewisse Dosen überschritten werden. Das ist aber laut Bericht bei uns nicht der Fall.

Aber wir nehmen auch so manches Metall mit der Nahrung auf, vor allem durch pflanzliche Nahrungsmittel, in der Folge durch tierische Nahrungsmittel, vor allem Innereien. Innereien enthalten sehr viele Metalle. Man hat uns früher, als wir noch Kinder waren, gesagt, wir sollten möglichst viele Innereien, Leber, Nieren, essen, das sei gesund. Und es war damals gesund. Heute macht es unter Umständen krank. Innereien enthalten heute den Großteil der Metalle, und nicht nur die essentiellen, sondern auch die anderen.

Meine Damen und Herren, wir wissen, daß Umweltschadstoffe im Boden, den Lebensmitteln, dem Wasser und der Luft für die menschliche Gesundheit schädlich sein können. Da es meist zu längerfristigen Einwirkungen, zu Kumulationen und Synergien kommt, die nicht so sichtbar und offenkundig sind, ist der Kausalzusammenhang nicht nachweisbar, dennoch, glaube ich, ist Vorsorge nötig.

Ich habe große Sorge, und das möchte ich aus der Sicht der Konsumenten hier sagen, daß wir in gewissen Bereichen heute nicht nach vor, sondern zurück schreiten. Wir haben uns viele Jahre lang in Österreich

um ein neues Pflanzenschutzgesetz bemüht. Pflanzenschutzgesetz ist an sich ein anachronistisches Wort. Es handelt sich beim Pflanzenschutz nicht um Pflanzenschutzmittel, es handelt sich um Pestizide, meist um Gifte. Es hat in Österreich von 1948 bis in die achtziger Jahre herauf gebraucht, bis wir ein zeitgemäßes Pflanzenschutzgesetz bekommen haben, ein gutes Pflanzenschutzgesetz. Nun ist eine Novelle in Vorbereitung. Ich hoffe, es wird keine Novelle, die etwas rückgängig macht und wieder aufweicht.

In der Europäischen Union ist man mit den Pflanzenschutzmitteln wesentlich großzügiger als in Österreich. Es sind dort Dinge erlaubt, die bei uns schon lange nicht mehr erlaubt sind. Ich wünsche mir, daß wir unsere strengeren Bestimmungen behalten, daß wir auch das Atrazinverbot behalten, das vor einem Jahr verhängt wurde. Jüngste Aus-sagen unseres Landwirtschaftsministers stimmen mich positiv. Er hat uns in dieser Richtung Hoffnung gemacht.

Eine zweite Sorge: Ich höre immer wieder von Kofferraumimporten aus Slowenien und Ungarn. Fernsehberichte haben das für Kärnten vor wenigen Tagen ebenfalls berichtet. Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Tierarzneien, Wachstumsmittel werden vom einen oder anderen gekauft, importiert und wahrscheinlich auch eingesetzt.

Meine Damen und Herren, auch wenn es sich nur um vereinzelte schwarze Schafe handelt, so handelt es sich dabei trotzdem um ein sehr kurzsichtiges und verantwortungsloses Handeln. Und das kann zu einem massiven Verlust des Vertrauens in der Bevölkerung führen.

Unsere Chance, die Chance unserer Landwirtschaft, liegt in einer biologischen Landwirtschaft, in der Herstellung hervorragender Qualität, in der Herstellung rückstandsfreier Lebensmittel. Diese Chance sollten wir nicht verspielen. Wir stehen heute am Scheideweg. Wir müssen uns entscheiden, was wir wollen – beste Qualität mit Nachweisbarkeit und strenger Kontrolle, oder kurzsichtige schnelle Gewinne. Wohin wir mit kurzsichtigen schnellen Gewinnen kommen, hat uns England mit dem Rinderskandal gezeigt.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Ich wünsche mir folgende Maßnahmen:

Erstens eine breite Aufklärung über die Gefährlichkeit des Pestizideinsatzes, und ich wünsche mir auch die Ahndung von Kofferraumimporten von Pestiziden, Medikamenten und Wachstumsbeschleunigern. Ich wünsche mir zweitens eindeutige gesetzliche Bestimmungen, drittens einen massiven Vorstoß in Brüssel gemeinsam mit anderen ähnlich denkenden umweltbewußten Staaten, damit auch die Bestimmungen in der EU ähnlich streng werden wie sie bei uns sind und damit es auch in Zukunft nicht so sehr zu Wettbewerbsverzerrungen kommt. Ich wünsche mir viertens eine Besteuerung von Pestiziden nach dänischem Vorbild – die Dänen zeigen, daß so etwas geht, und ich wünsche mir fünftens eine verstärkte Hilfestellung und Förderung des Biolandbaues.

Wir sollten die Chancen nützen, hervorragende Lebensmittel bester Qualität zu erzeugen – mit unseren Böden ist es möglich. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 11.22 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich jetzt die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile es ihr.

Abg. Dietrich (11.22 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Die Böden gehören zu den kostbarsten und damit schützungswürdigsten Gütern der Menschen.

Der Steirische Bodenschutzbericht ist eine sehr umfassende wissenschaftliche Studie, und ich darf mich im Namen meiner Fraktion bei den Herausgebern dafür bedanken.

Wichtig für uns ist es, einerseits die Einflüsse auf den Boden zu erkennen, andererseits aber auch die veränderlichen Prozesse in den Böden festzustellen und danach unsere Schlüsse zu ziehen.

Böden sind Naturkörper, die aus bestimmten Ausgangsgesteinen in einem bestimmten Klima unter Streu liefernder Vegetation und bodenbildenden Prozessen entstanden sind. Diese bodenbildenden Prozesse sind in erster Linie einmal Verwitterung, Mineralbildung, Zersetzung und Humifizierung, aber auch Gefügebildung und Zerlagerung. Diese Prozesse sind nie abgeschlossen, sondern sie halten ständig an. Der Mensch hat mit seiner Einflußnahme große Auswirkungen auf das Ökosystem Boden vorgenommen. Unsere Böden sind weit mehr als nur die Zwischenschicht zwischen Atmosphäre und Lithosphäre. Unsere Böden dienen vielen Organismen als Lebensraum. Und wenn man denkt, daß auf einer Fläche von einem Hektar rund 30 Tonnen Bakterien leben, dann erkennt man erst die Dimension dieses Ökosystems. Umgerechnet auf einer Fläche von einem Quadratmeter Boden und dreißig Zentimeter Tiefe können bis zu 800 Regenwürmer leben oder bis zu 15.000 kleine Insekten. Diese Bodenorganismen, die man als Edaphon bezeichnet, haben wichtige Aufgaben für den Boden: Erstens einmal die Zersetzung der organischen Substanz, Humusbildung, die Verfügbarkeit von Nährstoffen, aber auch die Aggregatbildung, und die ist ganz besonders wichtig für den Luft- und Wasserhaushalt der Böden.

Untersuchungen zeigen, daß europaweit ein alarmierender Humusabbau stattfindet. Betroffen sind davon all jene Gebiete, in denen intensiver Ackerbau herrscht, aber auch verstärkt Monokulturen angebaut werden. Humus ist die Lebensgrundlage für Organismen und besonders wichtig für die Wasserkapazität der Böden. Man bedenke, daß die organischen Stoffe das Drei- bis Fünffache ihres Gewichts an Wasser speichern können. Im Humus sind aber auch Wirkstoffe, Vitamine und Antibiotika enthalten. Durch falschen Umgang mit dem Boden kommt es dann oft zu einer Bodenmüdigkeit, wenn diese Vitalstoffe zerstört werden.

Unsere industrielle Entwicklung und der Wohlstand fordern ihren Preis. Immer mehr von den produzierten Schadstoffen gelangen in die Umwelt. Und gerade hier haben die Böden eine enorm wichtige Bedeutung. Sie sind nämlich eine Art Puffersystem, das heißt, sie filtern Schadstoffe. Das machen sie, indem die Schadstoffe eine Reaktion mit bodeneigenen Substanzen eingehen oder auch chemisch gefällt werden. Wichtig für dieses Puffersystem im Boden sind vor allem organische Substanzen, Ton, Eisen, Aluminium und

Manganoxide. Wenn die Schadstoffbelastung zu groß ist, dann entstehen irreparable Schäden für unser Ökosystem.

Im Bodenschutzbericht wurde eine Untersuchung über die Schwermetallbelastung gemacht. Zum Teil ist es sehr ausführlich dargestellt, und wir sehen, welche Spuren unsere Zivilisation im Boden hinterläßt.

Beängstigen sollten uns aber auch die organischen Substanzen. Ich denke daran, daß weltweit zum Beispiel jährlich rund 1500 neue Substanzen erzeugt werden und wir schon insgesamt mehr als 30.000 Chemikalien freigesetzt haben. Allein 40 Millionen Tonnen Plastik werden jährlich erzeugt und kommen in unseren Lebenskreislauf. Der Dioxingehalt der Böden hat sich in den letzten 140 Jahren verdreifacht. Dioxin ist eine fettlösliche Substanz und gelangt über die Atmosphäre in die Bodenlösung. Die Pflanze nimmt Dioxin mit ihren Wurzeln auf und reichert es an. Das heißt, die Pflanze hat einen 100mal so hohen Dioxingehalt wie die Bodenlösung, das Fleisch wiederum einen zehnmal so hohen Dioxingehalt wie er in den Pflanzen ist.

Und nicht abzusehen, wie der Dioxingehalt in der Muttermilch ausschaut. Alarmierende Ergebnisse von Kinderkrebsuntersuchungen lassen uns nachdenklich stimmen.

Ein weiteres Problem, das auch im Laufe der Zeit noch auf uns zukommen wird, ist die Klärschlammabbringung und die Müllkompostierung. Auch da müssen wir bedenken, wenn dies in die Böden gelangt, daß damit pathogene Keime, Viren, Würmer und Schadstoffe in unser Ökosystem gelangen.

Mein persönlicher Wunsch wäre es, wenn man auch im Zuge dieses Bodenschutzberichtes die radioaktiven Substanzen messen würde und auch da einen Überblick bekommen könnte. Wir alle müssen eines lernen, nämlich daß unsere Umwelt nicht unbegrenzt verfügbar ist. Wir sind es unseren Kindern schuldig, Lösungen für die Probleme anzubieten, die wir selbst verursacht haben. Wir müssen einmal daran denken, daß alle Stoffe, die wir freisetzen, irgendwann einmal wieder in unserer Nahrungskette landen und uns damit selbst auf den Kopf fallen.

Ein altes englisches Sprichwort meinte einmal sinngemäß: Lebe so, als würdest du morgen sterben, bewirtschafte aber deinen Boden so, als würdest du ewig leben. (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ. – 11.30 Uhr.)

Präsident: Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (11.30 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Bei dieser Stellungnahme von den meisten Fraktionen zum Bodenschutzbericht 1994 fällt auf, daß sich die meisten meiner Vorredner und Vorrednerinnen in den landwirtschaftlichen Bereich vertieft haben.

Es sind Vorschläge gekommen, die ich inhaltlich unterstützen kann. Ich möchte aber ganz bewußt jetzt auf den Bereich des Bodenschutzberichtes eingehen, der bis jetzt ausgespart worden ist oder nur nebenbei

angebracht wurde, nämlich Bodenbelastungen im Bereich von großen Industrieansiedelungen in der Steiermark.

Noch ein zweites Thema sei kurz angeschnitten: Es dürfte bekannt sein, daß Bodenschutz an und für sich ein Staatsziel ist, sich also im Verfassungsrang befindet. Die legislativen Instrumente, also die Gesetze, Verordnungen, Programme, mit denen wir in der Steiermark arbeiten, sind aber fast zehn Jahre alt. Es ist dies die Bodenschutzprogramm-Verordnung beziehungsweise das Landwirtschaftliche Bodenschutzgesetz, beide stammen aus dem Jahre 1987, beide sind auch angesichts der nationalen, teilweise sehr, sehr negativen Entwicklungen stark „renovierungs-“ und neugestaltungsbedürftig.

Um jetzt auf den Bodenschutzbericht einzugehen. Ich möchte mich vertiefen auf die Industrieansiedelungen und auf Emittenten in diesem Bereich, und ganz speziell auf das Veitscher Magnesitwerk. Diesem Thema ist im Bodenschutzbericht ein eigenes Kapitel gewidmet, es ist bis jetzt von keinem meiner Vorredner speziell angesprochen worden, deswegen möchte ich diesen Bereich herausnehmen. In diesem großen Industriebereich in der Obersteiermark sind Belastungen von Böden gegeben, die weit über den vorgegebenen internationalen Richtlinien liegen, und zwar sowohl für Arsen, als auch Cadmium, als auch für Chrom. Und ich gehe jetzt davon aus, die Bodenbelastungsproben, auf denen dieser Bericht basiert, stammen aus dem Jahre 1993. Die Zahlen sind also vier Jahre alt. Damals hat man im Bericht geschrieben, daß unklar ist, wie sich diese Belastungen für Pflanzen, Tiere und Menschen auswirken.

Ich möchte noch einen Bereich ansprechen, der vorher so en passant von der Kollegin Karisch erwähnt worden ist, und zwar, daß Schwermetallemissionen speziell aus Verbrennungsprozessen kommen, nämlich aus dem Straßenverkehr und aus der Müllverbrennung. Ich gehe jetzt davon aus, daß in den Bodenschutzbericht sehr wohl beziehungsweise in die Vorgaben des Bodenschutzberichtes sehr wohl alle Diskussionen bezüglich Abfallwirtschaft einfließen müssen und diese auch in alle Vorgaben für ein neues Abfallwirtschaftskonzept einfließen müssen, nämlich in die Richtung gehend, daß man auch aus Bodenschutzgründen Müllverbrennung oder „thermische Müllverwertung“, wie man es inzwischen eleganter nennt, in der Steiermark in allen Bereichen verboten wird.

Zweites Thema, das noch angesprochen werden sollte: Mit dem Bericht, mit der inhaltlichen Kompetenz können wir, glaube ich, alle sehr zufrieden sein. Mir geht aber ab, daß in diesem Bericht einerseits konkrete Maßnahmenkataloge für Aktivitäten speziell im Veitscher Raum fehlen, die in Angriff zu nehmen wären. Das wären ganz klar emissionsmindernde Maßnahmen im Bereich der Werke selbst, das wären gleichzeitig bodensanierende Maßnahmen im Umfeld. Mir geht zweitens ab, das wäre auch ein Thema, das man überhaupt in Berichte einbringen könnte, eine Budgetierung für die Umsetzung dieser Maßnahmen. Aus meiner Sicht müßten sich diese Maßnahmen auch im Landesvoranschlag der kommenden Jahre, in den nächsten beiden Jahren ist es ja

nicht mehr möglich, spiegeln, um klarzumachen, wieviel dem Land Steiermark ein gesunder Boden beziehungsweise sanierende Maßnahmen in diesem Bereich wert sind.

Drittes Thema, es ist vorhin schon angesprochen worden. Wir besprechen einen Bericht, der Zahlen zur Grundlage hat, die teilweise fünf Jahre alt sind. Mir ist klar, dieser Bericht ist in der letzten Legislaturperiode eingebracht worden, es hat Neuwahlen gegeben, es hat sich alles verzögert. Aber ich habe trotzdem den Eindruck, daß wir nicht die Möglichkeit haben, uns mit aktuellen Informationen zum Thema Boden in der Steiermark auseinanderzusetzen. Das ist jetzt keine Kritik an der zuständigen Abteilung, sondern an den Abwicklungsmechanismen im Landtag beziehungsweise in der Landesregierung selber.

Letzter Punkt noch, ein Schwenk hin zur Bodenentnahmeabgabe im Rahmen des Naturnutzungsabgabengesetzes. Es dürfte bekannt sein, daß Magnesit als einer der Gegenstände ursprünglich in dieser Abgabe drinnen war, und zwar auch klarerweise drinnen war, weil es durch den Magnesitabbau, Stichwort Veitsch, zu starken Belastungen des umliegenden Bodens kommt. Magnesit ist aus dieser Naturnutzungsabgabe hinausgeflogen. Das zeigt also, daß man in diesem Bereich nicht wirklich bemüht war, ernsthaft und konkret dieses Thema, die Resultate dieses Bodenschutzberichtes, in andere Bereiche aufzunehmen.

Das waren jetzt einmal die kritischen Anmerkungen, vielleicht noch ein Schritt hin zum Bereich Wirtschaftskompetenz des Landes Steiermark, Wirtschaftskompetenz, die sich auch für Industrieanlagen in diesem Bereich vertiefen sollte. Es ist sehr viel geredet worden in letzter Zeit von Öko-Cluster in der Steiermark, von einer Ökologisierung von industriellen Ansiedlungen. Ich glaube, genau dieser Bereich, den ich gerade angesprochen habe, steht dazu massiv im Widerspruch. Ich glaube, daß man im Bereich der Wirtschaftsförderung, und nicht nur des Umweltbereiches, sanierende Maßnahmen in dieser Region dringend in Angriff nehmen müßte. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 11.37 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Erich Pörtl.

Landesrat Pörtl (11.37 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Bodenschutzbericht ist an und für sich, und so kann man das doppelt und dreifach unterstreichen, was fast alle Abgeordneten direkt angesprochen haben, die Visitkarte, wie wir in den letzten Jahrzehnten gelebt haben und vor allem, wie der Stoffkreislauf sich verändert hat. Es hat der Abgeordnete Prutsch sehr plakativ und direkt angesprochen vor allem die Funktion des Bodens, das Wunder Boden. Und die Kollegin Dietrich hat also wirklich exzellent präsentiert die Gesamtfunktion und den Wert des Bodens. Es ist also beeindruckend, welchen schlummernden Reichtum wir besitzen, und wir kennen bereits jetzt Länder, wo es Erlässe gibt, daß in einigen Jahren Gemüse nur mehr auf Steinwolle mit Nährlösung produziert werden darf, weil die Bedrohung des Bodens durch eine Überdüngung und Über-

nutzung im ganz Konkreten, auch was die Auswirkungen auf das Wasser betrifft, gegeben ist.

Ich glaube aber vor allem, und ich möchte auf einige offene Frage direkt antworten, daß wir in der Frage der Schwermetalle im Grunde Entscheidungen in Österreich und vor allem in der Steiermark praktisch umsetzen, oder zum Beispiel das Atrazinverbot, wo auf der Basis des Gesetzes wir gerade in der Landwirtschaft in den sensiblen Gebieten ganz massiv bemüht sind, vor allem mit der mechanischen Bodenbearbeitung, mit der Philosophie einer vernünftigen Ackerkultur die Attraktivität des Ackerbodens zu steigern, in Richtung Fruchtfolge und vor allem in Richtung umfassende Nutzung.

Dieses Pilotprojekt, vom Kollegen Getzinger angesprochen, „Verein Sauberes Grundwasser.“ ist eigentlich ein lebendes Beispiel, wo man konkret motivieren kann, weil das Sanierungsgebiet da sicherlich auch eine Maßnahme wäre. Die härteste Maßnahme ist, unsere Philosophie geht sehr stark da hin, Angebot anzubieten, damit wir über Schongebiete und konkretes Handeln von der Sanierungsphase möglichst verschont bleiben, weil auch diese Sanierungsfrage nicht mindere Kosten auslöst. Wir haben das auf Grund der derzeitigen Entwürfe und Vorstellungen grob kalkuliert. Auf Grund des derzeitigen Wasserrechtsgesetzes würde das jährlich zusätzlich 80 Millionen Schilling Abgeltung betragen. Es ist daher vernünftig gewesen, daß wir ein spezielles 5 b-Programm entwickelt haben, um diese Tendenz im Rahmen des ÖPUL mit zu beeinflussen, gerade in den sensiblen Gebieten, die zugleich Wasserreservengebiete und fruchtbare Ackergebiete sind. Diese gemeinsame Entwicklung ist also in weitesten Strecken vorbildhaft gelungen, aber wir haben Teile in der Steiermark, wo wir selbstverständlich auch in dieser Frage drücken werden müssen.

Zur Frage der Grenzwerte – das ist ein Thema, das auf nationaler Ebene diskutiert wird. Wir haben derzeit Fakten vorliegen, auf Grund der bisherigen Nutzungen, auf Grund der bisherigen Grenzwerte, daß dieser Faktor mit 30 Milligramm einfach nicht zu halten ist. Es würde in relativ kurzer Zeit wahrscheinlich, wenn rigoros durchgezogen werden müßte, ein echter Versorgungsnotstand eintreten. Ich bin persönlich überzeugt, daß wir gerade in dieser Hinsicht, auch auf die Frage der Wassernutzung und vor allem auf die landwirtschaftliche Nutzung abgestimmt, diese langfristigen Entwicklungen beschleunigen müssen, um diese Grenzwerte zu erreichen. Ich möchte das auch ganz offen sagen, wenn wir mit solchen Grenzwerten weite Gebiete der Steiermark entvölkern, bin ich mir nicht ganz sicher, ob das die ökologischste Form der Landbewirtschaftung ist. Ich glaube vor allem, daß wir, und die Frau Kollegin Karisch hat das so unmittelbar angesprochen, mit der konkreten Feststellung in bezug auf Schwermetalle, in bezug auf Beeinträchtigung der Menschen direkt – ob das die Stadtluft ist oder ob das die Schwermetalle sind –, ja heute Philosophien im Raum haben, wo man sagt, man muß sich fleischlos ernähren. Heute ist bewiesen worden, und auch in diesem Untersuchungsbericht, daß eine Ernährung mit tierischen Lebensmitteln eigentlich eine schadstoffärmere Ernährung darstellt, die Gefährdung also nicht so groß ist. Ich glaube daher, daß wir

vor allem unsere Verbraucherkultur, unsere Lebenskultur auf diese Bodenvision einzustellen haben. Das ist mittel- und langfristig ein Faktum. Es gibt derzeit, und ich habe das schon einige Male in diesem Hause gesagt – ich möchte das unterstreichen –, ein Szenarium, wo die Kriege nach Öl bereits teilweise hinter uns sind, die Kriege nach Wasser im Gehen sind, vor allem im afrikanischen und im arabischen Raum, und daß vor allem die Auseinandersetzung um dauernd fruchtbare Böden in Sicht ist, vor allem auf Basis der Bevölkerungsexplosion, und auf der anderen Seite auf Basis der Verringerung der Gesamtweltbiomasse in den nächsten 30 Jahren, wo die Gefahr besteht, daß wir 30 Prozent der Weltbiomasse reduzieren durch die Eingriffe der Menschen, durch ihr Lebensverhalten.

Die Biolandwirtschaft hat in der Steiermark eine rasante Entwicklung genommen. Ich bin sehr froh, daß der Appell zur attraktiveren Umsetzung der Biolandwirtschaft forciert wird. Das gilt – und da bin ich der Kollegin Karisch für die Wortmeldung sehr dankbar – aber auch für jene Lebensmittel, die importiert werden, und was wir im Konsumverhalten sehr oft wahrnehmen, und vor allem durch offene Grenzen, daß es sehr schwer ist, eine solche Welle nachzuvollziehen, und daher diese Nachvollziehbarkeit, diese unmittelbare Aug-in-Aug-Betrachtung der eigenen Lebensmittelerzeugung ein ganz entscheidender Ansatzpunkt ist, um in diesem sehr massiven Wettbewerb zu bestehen.

Die Kollegin Karisch hat es angesprochen, daß es weiße Flecken auf der Landkarte gibt. Das ist der Bericht bisher. Ich möchte nur informieren, daß bereits im Jahr 1995 in Deutschlandsberg 21 Standorte untersucht worden sind, heuer ebenfalls, und auch in Graz-Umgebung 1995/96 28 Standorte. Das heißt, die Untersuchungen sind im Gange, nur im Bericht scheinen sie erst im übernächsten Jahr auf. Es ist Faktum, daß wir eine Kapazität von zirka 80 Untersuchungen haben, und es ist auch Faktum, daß wir unter schwierigsten Geländebedingungen einfach diese Untersuchungen auf allen Flächen und unwegsamen Gebieten durchführen müssen.

Vielleicht eine kurze Antwort darauf, was die Kollegin Dietrich in bezug auf Klärschlamm angesprochen hat. Wir wissen alle, daß es sehr unterschiedliche Positionen gibt. Im Grunde – nach der Kreislaufphilosophie – müssen wir versuchen, den Klärschlamm langfristig wieder in den Kreislauf vernünftig einzubringen. Wir haben deshalb auch Abwasserberater installiert, um den Gebrauch von Lösungs- und Waschmitteln so zu entwickeln, damit der Klärschlamm keine Bedrohung, wenn er kompostiert wird, für den Boden wird. Es ist nicht vernünftig, Dünger zuzukaufen und den Klärschlamm, wie jetzt in der Steiermark, zu 70 Prozent auf Deponien zu lagern und nachher über das Deponiesafterl, über die Kläranlage den sozusagen 200 Jahre zu entsorgen. Ob das die klügste Form auf Dauer ist, stellt sich selbstverständlich in Frage.

Ich glaube vor allem, die Kollegin Zitz hat es angesprochen, daß die Gesetze zu alt sind. Ich wäre sehr froh, wenn wir überall so aktiv und attraktiv in der Umsetzung wären wie beim Bodenschutzgesetz, wie auch dieser Bericht beweist. Vor allem die kritische Feststellung, daß das wenig passiert, ist wahrscheinlich

durch die flüchtige Lesung des Bodenberichtes passiert. Auf Seite 35, möchte ich nur hinweisen, ist klar festgelegt – (Abg. Mag. Zitz: „Es sind sieben Zeilen, ich habe es gezählt, Herr Landesrat!“) Ich kenne Bücher, die sind schön geschrieben, aber die Essenz ist entscheidend, und jetzt lese ich die vor, damit alle wissen, worum es da geht. (Abg. Mag. Zitz: „Was passiert in der Veitsch?“) Momenterl, nur nicht nervös werden, daheim zu meinen Kindern würde ich sagen, tuts nicht schmerzen, aber das darf ich da im Hohen Haus nicht sagen.

Im Gutachten 1993 wurde festgestellt, daß eine Gefährdung von Pflanzen, Tieren und Menschen zum Beispiel durch die Arsenbelastung nicht ausgeschlossen sei. Es wurden also folgende Maßnahmen in Angriff genommen: Durchführung eines auf die Sachproblematik abgestimmten Projektes. Das Projekt ist bereits im Laufen mit dem Prof. Dr. Walter Kosmus, wo wir gemeinsam mit dem Bund, mit dem Land und mit der Wissenschaftsabteilung diese spezielle Frage derzeit in Bearbeitung haben.

Und zwar geht es vor allem um die Untersuchung der Rauchgasemissionen, des Schlackendeponiestaubes und die Untersuchung der Grund- und Quellwasser, und über die Ergebnisse dieser Untersuchung wird also im kommenden Bericht bereits informiert. Das sind die derzeitigen Maßnahmen, die auf solchen Standorten stattfinden. Das betrifft aber auch andere Standorte, wo eine solche Bedrohung im Grunde gegeben ist.

Zum Abschluß vielleicht noch eine Anmerkung. Ich möchte also schon festhalten, die Kollegin Zitz hat gesagt, wir sollen in der Steiermark keine thermische Abfallbehandlung machen. Das Recht steht jedem Abgeordneten zu. Ich bitte nur konkret um Vorschläge, was wir dann machen sollen. (Abg. Mag. Zitz: „Biologisch-mechanische Abfallverwertung!“) Ja, ja, das ist herrlich, wir schauen uns die an. Ich habe es schon vorbereitet. Sie müssen Sie dann anschauen, und ich werde Ihnen auch Gründe anbieten, damit Sie dort in der Nähe leben können. Nur, was mache ich mit dieser Menge Plastik, die die Kollegin Dietrich angesprochen hat, die kann ich biologisch wutzeln wie ich will, das werde ich nicht schaffen. Diese Bakterien haben wir noch nicht geschafft, vor allem bei den jetzigen Qualitäten. Wenn wir Qualitäten von Plastik haben, wie zum Beispiel das Verpackungsprojekt Graz gestern beziehungsweise heute informativ mitgeteilt hat, wo es uns gelingt, aus biologischen Grundstoffen plastikähnliche Produkte zu schaffen, dann ist es im Grunde möglich. Und wir haben das Faktum der Deponieverordnung im Raum. Ich bin persönlich der Meinung, daß gerade in dieser Frage zuerst die Vermeidung, dann vor allem diese biologisch-mechanische Verwertung steht. Aber mir wäre viel lieber, daß die biologisch-mechanische vorher überall so funktioniert, wie sie in der Steiermark funktioniert, um eben den Kompost vorher aus der Gesamtmüllmenge herauszunehmen und in den Kreislauf einzubringen. Wir kennen auch die thermische Abfallbehandlung als die letzte Abfallbehandlung, nur, in der Praxis wissen wir, daß auch im konkreten Beispiel Papier die Endstation von Papier im Klärschlamm letzten Endes landet. Nach sieben Nutzungen des Recyclings haben wir meist im Toiletpapier praktisch die Endfraktion, und das ist

dann konkret im Klärschlamm, derzeit deponieren wir das. In Zukunft halten wir es für vernünftig, auch in solchen Situationen, wo es die Voraussetzungen gibt, es thermisch zu behandeln.

Abschließend möchte ich mich sehr, sehr herzlich bedanken bei den Verantwortlichen dieses Bodenschutzberichtes, bei den Mitarbeitern, die eine solide Fundgrube, wissenschaftliche Erkenntnisse, praktische konkrete Demonstrationen, wenn ich vor allem an die Erosionsfrage denke, wo wir sehr genau wissen, daß das Umsetzen jedes Jahr neu permanent von der Witterung sehr stark abhängig ist und auch konkret bodenabhängig ist, im Bericht untergebracht haben. Ich möchte wünschen, daß wir in unserem Allgemeinverhalten, wenn wir durch unser Land fahren, auch jene Leistung voll bewerten, die zum Großteil diesen Boden in ihrer Verantwortung haben. Das ist der gesamte Bereich der Land- und Forstwirtschaft, da ist aber auch inkludiert die gesamte Bevölkerung. Und gerade in dieser Zeit – es wurde auch angesprochen – der Unsicherheit, was Nahrungsmittel betrifft, ist letzten Endes auch jedes Konsumverhalten eine Abstimmung über die Nutzung des eigenen Bodens. Wenn man eigene Lebensmittel, wenn man eigene Verbrauchsgüter aus eigener Erzeugung in den Stoffkreislauf bringt und in die konkrete Umsetzung bringt.

Ich danke noch einmal herzlich, vor allem für die Beiträge und vor allem für die sehr sachlichen und anregenden Beiträge, und wünsche, daß der kommende Bodenschutzbericht jene Bereiche erläutern kann, die heute angesprochen worden sind, die Anregung über die Einflüsse, die noch nicht aufscheinen. Ich werde die zuständige Abteilung beauftragen, das zu untersuchen, auch diese Möglichkeiten der Untersuchung zu prüfen, um eben eine umfassende Darstellung des Bodens in der Steiermark zu geben. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 11.54 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor, und der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Ich darf also jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand bitten.

Danke, ich stelle die Annahme fest.

4. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 50/1, betreffend den Tätigkeitsbericht 1994 der Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle bei der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Hermine Pußwald.

Abg. Pußwald (11.54 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Gemäß Paragraph 14 Absatz 2 des Steiermärkischen Land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsgesetzes 1991 hat die Land- und forstwirtschaftliche Lehrlings- und Fachausbildungsstelle bei der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft über jedes abgelaufene Jahr einen Tätigkeitsbericht zu erstatten, der dem Steiermärkischen Landtag zur Kenntnis vorzulegen ist. Neben dem Bericht über die Tätigkeit der

Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle beinhaltet der Tätigkeitsbericht im wesentlichen auch eine Übersicht über die finanzielle Gebarung, über Statistiken und über die Ausbildungsmethoden.

Namens des Ausschusses bitte ich um Kenntnisnahme dieser Vorlage. (11.55 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich und erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Wabl das Wort.

Abg. Dr. Wabl (11.55 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erlauben Sie mir, daß ich zu diesem Tagesordnungspunkt einige Anmerkungen hier anbringe, die mir wichtig sind. Und ich möchte noch nachträglich zur Budgetdebatte etwas sagen. Ich bin damals von dieser Seite, vor allem vom Herrn Kollegen Riebbauer, etwas mißverstanden worden. Mir ist schon bewußt, daß in der Landwirtschaft nicht die Direktvermarktung allumfassend sein kann. Aber ich habe dort eines betont, und das hängt ja auch hier mit der Ausbildung zusammen. Wir haben es heute hier erlebt, wir haben heute ja den Weltmilchtag, daß wir alles daransetzen müssen, daß die Bevölkerung von uns soweit aufgeklärt wird, daß sie heimische Lebensmittel konsumiert, über Direktvermarktung und über die Geschäfte. Und daß wir uns bemühen, hier für Produkte aus dem Ausland, deren Zusammensetzung uns oft nicht bekannt ist und wo die Gentechnik auch Platz greift, einen Damm errichten. Da ist gerade die Fachausbildung des Landwirtes, des Lehrlings ein besonderer Schutzwall, der uns möglicherweise garantieren könnte, daß wir ihnen diesen Weg ersparen, den manche Länder schon bedauerlicherweise gegangen sind. Weil wir wissen ja, daß eine Gesellschaft ohne Landwirtschaft, ohne funktionierende Landwirtschaft, ohne motivierte Landwirtschaft eine Gesellschaft ist, die zum Sterben verurteilt ist. Das sollte uns immer anregen, darüber nachzudenken, wie sehr wir die Ausbildung unseres Bauern Nachwuchses fördern könnten.

Ich möchte jetzt nur ein paar Punkte anführen, die mir wichtig sind zu diesem Tagesordnungspunkt. Ich selbst komme aus der Oststeiermark, und wir sind ja gerade auch auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Fachschulen an vorderster Front. Eines, glaube ich, erscheint mir wichtig, der Bericht betrifft das Jahr 1994, er ist im Juni 1995 übermittelt worden, und jetzt haben wir das Jahr 1996. Wenn man erfolgreich sein will und wenn man Entwicklungen rechtzeitig in den Griff bekommen will, dann sollte man solche Berichte möglichst rasch behandeln.

Mir ist schon klar, daß im Herbst die vorverlegten Landtagswahlen waren. Aber trotzdem sollte man sich bemühen, daß man Berichte möglichst aktuell diskutiert, weil man dann die richtigen Schlüsse ziehen kann. Ich habe hier in dem Haus schon oft erlebt, daß wir drei Jahre später manche Berichte diskutiert haben, was ja nicht unbedingt zielführend ist.

Also als erstes eine Bitte an die Verantwortlichen, daß man den Zeitraum zwischen Präsentation und Diskussion hier möglichst kurz hält.

Ein Zweites: Es gibt auch sehr viele erfreuliche Entwicklungen, gerade im Bereich der Forschung. Ich habe hier schon angeführt, daß nur dann, wenn es uns gelingt, daß die heimische Landwirtschaft hochwertige Lebensmittel uns präsentiert und daß wir auch die Vermarktung entsprechend gestalten – und eines tut mir weh, das muß ich auch sagen, wenn ich jetzt überall lese, daß uns die EU die Situation gebracht hat, daß alles wieder billiger ist im Lebensmittelbereich, so bitte muß man sich überlegen, auf welche Kosten immer wieder hier die Produkte billiger geworden sind. Ich selber bin entsetzt, das muß ich sagen, wenn ich mir das anschau, ein Joghurt aus Deutschland, Müller-Milch oder wie das heißt, mit Millionen von Fernsehwerbung gesponsert, wo sich der Konsument dann oft nicht erwehren kann, ich weiß nicht, warum das passiert, kostet nur um 1 bis 2 Schilling weniger als ein Joghurt von der Bäuerin, die entsprechend ausgebildet ist.

Hier müßten wir, glaube ich, den Hebel ansetzen, daß dieser kleine Kreislauf zwischen Produzenten und Konsumenten stimmt. Es gelingt uns halt leider Gottes nicht, weil 80 Prozent der Konsumenten angeblich über den Preis die Einkäufe tätigen. Es gelingt uns noch nicht ausreichend, Kollege Riebenbauer, daß man den Leuten sagt: Wenn du von heimischen Bauern, nicht jetzt direkt, meine ich, aber Lebensmittel aus der heimischen Region kaufst, dann nützt du dir selber, weil du den landwirtschaftlichen Arbeitsplatz erhältst, weil du Transportkosten hier ersparst, weil du Konservierungsmittel, die natürlich notwendig sind, ersparst.

Kollege Majcen, du weißt ja, wie damals die Molke- rei in Fürstenfeld zugesperrt wurde, das war ja paradox. Der erste Sommer war ein sehr heißer Sommer, und die Milch ist übers Burgenland, über Klagenfurt und so weiter wieder nach Fürstenfeld zurückgekommen. Es ist sehr oft passiert, daß die Milch sauer war (Abg. Riebenbauer: „Die Bevölkerung war auch sauer!“) und die Bevölkerung damals intensiv gemurrt hat. Daher meine ich, wir sollten diesen Kreislauf auch den Menschen näherbringen.

Es ist daher erfreulich, daß die Obstbaufachschule Gleisdorf an einem EU-Leonardo-Projekt Bioobstbau gemeinsam mit Fachschulen in Italien, Holland sowie einem Forschungsinstitut in der Schweiz beteiligt ist. Ich glaube, das ist richtungweisend und auch beispielgebend und soll für alle ein entsprechender Ansporn sein. Ich meine, daß wir über solche Forschungsprojekte Arbeitsplätze in der Landwirtschaft erhalten, ausbauen und damit gegen die Lebensmittelproduktion von Großkonzernen in Gentechnikmanipulation einen Damm errichten und gegen Chemiefirmen, und daß es uns gelingt, gesunde Lebensmittel – es ist nämlich ein Unterschied, das habe ich mir von der Kollegin Kaufmann damals gemerkt, zwischen Nahrungsmitteln und Lebensmitteln, weil Nahrungsmittel kann alles mögliche sein, das kann mit Leben überhaupt nichts mehr zu tun haben – aus heimischer landwirtschaftlicher Produktion herzustellen.

Das sollte man den Menschen klarmachen, daß das ein ganz wichtiger Faktor ist und daß das ein ganz wichtiger Schritt ist, um zu überleben. Es gibt Untersuchungen, die sagen, daß 50 Prozent der Krankheiten heute schon mit falscher Ernährung oder mit

Ernährung durch Nahrungsmittel zu tun haben, die einfach nicht den Erfordernissen des Menschen entsprechen.

Bei der Milch hat es, ich glaube, ich habe es hier schon einmal erzählt, ein Experiment in Amerika gegeben, daß man Mäuse gefüttert hat, und zwar mit Biomilch, mit pasteurisierter Milch, mit Haltbarmilch, die in Deutschland zu 70 bis 80 Prozent, in Frankreich schon zu 90 Prozent verkauft wird, diese dünne, nicht zu genießende Haltbarmilch, in England, glaube ich, auch schon zu 90 Prozent. Man hat festgestellt, ich weiß nicht, wie die Menschen darauf reagieren, aber es ist sicherlich ein Indiz, daß jene Mäuse, die mit der Biomilch ernährt worden sind, am längsten gelebt haben. Am kurzlebigsten war die Zeit für jene Mäuse, die diese Haltbarmilch getrunken haben.

Heute habe ich gehört, daß Österreich mit 90 Prozent Frischmilch an der Spitze der EU und auch an der Spitze von Europa liegt, und ich glaube, das soll ein Auftrag sein, daß wir diese Spitze weiter beibehalten und den Prozentsatz nicht absinken lassen. Die Gefahr ist sehr groß, aber wir sollten hier alles daransetzen, daß das nicht passiert.

Eines wäre noch wichtig, auch für die Lehrlinge und die Absolventen, damit man das vernetzte Denken in den Vordergrund rückt, daß zwei Schritte in der Steiermark noch gelingen. Ich selber kann das nicht veranlassen, aber, ich glaube, es ist wichtig, daß man die landwirtschaftlichen Gärtnerlehrlinge von der Wirtschaftskammer anerkennt. Zweitens wäre die Anerkennung der Ausbildung in den landwirtschaftlichen Fachschulen für Kombinationsmöglichkeiten in der Berufsausbildung notwendig. Manche lehrlingsausbildende Betriebe weigern sich, bei vorgebildeten Lehrlingen, die eine landwirtschaftliche Lehre absolviert haben, ein Lehrjahr nachzulassen. Wenn überall beim Erlernen eines gewerblichen Berufes eine landwirtschaftliche Fachschule beziehungsweise ein Jahr angerechnet wird, könnten Nebenerwerbsbauern leichter bestehen und kann die Abwanderungstendenz aus der Landwirtschaft gebremst werden.

Das ist unser aller Wunsch, und ich glaube, das sollte das Ziel einer kompetenten, einer fachgerechten Lehrlingsausbildung sein, daß die Landwirtschaft, die Berufe in der Landwirtschaft, die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft uns erhalten bleiben, damit die Gesundheit unserer Kinder und Kindeskinde in diesem Lande gesichert ist. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 12.05 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich als nächster Redner der Herr Abgeordnete Ing. Peinhaupt. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Peinhaupt (12.05 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Martin Wabl hat etwas sehr Bedeutungsvolles gesagt, indem er festgestellt hat, es geht darum, eine motivierte Landwirtschaft zu haben. Um diese Motivation zu erreichen, liegt wohl auch der Handlungsbedarf bei uns.

Aus den Geschehnissen der letzten Monate müssen wir erkennen, daß wir in eine bedrohliche Entwicklung hineinsteuern. Ich verweise auf die Aussage der

Landwirtschaftskammer selbst, daß täglich sechs Hörndl- also Rinderbauern in der Steiermark aufgeben. Die Landwirtschaftskammer hat auch hochgerechnet und sagt, im Jahr sind das 2500 Betriebe. Aber, meine Damen und Herren, diese 2500 Betriebe sind ja doch ein mittlerer landwirtschaftlicher Bezirk in der Steiermark. Das heißt, wir haben einen gesamten Bezirk in der Steiermark weniger.

Es geht aber darum, daß man die Probleme erkennt. Die Probleme muß man erkennen, um sie auch lösen zu können. Es geht auch darum, daß man die Zeichen der Zeit erkennt. Aber ist es nicht so, daß sich gerade in der heutigen Zeit jeder selbst der Nächste ist und daß für das Miteinander in unserer Gesellschaft ja nur mehr sehr wenig Platz ist? Gerade im bäuerlichen Bereich ist das Miteinander so ein wichtiger Faktor. Dieses Bremsen des Miteinander wird ja noch durch diesen Effekt enorm verstärkt, daß man durch die geänderten Rahmenbedingungen dem Bauern die Wertigkeit nimmt, das Gefühl nimmt, von seiner eigenen Leistung leben zu können. Man bewirkt viel eher eine Identitätskrise, indem man ihm immer wieder sagt, du bist im Grunde genommen abhängig von den öffentlichen Haushalten.

Meine Damen und Herren, genau hier gilt es anzusetzen. Hier sind die Gesellschaft, die Politik, jeder einzelne von uns, aber vor allem die landwirtschaftlichen Bildungseinrichtungen gefragt, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Es gehört natürlich auch dazu, daß das landwirtschaftliche Schulwesen, das Ausbildungswesen selbst die Probleme einmal erkennt und ihren eigenen Bereich durchforstet. Ich will es mir jetzt ersparen, im Detail darauf einzugehen. Es gibt einige Bereiche, die sicherlich durchforstungswürdig sind. Sie erinnern sich sicher an den Antrag der Freiheitlichen, der eingebracht worden ist, wo wir versucht haben, das landwirtschaftliche Ausbildungssystem, das landwirtschaftliche Schulwesen auch mit einzubeziehen in die landwirtschaftliche Betriebsberatung.

Weil Sie wissen alle, Frau Kollegin Pußwald allen voran, daß die landwirtschaftlichen Schulen bestens ausgestattet sind, mit Computer und so weiter, und so weiter. Und wir wissen aber auch, daß durch die sogenannte Verbürokratisierung des Bauernstandes manche nicht einmal die Zeit finden, ihre Angaben gewissenhaft zu machen, damit sie auch den höchsten Förderungsertrag erzielen.

Ich darf etwas, was der Martin Wabl auch gesagt hat, bitte noch einmal verstärken, es gehört auch zum Erkennen des eigenen Problemfeldes. Landesrat Schaller hat sicherlich im besten Bewußtsein, für die Landwirtschaft auch das Beste zu machen, das duale Schulsystem ins Leben gerufen. Jetzt stehen wir aber vor der Tatsache, daß wir durch das duale Schulsystem auf der einen Seite eine größere Abwanderung aus der Landwirtschaft haben, aber auf der anderen Seite es jetzt natürlich auch so ist, daß diese an Landwirtschaftsschulen gelernten außerlandwirtschaftlichen Berufe nicht anerkannt werden. Auch hier ist, glaube ich, Handlungsbedarf im Sinne unserer ländlichen Strukturen, im Sinne der Arbeitsplatzsicherung angebracht, daß man auch hier die Weichen stellt.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie erinnern, im Jahre 1991 bin ich hier gestanden und habe gesagt, wir werden uns im Bereich des landwirtschaftlichen Bildungswesens sowohl fachliche als auch geographische Schwerpunkte überlegen müssen. Damals hat mir Landesrat Pörtl rechtgegeben. Ich glaube, wir stehen jetzt davor, das auch wirklich zu machen. Und im gleichen Atemzug habe ich damals, gemeinsam mit meiner Fraktion, gefordert, man möge sich doch bemühen, die alpenländische Landwirtschaftsschule in Raumberg zu einer Fachhochschule zu machen. Das ist daran gescheitert – ich nehme mir jetzt kein Blatt vor den Mund –, weil von seiten der Landesverantwortlichen sehr halbherzig gehandelt worden ist, nicht zuletzt aus dem Grund, weil ja der Herr Minister Fischler, der das Sagen gehabt hat, ein gelernter Wieselburger ist und der natürlich Wieselburg verteidigt hat. Aber warum es jetzt so wichtig ist, sich für diese Schule einzusetzen, meine Damen und Herren, ist das, daß nämlich im Zuge des Sparpakets man die Absicht hat, den Lehrforst, der zu dieser Schule gehört, zu verkaufen. Und wissen Sie, an wen der vom Bund verkauft werden soll? An die Bundesforste soll er verkauft werden! Meine Damen und Herren, ich sage es Ihnen, ich bin selbst ein Raumberger, wenn diese Ausbildungseinheit fehlt, so ist die Struktur dieser Schule, vor allem aber im Hinblick auch auf eine eventuelle Einrichtung einer Fachhochschule, ein- für allemal aus. Warum dieser Lehrwaldbetrieb auch noch so wichtig ist, kann ich Ihnen auch sagen, denn seit dem Jahr 1991 wird dieser Wald nach betriebswirtschaftlichen privatwirtschaftlichen Grundsätzen bewirtschaftet und der jetzt dafür Verantwortliche ist Sponsorverträge eingegangen, um gewisse Projekte durchzuführen. Die Forstleute unter Ihnen wissen ja genau, worum es geht, um die Seilkranbringung, Wegbegrünung, Biotopenrichtung, Arten der Durchforstung und so weiter, und so weiter, hat allgemeine Akzeptanz, viele private Sponsoren, die jetzt natürlich auf Grund dieser Äußerung dieses Bundes, diesen Wald verkaufen zu wollen, natürlich auch ärgste Bedenken um ihr Geld haben und schon laut darüber nachgedacht haben, Regressforderungen einerseits an den verantwortlichen Waldbewirtschaftler beziehungsweise an den Bund zu stellen.

In Anbetracht dieser Situation, meine Damen und Herren, ist es mir wirklich eine Freude, einen Beschlußantrag, der von allen fünf Parteien in diesem Lande mitgetragen wird, vorzubringen:

Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dipl.-Ing. Vesko, Dr. Flecker, Dr. Brünner, Dr. Wabl, Tasch, Riebenbauer und Mag. Zitz, betreffend Erhaltung Lehrforst in Raumberg.

Im Zuge des Sparpakets ist geplant, den Lehrforst der Höheren Lehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg zu veräußern.

Es wird daher der Antrag gestellt, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, Verhandlungen mit der Bundesregierung aufzunehmen und dahin gehend zu führen, daß die unabdingbar notwendigen Ausbildungseinrichtungen des Lehrforstes auch in Zukunft abgesichert werden.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und darf damit enden, daß die Investition in die Bildung sicherlich die Investition ins Leben und für das Überleben unserer Bauernschaft ist. Ich danke! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 12.13 Uhr).

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Pußwald.

Abg. Pußwald (12.13 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das landwirtschaftliche Schulwesen hat zwei Gliederungen, einerseits den Fachschulbereich, dort, wo der junge Mensch über die Lehre den Zugang über das duale Ausbildungssystem zur allgemeinen Arbeitswelt hat. Ein Bericht über diesen Lehrlingsbereich liegt uns aus dem Jahre 1994 vor, und es stimmt, wie der Kollege Wabl gesagt hat, daß natürlich der Zeitraum ein sehr großer ist und die Aktualität deswegen nicht unbedingt gegeben ist. Und trotzdem sind einige grundsätzliche Dinge vermerkt. Nämlich, daß die Landwirtschaft in ihrer Ausbildung nicht gleich die Landwirtschaft ist. Allein im Bereich der Lehrlingsausbildung haben wir Schwerpunkte, die ganz spezifisch sind. Der zukünftige Betriebsführer als Fachmann wählt unter den unterschiedlichsten Anforderungen seinen speziellen Bedarf. Ich möchte nun einige herausstreichen.

Neben allgemeiner Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, jetzt gerade vom Kollegen Ing. Peinhaupt angesprochen, wird in den traditionellen Spezialgebieten in der Steiermark Weinbau, Obstbau, Gartenbau und Hauswirtschaft die Lehrlingsausbildung ermöglicht. Ebenso werden Spezialbereiche, wie Fischerei und Bienenwirtschaft, Geflügelwirtschaft, Pferdewirtschaft und allgemein die Lagerhaltung, angeboten. Bereiche, die immer spezielle Gebiete innerhalb der Landwirtschaft darstellen und wo kein genereller Level angelegt werden kann. Trotzdem muß es eine Basis geben, von der aus aufgebaut wird. Die Basis sind betriebswirtschaftliche, buchhalterische Grundlagen, die einfach zur Betriebsführung notwendig sind, und dazu, Herr Kollege Peinhaupt, verwendet dieses Ausbildungswesen vermehrt die Computer als Hilfsmittel. Nicht damit, weil man irgend etwas besonderes haben möchte, sondern dafür, um dem bäuerlichen Menschen in der Zukunft eine Chance eines Nebenberufes einzuräumen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Frau Kollegin, das war keine Kritik, das war nur eine Feststellung!“) Richtig, ich möchte das herausstreichen. Mit dem Computereinsatz könnte sich ja auch folgendes entwickeln: Jemand, der die Buchhaltung für sich sehr gut im Griff hat, übernimmt sozusagen in Lohnverrechnung andere Buchhaltungen. Das Vertrauen der Betriebsführer untereinander ist natürlich Voraussetzung. Da könnte es also indirekt zu einem Zuerwerb kommen. Und das ist auch eine Aufgabe und ein Ziel in der Ausbildung. Die schon erprobten Maschinenringe sind Vorbild. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Zuerwerb, bitte!“)

Der Herr Kollege Wabl hat von den kleinen Kreisläufen und der Direktvermarktung gesprochen. Richtig, schön, gut, dort, wo es von den Personen her möglich ist, wo die Familienstruktur so gegeben ist,

daß die Arbeitsbewältigung, die vorgegebene Belastung möglich ist. Ich kenne wirklich etliche Bäuerinnen und Bauern, die den Bauernmarkt beschicken, die arbeiten meist am Tag davor und die gesamte Nacht durch, damit sie ihre Produkte frisch, marktgerecht, entsprechend aufbereitet, auch in der Wertigkeit natürlich vorbereiten können! Der Kunde, der beispielsweise am Samstagvormittag einkauft, ahnt nichts von der riesigen Arbeitsbelastung! Auch der Hofladen, der sehr oft in der Direktvermarktung angesprochen wird, ist eine Frage der Arbeitskapazität und der Kooperation innerhalb von Betrieben. Wer liefert welche Ware beziehungsweise wer stellt zu welcher Zeit welches Produkt zur Verfügung?

Eine sehr große Hürde bei all diesen Dingen, die ich jetzt aus der Sicht der Landwirtschaft betrachtet habe, ist natürlich das Gewerbe! Der Greißler ums Eck – ich sage das jetzt nicht abwertend –, sondern der Gemischtwarenhändler, der allen Anforderungen des Marktes vermehrt ausgesetzt ist, muß bestimmte Richtlinien einhalten, der Bauer braucht dies nicht. Ich weiß, daß damit die Existenzsicherung und hoffentlich auch der Feinkostenladen Österreich und andere bäuerliche Betriebe in der EU gesichert werden können. Das ist der Wunsch und das Anliegen! Leider ist es viel leichter, darüber zu reden, als es dann tatsächlich umzusetzen. Um ein generelles Angebot zu schaffen, sind zu viele Punkte zu berücksichtigen.

Ich darf auch noch darauf eingehen, daß in den Schulen, sowohl in der Lehrlingsausbildung als auch in den Fachschulen, die Ökologie einen großen Stellenwert hat. Das schonende naturnahe Umgehen mit Grund und Boden, Frau Kollegin Dietrich hat das herausgearbeitet, ist Grundlage jeder betriebswirtschaftlichen Überlegung.

Das ist einfach ein Kapital, das unbezahlbar ist und auf das man Rücksicht nimmt. Neben dem Wasser, mit dem wir wahrscheinlich in der Zukunft Geldquellen und Goldquellen in der Hand haben, ist es die Ressource Boden! Die artgerechte Tierhaltung, die das Tier nicht zur Sache macht, sondern wo das Tier Freund und Wegbegleiter ist.

Trotzdem gibt es Probleme, die ich auch nicht verhehlen möchte. Die hochwertig ausgebildeten Facharbeiter im Bereich der verschiedenen landwirtschaftlichen Berufe sind ausschließlich in der Landwirtschaft anerkannt. Wenn jetzt ein Facharbeiter aus dem Bereich der Bienenwirtschaft zum Beispiel zum Schlosser werden möchte, ist es mir völlig klar, daß das nicht geht, aber wenn er im Bereich des Handels mit einschlägigen Produkten den Facharbeiter in der Bienenwirtschaft da hat und dort keine Anerkennung findet, dann, glaube ich, müßten wir uns gemeinsam, auch parteiübergreifend, zusammentun, mit allen Bereichen der Wirtschaft, um der Landwirtschaft qualifizierte Zugänge zu ermöglichen.

Noch drastischer empfinde ich die Situation bei den Meistern. Ich möchte sagen, die Meister sind etwa die Fachhochschulabsolventen, die den praktischen Teil sehr stark betonen und den theoretischen Unterbau haben. Die Absolventen der Bodenkultur sind wirklich die Abgänger der Universitäten, die Intellektuellen. Bei beiden ist das fachliche Niveau gewaltig hoch. Ein Meister der Landwirtschaft hat kaum reelle Chancen, außerhalb der Landwirtschaft

einen adäquaten Arbeitsplatz zu bekommen, egal ob er Hauswirtschaftsmeister ist, Gärtnermeister ist oder eben Meister der Landwirtschaft.

Das sind Bereiche, die von der Politik sehr wohl verändert werden und auch in der Kombination mit anderen Berufen ihren Niederschlag finden sollen und müssen.

Zur Abwanderung, die der Herr Kollege Peinhaupt angesprochen hat: Ist es denn vernünftiger, wenn schon ein Betrieb zusperrt – Sie haben von 2500 hochgerechneten Betrieben allein aus der Rinderhaltung gesprochen –, wenn die Betriebsführer als Hilfsarbeiter irgendwo ihre Einkommens- und ihre Existenzsicherung erfahren, oder ist es nicht gescheiter, sie können durch einen qualifizierten Zu- oder Nebenerwerb, den sie auch in einer zusätzlichen Lehre, in einer Kombination gemacht haben, ihre Existenz sichern? Ich denke, diese Kombination ist eine sehr wichtige und richtige Chance zur Erhaltung der ländlichen Infrastruktur. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Um die Anerkennung geht es!“) Ich danke, daß Sie das so anerkennen. Ich denke, da sind wir auch auf einem gemeinsamen Weg, die Existenzgrundlagen der Bauern abzusichern.

Zwölf Kandidaten haben im vorigen Jahr die Meisterprüfung gemacht. Immerhin sind 4312 Landwirtschaftsmeister in den verschiedensten Bereichen in der Steiermark tätig, die, wie erwähnt, außerhalb der Landwirtschaft kaum eine adäquate Verdienstmöglichkeit haben.

Insgesamt glaube ich, daß dieser Bericht eine interessante Darstellung ist, auch natürlich die Situation der Landwirtschaft allgemein spiegelt und die soziale Achse, die vorhanden ist, für Leute, die in anderen Bereichen des Arbeitsmarktes kaum eine Chance haben, wiedergibt. Mir fällt dazu die Aussage einer Bäuerin ein, die gesagt hat: „Dieses Mädchen ist wertvoll, hätte aber nie eine Chance, am allgemeinen Arbeitsmarkt zu bestehen. Ich bilde sie als Lehrling aus, ich behalte sie als Facharbeiterin bei mir.“ So finden viele, die aus dem nicht landwirtschaftlichen Bereich stammen, hier einen ihren Fähigkeiten angepaßten Arbeitsplatz. Der Bericht ist interessant, er soll in kürzeren Abständen weitergeführt werden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 12.23 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Das Schlußwort hat der Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (12.23 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir hatten eine sehr umfassende Diskussion. Vor allem die Einleitung des Kollegen Wabl hat unterstrichen, daß wir seit Jahrzehnten Gott sei Dank flexibel und auf dem richtigen Weg agiert haben.

Wir haben drei Schritte offensiv begangen, und zwar, aus der Sicht der agrarischen und landwirtschaftlichen Entwicklung, mit dem Schwerpunkt, auch eine zweiberufliche Ausbildungsmöglichkeit anzubieten, denn niemand bei vielen bäuerlichen Familien weiß, wer den Betrieb übernimmt oder wer in eine Partnerschaft für einen Betrieb einsteigt. Ich halte das für einen sehr entscheidenden Weg.

Der nächste Schwerpunktbereich liegt auch in den hauswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Schulen, die Vorbereitung auf den Markt, auch die Möglichkeit der Direktvermarktung, und vor allem die Öffnung unserer bäuerlichen Betriebe in einer sympathischen Art. Ich möchte noch dazusagen, daß auch diese bäuerliche Lebensweise, diese bäuerliche Lebenskultur in unseren hauswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Schulen je nach regionalen Gegebenheiten wieder eine sehr starke Rolle spielen. Die Kollegin Pußwald hat dargelegt, daß wir eine klassische regionale Angebotspalette vorfinden.

Der dritte Bereich ist vor allem, dieses verstärkte ökologische Bewußtsein weiterzuentwickeln. Wir haben ja eine Phase, ich möchte das nicht zu extrem darstellen, einer gewissen Technik- und Industrialisierungswut, selbstverständlich auch abgeleitet auf die Landwirtschaft, und vor allem eine Spezialisierung in der Landwirtschaft, wo wir auf eine breite Grundausbildung setzen.

Ich möchte dazusagen, daß gerade dieses Leonardo-Projekt für den biologischen Obstbau – das ist eines der schwierigsten Kapitel in der gesamten biologischen Landwirtschaft –, welches gemeinsam mit Niederländern, aber vor allem auch mit Italienern durchgeführt wird, und auch die Schweizer haben sich diesem EU-Projekt angeschlossen, die eine gewisse Erfahrung haben, sehr wichtig ist, wo vor allem auch die sprachliche Weiterentwicklung um diese europäische Kontaktnahme zu verbessern ist. Dieses Projekt wird als jeweiliges Unternehmen betrieben, also nicht nur ein reiner Lehrbetrieb, sondern das ist ein Projekt, wo erzeugt, Markt aufgebaut wird und auch die Marktumsetzung eine Rolle spielt, vor allem mit einer Vernetzung der betroffenen Länder.

Nun zu diesem sehr eindrucksvollen Ansatz der motivierten Bauernschaft. Wir wissen alle, was sich derzeit im Rinderbereich abspielt. Wir werden alles zu unternehmen haben, um genau jener Sparte in unserer Bauernschaft alle Möglichkeiten der Unterstützung anzubieten, die am stärksten unsere steirische Kulturlandschaft prägen. Wir haben die praktische Erfahrung im Bereich des ÖPUL, wo etwa 70 Prozent von der Rinderwirtschaft, sprich die Grünlandwirtschaft, beansprucht wird. Wir wissen alle, was uns internationale Bewegungen da antun. Das ist die Lireabwertung, das ist vor allem diese furchtbare Situation, die psychologische Situation mit dem BSE, wo uns vor allem der Konsumrückgang ganz massiv in der Berufsentscheidung auf unseren Höfen direkt trifft. Es war bereits merkbar, daß unsere Markenprogramme, die wir vor allem in dieser Situation ganz massiv offensiv weiterführen müssen, eine Chance des Abfederns bieten.

Was auch angesprochen wurde, ist die Einbindung der landwirtschaftlichen Schulen in die Betriebsberatung. Es passiert praktisch in allen Betrieben, ich habe ebenfalls einen Sohn, der in einer solchen Schule eingebunden ist – über die Absolventenvereine. Das ist ein permanentes Service, wo in speziellen Fachbereichen, vor allem in EDV-Bereichen, Rückkopplungen da sind, die derzeit eine Entwicklung haben, wo wir sagen können, daß dieses duale Ausbildungssystem in dieser Form unbedingt eine stärkere Anerkennung braucht. Es gibt derzeit eine Vereinbarung

mit der PRÄKO und der Wirtschaftskammer, wo diese Vereinbarungen im Rahmen dieser Ausbildungsmodelle – es ist also ein Schulversuch – unterstrichen sind.

Wir haben aber auch Schulen, wie Hafendorf zum Beispiel, wo solche Abschlußprüfungen ganz konkret stattfinden. Und es wird also auch derzeit bei Zimmerern, bei Fleischern, bei Landmaschinenmechanikern diese Anrechnungszeit problemlos gewährt. Es ist natürlich selbstverständlich, wenn ein gewisser Druck von Lehrlingen vorhanden ist, ist eine attraktivere Angebotspalette solch bäuerlich kombinierter Lehrlingsbewerber in der Zukunft verstärkt vorzunehmen, vor allem was die Unterbrechung betrifft. Wiederaufnahme, da sind wir einen Schritt gegangen, der im Grunde in die richtige Richtung geht.

Vielleicht noch zu dem Thema, das vor allem die forstliche Ausbildungsmöglichkeit in Raumberg betrifft. Ich bin bereits seit längerer Zeit dem Komitee beigetreten. Bei einer Agrarreferentenkonferenz war das ein zentralösterreichisches Thema, und zwar wird ein Gesamtkonzept für Lehrforste in den Schulen erarbeitet, und es bestehe keine Konsequenz, daß das direkt schon an die Bundesforste vermittelt wird. Ich kenne also auch diese Vereinbarungen mit der Möglichkeit auch des Sponsorings, das vor allem für verschiedene Schwerpunktparten gerade im forstlichen Bereich sehr wesentlich ist. Ich hoffe nur, daß die Bundesdienststellen miteinander agieren können, und ich bin sehr froh, daß der Antrag das mitunterstreicht. Ich halte es auch nicht für gescheit, daß gerade der Praxisbezug in dieser Frage gefährdet wird. Ich bin bereits mit Minister Molterer direkt in Verbindung, wo vorläufig jetzt – wenn ich das so sagen darf – die Bürokratie ihre Runden gezogen hat und wir das auf höchster Ebene klären können, damit nicht ein im Jahre 1950 erworbener Betrieb, der an und für sich klassisch zu dem Betrieb paßt und wo die Frage der Fachhochschule selbstverständlich abhängig ist, eine solche Chance nicht mehr hätte.

Das Thema Fachhochschulen ist ein eigenes Kapitel. Ich könnte jetzt ganz locker sagen, ich bin nicht zuständig, da hat es ja einige Diskussionen gegeben. Ich werde mich selbstverständlich inhaltlich für jede Möglichkeit einer solchen Fachhochschule einsetzen. Es ist natürlich auch die Frage der Finanzierung und auch die Frage, in welcher Form eine fachhochschulähnliche Ausbildungsstätte möglich ist. Eine eigene Fachhochschule scheint mir auf Grund der Vorgaben sehr schwer erreichbar zu sein, da ist derzeit auch vom Volumen her eine gewisse Hürde das Hindernis. Das zu den Beiträgen.

Ich möchte nur abschließend noch einmal unterstreichen und festhalten: Der größte Reichtum, den wir in der steirischen Land- und Forstwirtschaft haben, ist einfach der Bildungsstand, vor allem die Flexibilität und die Beweglichkeit, und das ist auch jenes Honorar, das wir derzeit einfahren. Das ist ein gewisser Druck direkt in unseren Schulen. Das bestätigt vor allem die zeitgemäße Angebotspalette, regional abgestimmt, und wo tatsächlich die Bedürfnisse von der regionalen Perspektive und auch vom Markt her gegeben sind.

Ich möchte nur noch einmal abschließend unterstreichen, daß selbstverständlich alle Direktvermarktungsschienen und -linien notwendig und richtig sind,

nur, ich möchte das nicht abwertend sagen, ich kenne bereits Familien, die sich an der äußersten Grenze der Belastbarkeit bewegen, und ich möchte das nicht als die Lösung der agrarischen Frage darstellen, sondern als eine Angebotspalette. In der Steiermark haben wir bereits 10.000, und ich erlebe auch dort und da einen Wettbewerb innerhalb dieser Mitbewerber. Ich glaube, es ist ganz entscheidend, daß sich vor allem das Publikum für diese Direktvermarktung permanent vermehrt. Nur so haben wir eine Chance, das vor allem auch zu halten. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 12.33 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Neben dem Bericht und dem Antrag des Ausschusses wurde ein von allen Parteien unterstützter weiterer Antrag eingebracht. Ich lasse zunächst über den Ausschlußbericht und -antrag abstimmen. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Dieser Antrag ist angenommen.

Nun geht es um den Beschlußantrag, der von allen Parteien unterstützt wurde, Verhandlungen mit der Bundesregierung aufzunehmen und dahin gehend zu führen, daß die unabdingbar notwendigen Ausbildungseinrichtungen des Lehrforstes auch in Zukunft abgesichert werden. Wer diesem Beschlußantrag zustimmt, den bitte ich ebenfalls um ein Händenzeichen.

Auch dieser Antrag ist angenommen.

5. Bericht des Ausschusses für Bau, Wohnbau und Raumordnung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 62/1, betreffend den Erwerb von Landesmietwohnungen durch darin wohnende Landesbedienstete.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Otto Heibl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Heibl (12.34 Uhr): Es handelt sich, meine Damen und Herren, hier um den Abverkauf von Wohnungen an Landesbedienstete. Es wurde damit 1994 begonnen. Bis Ende 1995 wurde der Verkauf von insgesamt 38 Landeswohnungen in die Wege geleitet.

Zur Zeit wird der Abverkauf von 17 weiteren Wohnungen vorbereitet. Nach Maßgabe aller mit dem Abverkauf befaßten Behörden und Sachverständigen kann 1996 mit einer Vertragserrichtung für zirka 25 Wohnungen gerechnet werden.

Es wurden genaue Bedingungen festgelegt: erstens sofortige Bezahlung der Eigenmittel des Landes, zweitens Übernahme der aushaftenden Darlehen, einschließlich Landesdarlehen, drittens die Zahlung nur der Eigenmittel, Abstattung des Kaufpreises innerhalb von 15 Jahren bei einer Verzinsung von 0,5 Prozent über der Sekundärmarktrendite, viertens bei Bezahlung des Gesamtkaufpreises innerhalb von sechs Monaten ab Vertragsabschluß Gewährung eines zehnzehnten Rabattes, fünftens Vorfinanzierung der Nutzwertfestsetzung durch das Land, sechstens 3,5 Prozent Grunderwerbsteuer vom Kaufpreis durch den Käufer, siebentens Übernahme sämtlicher anfallender Kosten (Vertragserrichtung, Notar, Gericht) durch die Käufer und achtens Befristung der Verkaufssaktion mit Ende dieser Gesetzgebungsperiode.

Mit Stichtag 11. März 1996 hat die Landesbuchhaltung aus dem Wohnungsabverkauf bisher rund 10,1 Millionen Schilling verbucht.

Bis Jahresende 1996 werden voraussichtlich noch weitere 8 Millionen Schilling zufließen.

Es wird daher namens des Bau-Ausschusses beantragt, der Hohe Landtag wolle beschließen, der Abverkauf von Landeswohnungen zu den Bedingungen der Landtagsbeschlüsse vom 10. November 1992 und 1. März 1994 wird für die laufende Gesetzgebungsperiode genehmigt.

Ich bitte um Annahme. (12.36 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Erster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Wabl (12.36 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir Grüne sehen diesen Tagesordnungspunkt, diesen Verkauf von Landesmietwohnungen, einigermaßen kritisch, und ich möchte auch gleich darauf verweisen, daß wir damals bei der Beschlußfassung ja nicht im Landtag gewesen sind, daher an sich nicht beteiligt waren.

Mir ist schon bewußt, daß wir derzeit in einer Zeit leben, wo der Trend in die Richtung geht, privatisieren, verkaufen, im Wirtschaftsbereich, auch im Wohnungsbereich, und mir sind auch viele Gemeinden bekannt, wo der Bürgermeister das Ziel verfolgt, daß er in diesem Bereich möglichst viele Mietwohnungen an die Mieter verkauft, damit er sich das Problem der Zuweisung und andere Probleme erspart.

Ich persönlich, und ich weiß nicht, wie es den Sozialdemokraten hier geht, bin eher sehr skeptisch, weil ich einfach meine, daß gerade die Gemeinden und auch das Land in diesem Bereich der Bevorratung von Mietwohnungen für Bedienstete oder für Bewohner dieser Gemeinde eher vorsichtig sein sollten. Durch diesen Verkauf, der an sich sehr schleppend vor sich geht, wird das Volumen jener Wohnungen, die zur Verfügung stehen, kleiner. Und jetzt stelle ich die Frage, ob es eigentlich von der Gesellschaft erwünscht ist, daß man jetzt eine Mietwohnung, die von einem Landesbediensteten bewohnt wird, dem Landesbediensteten zum Verkauf anbietet und damit einem jungen Landesbediensteten, der in den Dienst eintritt, diese Wohnung nicht mehr zur Verfügung stellen kann.

Und ich frage mich auch, abgesehen von der Preisgestaltung, aber das ist nicht das Entscheidende, ob wir solche Wohnungen an jene verkaufen sollten, die auf Grund ihrer finanziellen Situation eigentlich sehr wohl eine Eigentumswohnung kaufen oder ein Haus errichten könnten.

In der Stadt Graz hat sich gezeigt, das wird in den anderen Gemeinden der Steiermark anders gelagert sein, daß von diesem Angebot nur ältere Mieter Gebrauch gemacht haben, die das dann für ihre Enkelkinder gekauft haben.

Im Land Steiermark sind hier praktisch durch diesen Verkauf die Möglichkeiten, daß man jetzt einem jungen Landesbediensteten, und ich bin jetzt nicht einer, der sich bei den Landesbediensteten da einweihen will, auf gut deutsch gesagt, aber es gibt doch manche,

die am Anfang ihrer Laufbahn stehen, und wir wissen, daß gerade in Österreich die Lebensverdienstsumme oft sehr unvernünftig verteilt ist. Das heißt, dann, wenn man eine Existenz gründet, dann, wenn man eine Familie gründet, und dann, wenn man am Anfang seiner Laufbahn wenig Einkommen hat, dann braucht man das Geld und hat es nicht. Später dann, wenn man keine Wohnung mehr braucht, wenn die Kinder aus dem Haus sind, dann hat man oft das Geld. Auch Landesbedienstete in besserer Situation sollen dann angeblich das Geld haben. Es gibt ja Verdienstsommen, die nicht so bescheiden sind, wobei ich eines dazusagen muß, wir sind ja, weil später über den Bundesstaat gesprochen wird, im Vergleich zu Wien, zu den Gehältern beim Magistrat Wien, kleine Vaserln oder arme Lapperln, aber immerhin, es gibt auch Gehälter von monatlich mehr als 100.000 Schilling.

Ich persönlich, und diese Meinung habe ich auch immer vertreten, verstehe nicht ganz, daß man eine Mietwohnung, die bisher dazu gedient hat, um jungen Landesbediensteten den Start ins Leben zu erleichtern, jemandem anbietet, der sehr wohl auf dem Wohnungsmarkt, im Eigentumsbereich oder sonstwo, sich bedienen könnte. Daher werden wir dieser Genehmigung nicht zustimmen. Wir möchten auch, daß geprüft wird, ob es bei diesen Landesmietwohnungen Einkommensgrenzen gibt, wo der Verkauf bewilligt wird, und ob hier nicht ein Ausgleich zugunsten sozial Bedürftiger beziehungsweise junger Familien im Sinne einer Starthilfe geschaffen werden soll. Das sollte man überlegen, weil wenn ich mir anschau, wieviel hereingekommen ist, na, ich glaube, der Herr Finanzreferent ist zwar nicht da, so wie die ganze Regierung nicht da ist, die Frau Landeshauptfrau ist da, habe ich früher gesehen, es sind 10,1 Millionen Schilling mit Stichtag 11. März 1996. Bis Ende 1995 sind 38 Landeswohnungen verkauft worden, und jetzt sind 17 in Vorbereitung. Also in mehr als zwei Jahren sind insgesamt 10 Millionen hereingekommen. Das Kraut macht das auch nicht fett, das Budget auch nicht. Daher würde ich den Vorschlag machen, daß man diese Frage neu überdenkt.

Vielleicht auch, daß die Sozialdemokraten das überdenken. Der Otto Heibl sitzt da, ich kann mir vorstellen, daß er nicht unkritisch dieser ganzen Idee gegenübersteht. Obwohl ich weiß, daß es dem Zeitgeist entspricht, alles zu verscherbeln, um auf gut deutsch es zu sagen. Ich fordere die Damen und Herren der Regierung auf, dies zu überdenken - ich kann das jetzt nicht tun, weil niemand da ist.

Ich würde auch bitten, ohne daß ich das jetzt ironisch sagen möchte, wir haben nicht sehr oft Landtagssitzungen, einmal im Monat, und ich glaube schon, daß unsere Beratungen hier so wichtig sind, daß zumindest ein Teil der Landesregierung oder das zuständige Regierungsmitglied das verfolgt. Da geht es um meine Achtung. Ich habe manchmal die Probleme, daß wir Redner hier das Gefühl haben, wir reden zwar, aber geschehen tut das, was auf höchster Ebene passiert. Und wenn ich dann da rede, nicht, daß ich mich beleidigt fühle, ich halte das leicht aus, aber ich glaube, daß man unterscheiden muß, gibt es wichtige Termine oder nicht in diesen Landtagsdebatten. Ich bin schon seit dem Jahr 1981 in dem Landtag - das war schon immer das Problem. Ich glaube daher, daß

es zumindest Verpflichtung wäre, daß das zuständige Regierungsmitglied da ist. Ich kann das jetzt niemandem sagen, daß man diese Frage überdenkt, weil niemand da ist. Aber der Herr Landtagspräsident Hasiba sitzt da. Wir, wegen unserer Selbstachtung, müssen uns das überlegen.

Beim Kollegen Schachner bin ich das sowieso gewöhnt, kaum fängt die Sitzung an, geht er fort, ob da über die Universität etwas diskutiert wird, oder ob die Studenten besetzen, oder ob sonst etwas ist, er ist grundsätzlich nicht da. Damit zeigt er, was er von der Wichtigkeit unserer Beratungen hält.

Ich halte das aus, mein Selbstwertgefühl ist nicht davon abhängig. Aber es geht hier um den Landtag, und eigentlich müßte man das auch einmal in der Präsidiale besprechen, daß man zumindest den Schein wahrht.

Ich ersuche daher die Landesregierung, aber auch uns selbst, darüber nachzudenken, ob es dem Zeitgeist entsprechen muß, daß man Mietwohnungen an jene verkauft, die es eigentlich nicht brauchen, und damit jenen entzieht, die sie am Anfang ihrer Laufbahn besser nützen könnten. Wir wissen, was heute in Graz eine Wohnungsanschaffung kostet.

Leider Gottes, und Kollege Schützenhöfer, du bist da, glaube ich, auch auf meiner Seite, haben wir es noch nicht zusammengebracht, daß wir die Lebensverdienstsumme korrigieren, daß der Mensch in der Regel dann das Geld hat, wenn er es braucht, und nicht dann, wenn er es nicht mehr in dem Ausmaß braucht. Das hängt mit dem Biennalsprung zusammen sowie mit vielen anderen österreichischen Kuriositäten. Da könnten wir einen Schritt setzen, da es den Konflikt alt-jung ohnedies gibt, beim Einkommen, bei der Arbeit. In vielen Bereichen erleben wir eine neue Konfliktsituation jung und alt, arm und reich, und die Arbeit haben und die keine haben.

Aber, daß man unseren jungen Landesbediensteten damit die Chance nimmt, daß sie günstig wohnversorgt sind, das verstehe ich nicht. Daher werden wir Grüne in diesem Fall dagegenstimmen, und ich bitte, daß wir uns alle Gedanken machen, ob wir vielleicht eine sozial moderne Vorgangsweise wählen, die den Interessen der Betroffenen nicht widerspricht. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. - 12.45 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es liegt keine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Wer dem Punkt 5 der Tagesordnung zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe!

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Bei den Tagesordnungspunkten 6 und 7 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 49/1, betreffend den vierteljährlichen Bericht über den Stand der Europäischen Integration für das letzte Vierteljahr 1995,

erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Franz Jeglitsch das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (12.46 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gemäß Paragraph 5 des Landes-Verfassungsgesetzes vom 23. Juni 1992 über den Ausschuss für Europäische Integration hat die Landesregierung dem Steiermärkischen Landtag vierteljährlich einen Bericht über den Stand der Europäischen Integration zu erstatten.

In diesem Sinne liegt der Bericht für das letzte Vierteljahr 1995 vor.

Er beinhaltet drei große Kapitel:

Stand der Rechtsanpassung in der Steiermark im Hinblick auf das EWR-Abkommen und die EU-Mitgliedschaft Österreichs Anfang Jänner 1996.

Das zweite Kapitel: Wichtige Maßnahmen auf europäischer Ebene seit Oktober 1995.

Im dritten Kapitel werden die Maßnahmen Österreichs beziehungsweise der Steiermark im Hinblick auf die Europäische Union beschrieben.

Beigefügt ist auch eine Anlage mit Ausführungen zur Währungsunion.

Im Sinne des Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung vom 5. Februar 1996 ersuche ich, den Bericht über das letzte Vierteljahr 1995 über den Stand der Europäischen Integration zur Kenntnis zu nehmen und um Annahme des Berichtes. (12.47 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke für diese Berichterstattung.

Nun erteile ich zum Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 104/1, betreffend den vierteljährlichen Bericht über den Stand der Europäischen Integration für das erste Vierteljahr 1996,

dem Herrn Berichterstatter, Abgeordneten Dipl.-Ing. Heinz Grabner, das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (12.48 Uhr): Gegenstand des Punktes 7 ist der Vierteljahresbericht über das erste Vierteljahr 1996, dem eigentlich lediglich hinzuzufügen ist, daß er dankenswerterweise schon jetzt gemeinsam mit dem Bericht über das letzte Vierteljahr 1995 zur Vorlage gekommen ist, was uns ermöglicht, eine umfassende Debatte zum Thema Stand der Europäischen Integration aus steirischer Sicht zu führen.

Auch diese Vorlage ist in vier Punkte geteilt. Auch hier wird über den Stand der Rechtsanpassung berichtet, die wichtigen Maßnahmen und Ereignisse auf europäischer Ebene seit Jänner 1996, die Maßnahmen Österreichs beziehungsweise der Steiermark im Hin-

blick auf die Europäische Union und ein Sonderkapitel, betreffend die Osterweiterung der EU aus österreichischer und steirischer Sicht. Auch hiezu hat der Ausschuß für Europäische Integration beraten und empfiehlt, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte um einen dementsprechenden Beschluß. (12.49 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Danke für die Berichterstattung. Erster Redner ist der Herr Abgeordnete Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (12.49 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir hatten vor kurzem Gelegenheit, das Thema Steiermark und die EU hier zu diskutieren, nämlich anlässlich der Budgetdebatte. Und da haben wir uns im wesentlichen darauf konzentriert, zu durchleuchten, ob in den Budgets 1996 und 1997 die entsprechenden Vorkehrungen getroffen worden sind, um all jene Gelder, die aus Brüssel in die Steiermark fließen können, durch entsprechende Kofinanzierungen auch fließen zu lassen. Wir konnten feststellen, meine Damen und Herren, daß die Ansätze für die EU-Kofinanzierungen mit insgesamt 830 beziehungsweise 811 Millionen in den beiden Budgets durchaus die entsprechenden Vorkehrungen sind, die wir brauchen. Damit sind all jene Summen budgetmäßig abgedeckt, die in den steirischen Förderungsverträgen mit der EU vertraglich festgelegt sind, nämlich rund 24 Millionen ECU nationaler Anteil für die 5 b-Programme, davon etwa 150 Millionen Schilling jährlicher Landesanteil und 24 Millionen ECU nationaler Anteil für die Ziel-2-Programme, davon etwa 130 Millionen Schilling Landesanteil jährlich. Soweit das steirische Europaengagement in nüchternen Zahlen.

Vielleicht noch ein paar Erinnerungsauffrischungen zum Procedere.

2. April 1990: Der Landtag beschließt und die Bundesregierung vollzieht die Einrichtung eines Europareferates in der Steiermark als erstes österreichisches Bundesland mit einer derartigen administrativen Stelle.

1. März 1993: Die steirische Landesregierung beschließt die Einrichtung des steirischen Integrationsforums für Information und Beratung und gegenseitige Verständigung in allen Angelegenheiten der Europäischen Integration.

1. Jänner 1994: Vertrag über den europäischen Wirtschaftsraum zwischen den zwölf EU-Mitgliedsstaaten sowie den EFTA-Staaten Österreich, Schweden, Finnland, Norwegen, Island tritt in Kraft. Das heißt, damals schon, 1994, sind beim Bund und bei den Ländern etwa zwei Drittel der EU-Rechte wirksam geworden.

Vom 25. Mai bis Mitte Juni 1994 ist die Europaabteilung mit den maßgeblichen Abteilungen des Landes, Fachabteilung für Wirtschaftsförderung, Landesbaudirektion, das Arbeitsmarktservice, Fachabteilung für Regionalplanung, auf Informationstour durch die Regionen gegangen und haben zwar auf der einen Seite sehr umfassend informiert, auf der anderen Seite aber, wie wir jetzt in der Nachbetrachtung erkennen können, Hoffnungen erweckt, die sich nicht immer als erfüllbar herausgestellt haben. Durch die Fülle der

Informationen, die anzubieten waren, und die Kürze der Möglichkeit des Informationstransportes in den jeweiligen Tagungsorten ist vieles an Verwirrung übriggeblieben, das bis heute noch nicht zur Gänze abgebaut ist. Und ich denke, wir haben hier Handlungsbedarf.

Meine Damen und Herren, wir haben am 12. Juni 1994 mit der Volksabstimmung über Österreichs Beitritt einen maßgeblichen Schritt gesetzt. Am 11. Juli 1994 hat die steirische Landesregierung beschlossen, ein Steiermark-Büro in Brüssel einzurichten, das meiner Erinnerung nach im April vorigen Jahres, also 1995, eröffnet wurde. Im Oktober 1994 wurde der bis dato tätige Universitätsprofessor Dr. Reinhard Rack in den Nationalrat gewählt und anschließend als einer von insgesamt 21 Abgeordneten Österreichs ins Europaparlament. Kollege Franz Lückler hat die Leitung des Europareferates übernommen, und mit Beschluß der Regierung wurde diesem Europareferat auch die Koordinierung der steirischen EU-Politik überantwortet. Auch da ist einiges an Handlungsbedarf zu orten, wenn man sich anschaut, wie jemand, der als steirischer Wirtschaftstreibender oder als steirischer Bürgermeister an EU-Förderungsfragen herantritt, oftmals anfangs nicht so recht weiß, an wen soll ich jetzt herantreten, an die Fachabteilung für Wirtschaftsförderung, an die Abteilung für den landwirtschaftlichen Bereich, an die Rechtsabteilung 8, an die Fachabteilung für Regional- und Landesplanung und, und, und, oder direkt an das Europareferat, nunmehr Europa-Abteilung. Das heißt, die Zugänge sind nicht so ganz klar, sind nicht so ganz einfach, und deshalb glaube ich, daß man hier deutlich machen sollte, daß die koordinierende Anlaufstelle, das Europareferat, nunmehr Europa-Abteilung, ist und sein soll und daß sie in ihren Versuchen, ihrer Koordinierungsaufgabe nachzukommen, Unterstützung braucht und unterstützt werden soll.

Wir sind, meine Damen und Herren, am 26. April 1995 dann soweit gewesen, daß die in der Programmgruppe Steiermark erarbeiteten sogenannten einheitlichen Programmplanungsdokumente für die steirischen Ziel-2- und 5 b-Gebiete von Frau Landeshauptmannstellvertreterin Waltraud Klasnic damals offiziell den zuständigen EU-Kommissaren übermittelt wurden. Am 28. April, wenige Tage später, ist Österreich dem Schengener Abkommen beigetreten, was für uns natürlich ganz maßgebliche Auswirkungen hat. Wir wissen, 132 Kilometer Südstaatsgrenze hat für uns natürlich auch die Bedeutung, daß wir uns mit dem Thema ganz besonders auseinanderzusetzen haben. Ich bin froh darüber, daß in dem letzten Bericht dieses Thema nicht nur ausführlich behandelt wurde, sondern daß wir uns auch in einer Vorabsprache dazu einvernehmlich bekannt haben, diesem Thema in Hinblick ganz besonders unser Augenmerk zu schenken, wenn wir auch auf Grund der derzeitigen inflationären Entwicklung mit Landtagsenqueten der Meinung sind, noch nicht jetzt zwischen die eine oder andere Enquete hinein, sondern etwa ab Herbst dieses Thema zu einem Gegenstand einer Landtagsenquete zu machen, weil ich glaube, die EU-Osterweiterung ist ein Thema, zu dem gerade wir Steirer Maßgebliches beitragen können.

Wir haben, meine Damen und Herren – und ich habe vorhin von den Zugängen zu den Förderungstöpfen gesprochen –, nunmehr einen etwas verbesserten Zugang geschaffen durch die Einrichtung der regionalen EU-Managementstellen, von denen leider noch nicht alle installiert sind und noch nicht alle so funktionieren, wie sie sollen, aber die Instrumentarien sind da. Wir haben die Aufgabe, die Instrumentarien zu nutzen, zu unterstützen und zu jenen Anlaufstellen klar zu machen, in denen in den Regionen die entsprechenden Informationen und Hilfeleistungen für Interessenten an EU-Fragen angeboten werden sollen. Ich halte nichts davon, wenn man alle Wirtschaftstreibenden und Bürgermeister in den steirischen Regionen dazu animiert, sozusagen an den regionalen Stellen vorbei, sich zuständigkeithalber direkt dort, oder dort, oder an mich, oder an mich, zu wenden. Ich glaube, vor Ort wird es wichtig sein, daß wir eine Anlaufstelle haben, und diese Anlaufstelle vermittelt dann weiter zu den zuständigen Stellen. Im operativen Bereich sind natürlich die einzelnen Fachabteilungen mit dem Umsetzen der Programme befaßt, selbstverständlich!

Aber wir sollten den Zugang zu den Informationen vereinheitlichen, über die EU-Regionalmanagementstellen in den Regionen, über das Koordinierungsorgan – die Europa-Abteilung, und von dort an die zuständigen Stellen, die die entsprechenden operativen Bereiche leiten und umsetzen.

Denn, meine Damen und Herren, und ich erinnere noch einmal an die Sprachenverwirrung, die hier vielfach herrscht, eine Fülle von neuen Begriffen ist aufgetaucht, mit denen nur die wenigsten hantieren können und wo die Zugänglichkeit zum Thema EU für auch positiv Voreingenommene sehr, sehr schwer ist. Ich denke nur allein an die Bezeichnungen für die einzelnen Strukturfonds: EFRE, ESF und, und, und. Ich denke an die Gemeinschaftsinitiativen: INTERREG, LEADER, EMPLOYMENT, ADAPT, RECHAR, RESIDER, KMU, URBAN. Das sind Worte, mit denen kaum jemand etwas anfangen kann, wenn er nicht imstande ist, das mit Leben zu erfüllen. Ich denke an die anfängliche Sprachverwirrung mit der Gebietskulisse, Nutzebenen – was ist das? –, regionale Entwicklungspläne, regionalwirtschaftliche Konzepte, regionale Entwicklungsprogramme. Nunmehr sind wir angehalten, regionale Entwicklungsbilder verfassen zu lassen, an denen wir uns bei der nächsten Programmarbeit zu orientieren haben. Gemeinschaftliche Förderkonzepte. Nunmehr sind Begleitausschüsse installiert, wo also zwischen Bund und Ländern gemeinsam die Abwicklung der EU-Projekte begleitend kontrolliert und durchbegleitet werden sollen. Also eine Menge von Fachinformationen, die sehr, sehr verwirrend sind.

Das Europa-Haus, das Steiermark-Haus in Brüssel trägt mit Sicherheit das seine dazu bei, daß diejenigen, die dort hinkommen, die entsprechenden Informationen auch vermittelt bekommen. Ich würde mir wünschen, daß viel mehr von denen, die unmittelbar mit Brüsseler oder Straßburger Angelegenheiten zu tun haben, von der Möglichkeit Gebrauch machen, sich dort bei Mag. Korzinek und bei Frau Mag. Claudia Suppan vor Ort direkt und authentisch zu informieren, denn dann würde man auch erkennen, welche Bedeu-

tung, meine Damen und Herren, es hat, wie auch wir uns hier im Hause mit dem Thema „Europa – Europapolitik“ befassen und auseinandersetzen. Dann würde etwas nicht passieren, was uns durchaus Sorge machen muß, meine Damen und Herren, wenn man also die Zeitungsmeldungen ansieht, wenn man liest: „Jaques Santer – Vertrauenskrise in der EU“. Der von mir schon zitierte EU-Parlamentarier Rack titelt in der Zeitung: „Spektakuläre EU-Fehlleistungen“. Die Überschriften lauten: „Wer kennt sich da noch aus?“ Das zuständige Bundesregierungsmitglied vermeldet: „Die EU-Töpfe nicht voll ausgeschöpft!“

Und das stimmt, meine Damen und Herren, und hier müssen wir uns die Zahlen vor Augen halten. Von den 25,6 Milliarden, die von Österreich im Jahr 1995 zur Einzahlung zu bringen waren, hatte man erwartet, daß etwa 17 Milliarden Rückflüsse kommen. 10 Milliarden sind zurückgeflossen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „50 haben wir eingezahlt!“) Einbezahlt waren 25,6 und 17 sollten zurückfließen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Die theoretische Zahl war 27, die tatsächliche war also 50!“) Ich gehe von den Ziffern aus, die in den Berichten über die Bundesbudgets dargestellt sind, dort war 25,6 – 17 – 10.

Es ist ohnedies, im gemeinsamen Sinne erkannt, schlecht genug, was wir hier erreicht haben. Ich gebe dem EU-Kommissär Fischler vollkommen recht, wenn er bei der jüngsten Telefonstunde in der „Kleinen Zeitung“ einem Anrufer gesagt hat, „ein bißchen Gas müssen die Steirer schon geben“ und „sagen Sie das Ihren Freunden in Graz“. Meine Damen und Herren, wir sollten uns hier angesprochen fühlen, wenn unser österreichischer EU-Kommissär das sagt und wenn er einem steirischen Anfragenden sagt: „Sagen Sie das Ihren Freunden in Graz, ein bißchen Gas könnten sie schon geben.“

Wie ist das möglich, meine Damen und Herren, wie können wir hier Gas geben, und in welchen Bereichen sollten wir hier ansetzen? Nochmals gesagt, einmal im operationellen Bereich – es ist mit Sicherheit noch nicht die Zugänglichkeit zu den Förderinstrumentarien und die Information über die Möglichkeiten so ausreichend, denn sonst wären nicht statt 17 Milliarden nur 10 Milliarden angesprochen. Erster Punkt! In dieser Zugänglichkeit ist mit Sicherheit etwas zu verbessern. Es gibt den Infopoint im Grazer Rathaus, es gibt eine, ebenfalls Infopoint genannte, Stelle in Innsbruck.

Ich glaube, daß wir auch ergänzend zu den Anlaufstellen irgendwo eine zentrale Informationsstelle in der Steiermark installieren sollten, die auch zugänglich ist, nicht irgendwo, sondern möglicherweise auf der Straße fußläufig – Hauptplatz, Herrengasse oder so irgendwo. Eine Anlaufstelle, die auch tatsächlich signalisiert, jawohl, das Land Steiermark hat hier eine Anlaufstelle für alle, die etwas wissen wollen.

Wir haben, meine Damen und Herren, Handlungsbedarf in dieser Richtung, denn nur mit verstärkter Information über die Praxis der Durchführungsinstrumentarien können wir einfach zu einer besseren Nutzung der zur Verfügung stehenden Förderungsmittel für die steirische Wirtschaft kommen.

Ich denke, wir sollten das, was möglich ist, an erfolgreich abgewickelten Beispielen auch sichtbar machen. Ich glaube, daß es ganz, ganz wichtig ist, wenn wir

eine nächste Informationstour machen, und ich freue mich, daß der Mag. Rader als Leiter der neuen Europa-Abteilung hier durchaus die Absicht hat, einen neuen Informationsschub einzuleiten und durch die Lande zu ziehen und die Information dort hinzubringen, wo sie auch hingehört, und ich würde mich sehr freuen, wenn wir bei dieser Gelegenheit auch seitens der einzelnen Fachabteilungen die entsprechenden Beispiele so an die Hand aufbereitet bekommen, daß sie herzeigbar sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Es gibt Beispiele, meine Damen und Herren. Ich nenne nur aus meiner obersteirischen Umgebung das ARED-Projekt, Integration von Langzeitarbeitslosen. Ich denke im Bereich Graz-Umgebung an das Frauenprojekt NOVA, mit 6 Millionen EU-Mitteln gefördert, 4 Millionen nationale Eigenmittel, Ausbildung für Arbeitsuchende, wo wirklich Steirerinnen auf neuen EU-Wegen sind, wie es erst gestern oder vorgestern in der Zeitung zu lesen stand.

Nochmals, verstärkte Information, an guten Beispielen demonstriert, Zugänglichkeit erleichtern und im operationellen Bereich einfacher, überschaubarer und wirkungsvoller werden.

Zweiter Aktionsbereich, der mir ganz wichtig erscheint: Meine Damen und Herren, viele von uns haben sich beklagt, daß, wohl auch aus Zeitnot, bei der Erstellung jener Programme, nach denen jetzt die Förderungen bis zum Jahr 1999 laufen, die Regionen und viele Betroffene nicht in jenem Maße eingebunden waren, wie wir es eigentlich gerne hätten. Auch an uns, hier im Hause, sind die Dinge so vorübergehuscht, daß wir nur bei sehr genauem Hinsehen und sehr großem Engagement für diese Frage erkennen konnten, in diese Richtung geht es. Ich glaube, meine Damen und Herren, wir müssen jetzt – und es ist keineswegs zu früh, sondern es ist schon wieder kurz vor 12 – mit jenen Arbeiten beginnen, nach denen im Jahr 1999 für dieses Jahr 1999 und die fünf Jahre danach die steirische EU-Förderungsprogrammatik erstellt werden soll, daß alle jene Projekte Platz haben, die dann zu diesem Zeitpunkt auch wirklich in der Steiermark wichtig sind, und daß all jenes in die neuen Programme hineinreklamiert wird, von dem wir jetzt mittlerweile aus der Erfahrung wissen, aha, dort täte es not, das wäre wichtig, und das wäre wichtig.

Wir können jetzt, meine Damen und Herren, zum Unterschied von vorher, wo wir von außen sozusagen eine Programmatik erstellen mußten nach einem Muster, wie es von der EU vorgegeben war, nunmehr von innen her schon am Muster möglicherweise etwas verändern, um dann das unterzubringen, was uns wichtig erscheint. Wir können jetzt schon die Inhalte der künftigen Europapolitik von innen her ganz maßgeblich beeinflussen. Und ich nenne hier als den für mich wichtigsten Inhalt, mit der absoluten Priorität, alle beschäftigungspolitischen und sozialpolitischen Maßnahmen zu unternehmen, die für uns in der Steiermark wichtig sind, was wir gerade in unserem großen Papier „Arbeit für unser Land“ festgeschrieben haben und wo wir sagen müssen, ein Arbeitsbündnis für Europa ist anzupfeilen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben nunmehr die Möglichkeit einer besseren Einbindung der regionalen Interessen, und wir haben nunmehr die Möglichkeit, beschäftigungspolitische

und sozialpolitische Aspekte in die neuen Strukturprogramme verstärkt hineinzureklamieren, und uns nicht nachher an dem orientieren zu müssen, was an formellen Vorgaben von Brüssel kommt. Wir haben die Möglichkeit, und wir erkennen ja auch die erfreulichen Ansätze, wenn ich nur denke, Jacques Santer: „Die EU ist nicht nur ein gemeinsamer Markt, sie hat auch eine soziale Dimension“, sagte er in seiner Schrift „Pakt für ein soziales Europa“. Oder Präsident Chirac in seinem Memorandum für ein europäisches Sozialmodell, oder, natürlich sofort aufgegriffen, dieses Thema von Bundeskanzler Vranitzky: „Der nächste EU-Gipfel soll ein Sozial-Gipfel werden. Ich erinnere daran, daß Landesrat Ressel in seiner Budgetrede davon gesprochen hat, daß die steirischen 46.000 Arbeitsuchenden Auftrag genug sind, diesem Thema, nämlich der Beschäftigungspolitik, auch in der europäischen Dimension unsere Aufmerksamkeit zu widmen. Und ich habe noch im Ohr, als Bürgermeister Stingl, aus einem gegebenen Anlaß zum Thema EU zu reden, gemeint hat, es ist wohl die Schande Europas, wenn man daran denkt, daß 18 Millionen Arbeitslose zu beklagen sind. Die Zukunft Europas, hat Stingl in diesem Referat dazugesagt, darf nicht der Deutschen Bundesbahn überlassen werden. Der europäische Weg hat zu viele soziale Schlaglöcher, deutlicher kann man es nicht sagen. Ich bin der Meinung, meine Damen und Herren, das ist auch für uns Auftrag klarzumachen, was wir von der EU-Regierungskonferenz, die Ende Juni in Florenz wieder zusammentritt, erwarten. Was wir, wie ich glaube, zu Recht erwarten: Wir haben zu erwarten, daß von dieser Regierungskonferenz Signale ausgehen in Richtung Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wir haben zu erwarten, daß von dort ausgeht die Umsetzung des Weißbuches über Beschäftigung, wir haben zu erwarten, daß von der Regierungskonferenz ausgeht die Umsetzung des Santer-Vorschlages, Vertrauenspakt Arbeit in Europa. Nicht im Sinne von Warten, daß von dort etwas passiert, jetzt haben wir die Möglichkeit, von innen hineinzureklamieren. Am 1. Jänner 1995 sind wir der EU beigetreten. Das sind noch keine 20 Jahre nach meiner Rechnung. Beschäftigungspolitik war bisher eine Angelegenheit des Landes, des Bundes, jetzt hat sie eine europäische Dimension bekommen, und wir haben diese europäische Dimension, weil natürlich auch die Frage der Arbeitslosigkeit eine europäische Dimension hat, na selbstverständlich, auch Fragen, die die Landwirtschaft betreffen. Nicht umsonst ist mehr als die Hälfte des gesamten EU-Budgets für die Landwirtschaft vorgesehen. Also die europäische Dimension der Landwirtschaft, der Wirtschaft im allgemeinen, des Arbeitsmarktes, der Beschäftigungsproblematik ist klar erkennbar und ist auch erkannt.

Bisher haben wir erfreulicherweise jetzt wenigstens diese von mir zitierten Ansätze in den Absichtserklärungen der Maßgeblichen. Meine Damen und Herren, und es ist nicht so, daß wir hier nicht gefragt werden. Es ist nicht so, daß wir hier als regionales Parlament nicht gehört werden. Immer wieder heißt es, wenn man sich in Brüssel und Straßburg umhört, ja, ihr müßt euch halt rühren. Und, meine Damen und Herren, wir sollten uns rühren. Ich werde diesbezüglich heute noch einen Beschlußantrag verlesen und einbringen, von dem ich höre, daß ihm alle Fraktionen des

Hauses beitreten, zumindest in der Vorabsprache ist das angeklungen, und von dem wir zumindest das jetzt einmal tun, was wir schon vor einem Jahr angesetzt haben, nämlich in die Verhandlungen zwischen Österreich, EU und Slowenien, jene Punkte hineinzureklamieren, die uns Steirer besonders interessieren, von denen aber leider nur die wenigsten bisher aufgenommen wurden, so daß wir, glaube ich, mit einem Beschlußantrag weiter darauf insistieren beziehungsweise noch einmal darauf drängen sollen, daß in den weiteren Verhandlungen diese steirischen Punkte aufgenommen werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich könnte mir vorstellen, meine Damen und Herren, daß wir auch über einen Vorschlag nachdenken könnten, den ich folgendermaßen umschreiben möchte: Wenn es schon richtig ist, daß wir zwar etwas sagen können, daß wir uns etwas wünschen können und daß wir diese Wünsche an die entsprechenden Stellen, wie zum Beispiel im Juni Florenz-EU-Konferenz, deponieren können, glaube ich, müßte man außer dem Wunsch auch Anreize schaffen, daß beschäftigungspolitische Maßnahmen im EU-Kontext deutlicher Beachtung finden. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn ich mir anschau, meine Damen und Herren, die fünf Maastricht-Kriterien für die künftige Währungsunion, lauter finanztechnische Kriterien. Erstens, Inflation maximal 1,5 Prozent über den drei niedrigsten, derzeit 2,5 Prozent. Zweitens, Zinssatz 2 Prozent über jenem der drei mit den niedrigsten Inflationsraten, derzeit etwa 8,7 Prozent, kein Problem für Österreich. Drittens, stabile Währung, kein Problem für Österreich. Dann wird es schon problematischer, vierter Punkt, Budgetdefizit maximal 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, fünftens die öffentliche Verschuldung, also Bund, Länder und Gemeinden, maximal 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Im jüngsten Wirtschaftsbericht der EU-Kommission wird für Österreich 97, also das Stichjahr, prognostiziert: 3,1 Prozent Defizit und 73,9 Prozent Verschuldung.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang glaube ich, daß man auch berücksichtigen sollte, für welche Ausgaben ein Staat diese Defizite und diese Verschuldung auf sich nimmt, und wenn unter diesen Ausgaben solche Ausgaben sind, die sich sehr intensiv und sehr stark um beschäftigungspolitische Anreize drehen, dann würde ich glauben, daß man als sechsten Punkt, als sechstes Konvergenzkriterium durchaus anfügen sollte, daß jene Summen, die ein Staat für beschäftigungspolitische Maßnahmen investiert, in Anrechnung gebracht werden könnten bei jenem Bereich, wo es um die Anrechnung der Staatsverschuldung, der öffentlichen Verschuldung und um die Berechnung des Budgetdefizits geht.

Wenn wir beschäftigungspolitische Maßnahmen dadurch in Konnex bringen mit den Konvergenzkriterien, dann würden wir in Österreich ganz anders dastehen, weil wir sowohl in den Bundesbudgets als auch in den beiden Landesbudgets jeweils große beschäftigungspolitische Anreize und Ansätze haben. Und wenn das in entsprechender Gegenverrechnung und Berücksichtigung bei der Beurteilung der fünf Kriterien in Rechnung gestellt würde, dann würden wir uns wahrscheinlich entschieden leichter tun, jene Kriterien zu erreichen, von denen wir momentan noch

etwas weg sind. Wenn auch Finanzminister Klima der Meinung ist, er würde es bis 1997 schaffen, wie er unlängst gesagt hat.

Ich glaube also, meine Damen und Herren, man sollte diesen konkreten Vorschlag eines sechsten ergänzenden Kriteriums überlegen, in Diskussion ziehen, wenn ich auch weiß, daß es schon einmal irgendwo aufgetaucht ist und dann wieder sozusagen in der Versenkung verschwunden ist. Aber erst unlängst hat ein maßgeblicher bundesdeutscher Funktionär bei einem Interview in England gesagt „über die Kommastrichen nach den Ziffern wird man schon noch diskutierten können“. Also erstmals eine Öffnung der bisher verhärteten Fronten. Ich glaube, daß, wenn sich diese Front ein bißchen öffnet, wir auch jedenfalls in der Beurteilung der Maastricht-Kriterien die beschäftigungspolitische Intensität einer staatlichen Investitionspolitik berücksichtigen sollten.

Meine Damen und Herren, wir haben natürlich auch eine Reihe anderer Aspekte für die Zukunft noch zu berücksichtigen. Ich erinnere, daß wir in der gemeinsamen Bemühung um unsere Infrastruktur als Grundlage von Wirtschaft und Beschäftigung jedenfalls großen Handlungsbedarf haben, nicht nur steirisch und österreichisch, sondern auch im europäischen Kontext.

Wenn ich das Schienennetz, das Autobahnnetz anschau, wenn ich an das Thema Telekommunikation denke. Wir haben im agrarischen Bereich natürlich einiges in Überlegung zu nehmen. Ich denke daran, daß wir jene unterstützen sollten, die als Ziel 7 die Alpingebiete besonders fördern möchten. Und ich denke insbesondere an unsere Jugend, die für Bildung und Forschung mit den Programmen Sokrates und Leonardo Angebote haben, die hervorragend sind, aber leider bei weitem nicht so hervorragend ausgenutzt werden, wie sie angeboten sind. Wenn ich daran denke, daß Edith Cresson, die zuständige Kommissarin, erst unlängst mitgeteilt hat, daß von den 11.600 Teilnehmern an den Bildungsprogrammen aus den neuen EU-Staaten der Anteil der Österreicher nur 1,9 Prozent war.

Meine Damen und Herren, hier haben wir, wie ich glaube, ebenfalls wieder den Informationsbedarf vor uns, denn die Chancen, die über Leonardo und Sokrates für unsere auszubildende Jugend gegeben sind, sollten genutzt werden. Denn gerade die Frage Arbeitsmarkt, Arbeitsplatzsicherung wird immer internationaler, und hier ist internationale Ausbildung sicherlich ein gutes Rüstzeug.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, verweise ich zum Thema „Internationalität der Bemühungen“ auf die Notwendigkeit, auf die Bundesregierung einzuwirken, in ihr Papier, das in Arbeit ist zwischen Österreich, der EU und Slowenien, jene Punkte hineinzureklamieren, von denen wir wissen, daß sie für uns Steirer von ganz großer Bedeutung sind.

Ich darf hier den Beschlußantrag zur Kenntnis bringen, der folgendermaßen einbegleitet ist:

„Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Slowenien ist bisher noch nicht ratifiziert. Obwohl im diesbezüglichen Entwurf nicht alle steirischen Forderungen erfüllt worden sind, sollte das Abkom-

men im Interesse Sloweniens und auch der Steiermark möglichst rasch abgeschlossen werden. Parallel dazu sollten die steirischen Forderungen bei den Verhandlungen im Zuge einer EU-Osterweiterung berücksichtigt werden (die Verhandlungen gehen ja bekanntlich weiter).

Die wesentlichen diesbezüglichen Forderungen der Steiermark sind folgende:

Erstens: In bezug auf die Struktur- und Regionalförderung sowie die staatliche Beihilfenpolitik sollte es keinesfalls eine Schlechterstellung des südlichen steirischen Grenzlandes gegenüber Slowenien geben – Bürgermeister Franz Schleich hat mich heute darauf angesprochen, wie wichtig das ist, daß das südsteirische Grenzland hier nicht ins Abseits gerät – (Abg. Schleich: „Jawohl!“) Diesbezüglich ist nach Möglichkeit eine Homogenität im Grenzbereich beider Staaten anzustreben.

Zweitens: In bezug auf die nukleare Sicherheit – Kernkraftwerk Krško (Gurkfeld) – sollte jedenfalls alles versucht werden, die Republik Slowenien zu einem Ausstieg aus der Nuklearenergie zu bewegen. Diesbezüglich könnte durchaus eine technische und finanzielle Hilfestellung von seiten der EU und auch Österreich angeboten werden. Jedenfalls ist auch nochmals ausdrücklich der Sicherheitsstandard des Atomkraftwerkes Krško – insbesondere im Hinblick auf dessen erdbebengefährdete Lage – zu hinterfragen. Außerdem haben die Erfahrungen aus dem im noch nicht beschlossenen Europaabkommen verpflichtenden Verfahren zu einem gegenseitigen diesbezüglichen Informationsaustausch zwischen Slowenien und der Steiermark Berücksichtigung zu finden.

Drittens: In bezug auf weitere Umweltfragen sollte erreicht werden, daß alle Schadstoffemissionen, die als Immissionen auf Österreich noch Einwirkungen haben könnten, an den österreichischen Standard angeglichen werden. Weiters ist auf die vollständige Einhaltung des Artikel-15 a-B-VG-Vertrages zwischen der Steiermark und der Republik Slowenien in bezug auf die Schweinemastbetriebe in Podgrad zu dringen.

Viertens: In bezug auf den Verkehr sollte ausverhandelt werden, daß eine überregional bedeutsame, hochwertige Bahnachse in Nordsüdrichtung nicht im Wege einer Umfahrung der Steiermark und des Großraumes Graz über Ungarn und Slowenien erfolgen sollte, sondern über die sogenannte Koralmbahn erfolgen müßte.

Es wird daher der Antrag gestellt: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert:

Erstens raschestmöglich eine Zusammenstellung aller Punkte – wie vorhin erwähnt – auszuarbeiten, die in Verhandlungen zwischen der EU und dem Beitrittswerber Republik Slowenien von seiten der Steiermark berücksichtigt werden sollten, zu erarbeiten – dabei ist von den Punkten in der Antragsbegründung auszugehen, die aber auch erweitert und ergänzt werden könnten;

zweitens an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, a) auf die Republiken Slowenien und Italien dahin gehend vermittelnd einzuwirken, daß das Assoziierungsübereinkommen zwischen der EU und Slowenien raschestmöglich unterzeichnet und ratifiziert werden kann (möglicherweise hat der Regie-

rungswechsel hier in Italien ein Auswirkung), b) daß in den Avis der EU-Kommission bezüglich des EU-Beitrittes der Slowenen nach Möglichkeit die steirischen Forderungen im Sinne von Punkt 1 aufgenommen werden, c) die Steiermärkische Landesregierung rechtzeitig über den Beginn und den jeweiligen Verhandlungsstand, betreffend die künftigen Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und Slowenien, aktuell zu informieren, und d) daß die österreichischen Verhandler und Verhandlerinnen dabei weitestgehend auch die steirischen Interessen wahrnehmen oder nach Möglichkeit ein steirisches Vertreter, eine steirische Vertreterin direkt in diese Verhandlungen eingebunden wird.“

Dieser Beschlußantrag wird hiermit eingebracht, und ich bitte Sie, ihn zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, ein Satz zum Schluß. Oft liest man von den vielen Mißbräuchen, die mit EU-Mitteln geschehen. Unlängst wurde berichtet, daß im vergangenen Jahr von insgesamt 4700 Personen oder Gruppen unter falschen Voraussetzungen EU-Mittel in der Höhe von 15 Milliarden angesprochen wurden und diese auch ausbezahlt bekommen haben – also veruntreut wurden. Kommissär Fischler hat es unlängst sehr drastisch ausgedrückt: „Sie betrügen mit allem, sogar mit Buttermilch.“

Meine Damen und Herren, das sind die Reibungsverluste eines Riesenunternehmens, welches Europa heißt. Ich glaube, wir sollten uns auf unserem Weg zu einem gemeinsamen Europa durch diesen EU-Pessimismus nicht abhalten lassen. Wir sollten durch konstruktive Beiträge, durch sachliche Informationen diesem EU-Pessimismus entgegentreten. Ich glaube, meine Damen und Herren, Europa bietet uns eine Chance, und ich denke, die Steiermark sollte diese Chance nutzen und ihren Beitrag leisten. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ. – 13.26 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Prof. Jeglitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (13.26 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zu diesem Grundsatzreferat und Plenarvortrag meines Vorgängers wäre so manches anzumerken, wie etwa zu den Schlußsätzen. Wenn soviel Förderungsmittel nicht rechtmäßig verbraucht werden, dann trifft dies weniger die Reibungsverluste in der EU als vielmehr die moralische Anständigkeit der Betroffenen. Also, da gäbe es sehr viel zu sagen, und Sie sind auch ins Schwitzen gekommen. Es war ja wirklich ein umfassendes Referat, Herr Kollege Grabner. Dazu möchte ich mich zu einem anderen Zeitpunkt äußern. Heute möchte ich zu dem sprechen, was der Inhalt des Beschlußantrages ist.

Ich glaube, daß die im Beschlußantrag angesprochenen Punkte für die Steiermark von vitalem Interesse sind. Ich darf in Erinnerung rufen, daß rund vor einem Jahr der Ausschuß für Europäische Integration an die Steiermärkische Landesregierung einen Antrag gerichtet hat, welche Punkte in einem Brief der Steiermärkischen Landesregierung an die Bundesregierung für die Steiermark im Hinblick auf das Assoziierungsabkommen von besonderer Bedeutung sind.

Es ist richtig, daß nur ein Teil dieser Punkte in der Textierung des Assoziierungsabkommens Aufnahme gefunden hat, was insofern einleuchtend ist, weil viele dieser Punkte bilaterale Angelegenheiten betreffen, und es immer schwierig ist, in einem Assoziierungsabkommen, das von allen EU-Staaten zu unterzeichnen ist, so etwas unterzubringen.

Umso wichtiger ist es – und hier sind wir völlig einer Meinung –, diese Anliegen in den weiteren Verhandlungen, vor allem für die Stellungnahme, für das Avis der Kommission, einzubringen, in Erinnerung zu rufen und auch einzufordern, denn es handelt sich wirklich um vitale Interessen der Steiermark. Slowenien ist für uns ein sehr wichtiges Nachbarland, nicht nur im Hinblick auf die politische Stabilität, die angesprochen ist, nicht nur im Hinblick, daß wir durch alle Umweltschutzmaßnahmen oder ausbleibenden Umweltschutzmaßnahmen in Slowenien direkt betroffen sind – Krško ist ja nur ein Beispiel –, sondern natürlich auch durch die wirtschaftliche Situation, denn die Südsteiermark kommt in Bedrängnis, als sie eingekesselt ist einerseits durch Burgenland als Ziel-1-Gebiet, und andererseits im Assoziierungsabkommen vorgesehen ist, daß sich die Förderungshöhe bei Investitionen in Slowenien am Ziel-1-Gebiet orientieren darf. Hier muß man allerdings dazufügen, das sind staatliche Förderungen von Slowenien, die nicht von der EU unterstützt werden, womit insofern sogar eine Verbesserung erreicht wird, als im Assoziierungsabkommen wenigstens eine obere Fördergrenze angesprochen ist, die es bis heute nicht gibt.

Und wir sehen die wirtschaftliche Frage mit Slowenien noch deutlicher und schärfer, wenn ich ein paar Zahlen anführen darf. Der slowenische Export in die Europäische Union hat sich vom Jahr 1989 von rund 52 Prozent bis heute auf rund 70 Prozent erhöht; auch die slowenischen Importe aus der Europäischen Gemeinschaft zeigen eine deutliche Zunahme, sie sind nämlich von 57 Prozent im Jahre 1989 bis heute auf rund 69 Prozent angestiegen. Welche Bedeutung Slowenien für Österreich hat, sieht man auch aus unseren Exporten, sie betragen 1994 von Österreich nach Slowenien 7 Milliarden Schilling, das sind mehr als etwa die Exporte nach Rußland.

Wie ist der derzeitige Stand im Assoziierungsabkommen mit Slowenien? Es gibt zehn Staaten, zehn ost- und mitteleuropäische Staaten, die sich der Europäischen Union nähern wollen. Die Staaten Polen, Ungarn, Slowakei, Tschechische Republik, Rumänien, Bulgarien, haben nicht nur ein unterzeichnetes Assoziierungsabkommen, sondern dieses ist seit Beginn '94 oder Beginn '95 in Kraft. Und diese Staaten haben auch bereits im Verlauf der Jahre 1994 und 1995, und als letztes die Tschechische Republik mit 17. Jänner 1996, einen Beitrittsantrag gestellt. Die Staaten Estland, Lettland und Litauen haben ein unterzeichnetes Assoziierungsabkommen und ebenfalls schon einen Beitrittsantrag gestellt. Slowenien ist ganz deutlich in dieser Gruppe der zehn Staaten der Nachzügler. Das Assoziierungsabkommen ist paraphiert, noch nicht unterzeichnet, und es gibt von Slowenien auch noch keinen Beitrittsantrag. Das muß uns als Steirer, die wir unmittelbar neben dem Nachbarn Slowenien leben, aufmerksam machen. Es

ist ganz klar, daß die Erfüllung der Beitrittsvoraussetzungen in erster Linie die Sache der Beitrittskandidaten selbst ist. Aber es liegt bei uns, die Anforderungen an die beitrittswilligen Staaten, auch an Slowenien, nicht durch eine expansive Interpretation zu entmutigen oder diese Anforderungen zu hoch anzusetzen.

Es ist interessant, wie die sechs Staaten, die ich zuerst genannt habe, bei denen das Assoziierungsabkommen schon in Kraft ist, aus ihrer Sicht die Zukunft im Hinblick auf die Europäische Union sehen. Und ich stütze mich dabei auf einen Beitrag von Könezöl, dem Vorsitzenden des Europa-Hauses in Ungarn in Pécs, der meint, daß diese sechs osteuropäischen Staaten auf dem Weg zur Beitrittsreife viel weiter fortgeschritten sind, als viele es im Westen annehmen oder auch annehmen wollen, daß sie bereits Bekenntnisse zur Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit abgelegt hätten und hier auf dem besten Wege wären. Und er meint auch, daß die Staaten aus Mittel- und Osteuropa so schnell wie nur möglich Mitglieder der Europäischen Union werden wollen. Die Gründe, die er anführt, liegen auf der Hand. Diese Staaten sind alle in einem sehr großen Umfang Nettoempfänger, da ist die Hoffnung, daß dadurch die Wirtschaft belebt wird. Und diese Staaten erwarten sich natürlich auch eine Verbesserung der sicherheitspolitischen Situation, ihrer Situation gegen den ferner Osten. Aber der Beitritt zur Europäischen Union setzt eben global voraus eine institutionelle Stabilität, Garantie für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Wahrung der Menschenrechte und Minderheitenschutz, eine funktionstüchtige Marktwirtschaft, die Fähigkeit, sich in einem solchen Markt zu bewegen, und er setzt auch eine Akzeptanz der politischen Ziele der EU voraus. Und es ist interessant, wenn man den Bericht der Kommission an den Europäischen Rat liest, wie es von dieser Seite aus beurteilt wird, wie weit diese sechs Staaten sind. Und da gibt es ganz deutliche Divergenzen in den Auffassungen.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, der uns unmittelbar tangiert, das sind die Umweltschutzmaßnahmen oder die Behandlung der Umwelt in diesen Staaten. Es wurde gestern in den ORF-Abendnachrichten berichtet, daß in den letzten Jahren aus dem Ökofonds 337 Millionen Schilling in die Staaten Tschechien, Ungarn und Slowenien für Umweltschutzmaßnahmen geflossen sind und daß diese unterstützenden Maßnahmen Investitionen bewirkt haben, die zu einer nachhaltigen SO₂-Reduzierung geführt haben, auch im Sinne einer direkten österreichischen Betroffenheit. Und es stellt sich damit wirklich die Frage, in welcher Form Österreich aufgerufen ist, für den Umweltschutz etwas zu tun, ob nicht in vielen Fällen die Verbesserung der Umweltsituation in den angrenzenden Staaten uns mehr hilft als direkte Schritte im eigenen Land.

Ich komme auf das Kohlekraftwerk Šoštanje (Schönstein) zu sprechen. Sie wissen, daß dieses Kraftwerk eine sehr gravierende Belastung auch für die Steiermark darstellt. Es ist ja bis jetzt nur möglich gewesen, aus diesem Ökofonds durch eine Unterstützung im Umfang von 174 Millionen Schilling den Kessel 4 durch die Firma Waagner Biró mit einem Schadstofffilter zu sanieren, aber es gibt noch die Kessel 1, 2

und 3, von denen zwar angegeben wird, daß sie kaum in Betrieb sind, aber der Kessel 5 läuft voll und trifft uns natürlich auch voll mit den Emissionen.

Erlauben Sie mir abschließend einige globale wirtschaftliche Aspekte mit diesen Oststaaten anzusprechen, die auch für Slowenien gelten. Diese zehn Länder, die sich um eine Annäherung und um eine Aufnahme in die Europäische Union bemühen, sie haben 106 Millionen Menschen, das sind 29 Prozent der derzeitigen EU-Bevölkerung der 15 Staaten und 33 Prozent der Gesamtfläche. Aber was ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit? Sie beträgt 4 Prozent (!). 4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes der EU der 15 Staaten. Selbst wenn man die Schattenwirtschaft dazurechnet, wird es nicht sehr viel mehr. Der Durchschnitt des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf liegt etwa nur bei knapp 30 Prozent im Vergleich zum EU-Durchschnitt. Slowenien macht eine positive Ausnahme, dort sind es 50 Prozent. Aber bei Rumänien und Litauen nicht einmal 20 Prozent. Und es ist erkennbar, wie groß auch die finanzielle Herausforderung an die EU wird, an uns alle wird, bei einem Beitritt dieser Staaten. Und daher ist es interessant zu lesen, daß etwa der bereits erwähnte Vorsitzende Kónezöl weiter meint: der Blick nach Westen, es ist die Hälfte des Paradieses, deswegen die Hälfte des Paradieses, weil diese Staaten auch erkennen, daß sich für sie bei einem Beitritt, bei einer Annäherung die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Verantwortlichkeiten gravierend ändern müssen, durch die höhere Verantwortlichkeit etwa gegenüber der Umwelt, durch marktwirtschaftliche Gesichtspunkte, die zu befolgen sind, etwa in der Form, daß ein echter Energiepreis zu zahlen ist, so daß natürlich auch in diesen Ländern, so sehr sie den Beitritt wünschen, eine gewisse Skepsis vorherrscht über das, was zu übernehmen ist, etwa aus dem Wirtschafts- und Umweltschutzbestand der EU.

Gerade aus diesem Grund meine ich, daß jede Verzögerung in der Vorgangsweise mit Slowenien schlecht ist, auch für die Steiermark. Wir sind daher aufgerufen, die Anstrengungen des Beitrittskandidaten zur Erlangung der Beitrittsfähigkeit, insbesondere von Slowenien, zu unterstützen, eine rasche Ratifizierung des Assoziierungsabkommens anzustreben. Aber – und das ist der Sinn des Beschlußantrages – wir haben hier auch eigene Interessen der Steiermark im Zuge der Verhandlungen zu vertreten, sie sichtbar zu machen, auch im Interesse des Beitrittskandidaten. Ich meine damit etwa Krško oder notwendige Umweltschutzmaßnahmen. Daher messe ich diesem Beschlußantrag eine hohe Bedeutung zu, und es wäre mein Wunsch, weil es ja ein Anliegen der gesamten Steiermark ist, daß sich auch die beiden kleinen Parteien, das Liberale Forum und die Grünen, dem anschließen, und umgekehrt, daß Ersuchen an die SPÖ als die Antragsteller, wobei der Antrag im Prinzip auf ein Gespräch zurückgeht, das am Montag vor einer Woche bei Herrn Mag. Rader gemeinsam geführt wurde, ein gemeinsames Zeichen im Sinne der gesamten Steiermark zu setzen. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 13.40 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Präsident Vesko. Er hat das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (13.40 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir reden heute über zwei Berichte, und zwar den des vierten Quartals 1995 und jenen des ersten Quartals 1996. Es ist erfreulich, daß man wirklich am Ende eines Quartales schon in der Lage ist, über einen Bericht zu diskutieren, und wenn dieser Stil in der Form fortgesetzt wird, dann werden wir in der Steiermark in der glücklichen Lage sein, sehr akkurat und sehr rasch über die Vorgänge in der EU zumindest in Rudimenten oder in einer Überblicksform informiert zu sein. Ich habe mich mit Kollegen meiner Fraktion aus den anderen Landtagen darüber unterhalten und auch darüber informiert, wie bei ihnen dieser Informationsfluß läuft. Und in diesem Sinne kann ich sagen, daß wir in der Steiermark gut bedient sind. Wir sind auch deshalb gut bedient, weil wir uns schon in der vergangenen Periode sehr früh dazu entschlossen haben, hier im Hause einen Ausschuß zu installieren, der weit mehr Befugnisse hat und weit mehr Möglichkeiten hat, an der Gestaltung – sofern es überhaupt eine Möglichkeit gibt, an dieser Gestaltung mitzuwirken. Damit haben wir die Möglichkeit, uns sehr rasch und intensiv mit den Problemen, die hier anstehen, zu beschäftigen. Weil Kollege Grabner von den Problemen gesprochen hat, die wir in der Steiermark generell haben, nämlich jene, daß es sehr viele Förderungsanträge gibt, sehr viele Bereiche gibt, wo Hoffnungen geweckt wurden, wo man gesagt hat, das wird die EU erledigen und so weiter und jetzt stellt sich anderes heraus – und diese bittere Erfahrung erleben wir ja auch in den in der Zwischenzeit installierten regionalen EU-Managementbereichen. Natürlich gibt es Gelder aus der EU, und sie sind auch da, sie sind aber immer Kofinanzierungen, es sind immer Bereiche, wo ich einen Projektträger brauche. Und die Crux, die wir hier im Lande zu tragen haben, ist nicht das, daß es kein Geld in Brüssel gibt, sondern daß es keine Projektträger in der Steiermark gibt. Das ist das Problem, mit dem wir zu kämpfen haben, und daher sind wir auch nicht in der Lage, jene Mittel, die uns vielleicht zur Verfügung stünden oder sogar sicherlich zur Verfügung stehen, tatsächlich zu lukrieren. Ich habe mir gerade heute in der „Kleinen Zeitung“ im Wirtschaftsteil den Artikel über das Burgenland mit dem schönen Titel „Burgenland holt Gelder aus Brüssel und lockt Betriebe“ durchgelesen. Die Überschrift ist sehr schön, der Inhalt spiegelt nahezu das Gegenteil wider. Da steht auch so schön drinnen, na selbstverständlich hat es sofort an die 600 Projekte gegeben im Burgenland, die alle die großen Ankündigungen der Bundesregierung geglaubt haben, daß jetzt das Manna aus Brüssel gegen Süden wandert und auch über die Alpen zu uns findet – „Schnecken“, heißt es so schön im Volksmund, nichts davon ist wahr. Man hat erstens einmal schon zwei Drittel der Projekte wegstreichen müssen, weil sie in die Bereiche nicht hineinpassen, ich möchte nicht sagen, nicht hineinfallen. Tatsächlich realisiert hat man einen minimalen Bruchteil von sieben. Deshalb von sieben, weil es für diese sieben eben Projektträger gegeben hat. Real muß man auch dazusagen, daß diese Projektträger woanders angesiedelt sind. Das heißt also, einen tatsächlichen Nutzen für das Unternehmen „Österreich“ hat es nur in einem sehr beschränkten Ausmaß gegeben, und das ist das Problem, mit dem wir zu

kämpfen haben. Der Zugang zum Geld ist durchaus gegeben. Die Instrumentarien sind in der Zwischenzeit installiert, die Methodik haben wir in der Zwischenzeit auch verstanden, wir hätten sie allerdings zu einem viel früheren Zeitpunkt gebraucht, weil wir dann vielleicht schon um einen Schritt weiter wären, aber das Thema „Hausaufgaben“ ist ja hier und in Österreich schon lange diskutiert worden und bekannt.

Ich kann Ihnen aber etwas dazu sagen, was mich bei meinem ersten Besuch in Brüssel im Rahmen einer steirischen Delegation frappiert hat und was mir bestätigt, daß wir mit der Situation, in der wir uns befinden, nicht alleine sind. Dort hat man uns nämlich am Beispiel Sizilien erklärt, wie es denn in einer typischen Region ausschaue. Sizilien ist geographisch abgeschlossen, in sich eine Region, wie schaut dort die Förderung aus? Dann haben wir feststellen müssen, und das war für mich ernüchternd, es ist bezeichnend, und es stimmt, und es zeigt sich immer mehr, daß wir denselben Weg gehen beziehungsweise gehen müssen, ja gezwungen sind, diesen Weg zu gehen. In Sizilien sind damals 13 Prozent von den Möglichkeiten realisiert worden. Und jetzt kommt das Gravierende daran, nicht deshalb, weil die Mittel in Brüssel nicht zur Verfügung gestanden sind, sondern weil bereits der Filter Rom – und das ist ja der Weg, unser Weg geht ja nicht nach Brüssel, sondern unser Weg geht ja vorerst einmal auch nach Wien – dort schon einen großen Schnitt getan hat und sie auch das Problem gehabt haben, selbstverständlich Projekte zu haben, aber niemand, der für diese Projekte eintritt. So schaut es bei uns aus, und das ist die bittere Erfahrung. Wenn es uns nicht gelingt, vor den eigenen Toren in den eigenen Reihen Projektträger für diese Projekte zu finden, also die Eigenleistung miteinzubringen, dann können wir die Mittel aus Brüssel nicht lukrieren. Es wird uns aber niemand in Brüssel deswegen einen Schilling von dem, was wir dort hinauszuzahlen haben, erlassen. Das ist das Dilemma auf der einen Seite, das wir haben, und zweitens sicherlich auch die Probleme der schlechten Vorbereitung.

Ich möchte aber im Hinblick auf das, was Kollege Grabner gesagt hat, etwas Besonderes anführen. Er hat davon gesprochen, daß es wichtig sein wird, im Interesse der Steiermark und auch im Interesse aller österreichischen Bundesländer dafür zu sorgen, daß bei der Regierungskonferenz, die ja kurz bevorsteht, einen sechsten Punkt für die Konvergenzkriterien miteinzubringen, der sich mit beschäftigungspolitischen Maßnahmen beziehungsweise mit den damit verbundenen Kosten befaßt. Und ich kann mich jetzt an den 26. März zurückversetzen, wo wir Freiheitlichen in diesem Haus einen Antrag eingebracht haben, an die Regierung. Der ist in der Zwischenzeit in der Regierung behandelt worden, nur ist er dort mit diesem Inhalt – muß ich dazusagen – nicht behandelt worden, er ist zwar behandelt worden, aber er ist verworfen worden, weil man gesagt hat, wenn wir das tun, dann rütteln wir an den Grundfesten von Maastricht. Dann ist Maastricht nicht realisierbar. Heute, knapp sechs Wochen später, kommt die sozialdemokratische Fraktion mit genau diesen Forderungen, die an sich vollkommen richtig sind. Wenn ich nämlich sage, ich brauche Kriterien für eine Währungsunion, und auf der anderen Seite habe ich alle Hände voll zu tun, um

das große Dilemma des auslaufenden 20. Jahrhunderts, nämlich die Arbeitslosigkeit, die wir in ganz Europa haben, in einer Dimension, die wir nie vorher gekannt haben, zu bekämpfen, dann muß ich mir diese Möglichkeit und die finanziellen Mittel, die ich dazu brauche, irgendwo anders holen.

Ich kann nicht auf der einen Seite Kriterien erfüllen und auf der anderen Seite zusätzliche Maßnahmen setzen. Das funktioniert nicht, und das hat uns schon der Adam Riese erklärt. Wir werden die hohe Mathematik, vor allem die hohe Finanzmathematik in diesem Falle nicht verändern können. Das heißt also, wenn wir das tun, dann ist das eine gerechte Forderung. Ich glaube auch, daß es nicht eine gerechte Forderung der Österreicher wäre, sondern daß es alle Länder Europas betrifft, weil wir niemanden mehr haben, der auf einer Insel der Glückseligkeit lebt, vor allem, was die Arbeitsmarktsituation und die damit verbundene große Arbeitslosigkeit betrifft.

Ich sage es noch einmal, und ich werde nicht müde werden, es in diesem Hause und bei jeder Gelegenheit draußen zu sagen, die einzige Chance, die wir haben, diese Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, ist Arbeitsplätze zu schaffen, und nicht in irgendwelche Programme hineinzufinanzieren und Organisationen, die dann wiederum dazu dienen, einen Konsultanten anzustellen, der sich dann damit beschäftigt, in einem Expertengremium schlußendlich draufzukommen, daß wir Arbeitsplätze brauchen. Das ist die Realität, so wie sie heute stattfindet. Das einzige, meine Damen und Herren, was uns Arbeitsplätze bringt, ist eine Wirtschaft, sind kleine, mittlere Betriebe, Großindustrien, sofern sie noch realisierbar sind, die uns die Leute beschäftigen. Das ist das einzige. Dorthinein müssen wir investieren, selbst auf die Gefahr hin, daß der eine oder andere Unternehmer sich damit auch zusätzlich bereichern kann. Ich habe auch im Zusammenhang mit dem Antrag, den wir am 26. im Landtag eingebracht haben, und den Vorstellungen der sozialdemokratischen Fraktion, so wie sie Kollege Grabner heute gebracht hat, versucht, einmal das Thema gleich in einen Beschlusantrag zu fassen, und ich bitte beide Fraktionen oder alle Fraktionen, diesen Beschlusantrag zu unterstützen, weil es tatsächlich eine Möglichkeit ist, uns auf der einen Seite von einer Crux Kriterien zu erreichen, und auf der anderen Seite uns die Möglichkeit gibt, Gelder dorthin zu führen, wo wir sie momentan tatsächlich am notwendigsten brauchen, und dort gehören sie auch hin.

Beschlusantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Prof. Jeglitsch, Dipl.-Ing. Grabner, Prof. Brünner und Dr. Wabl, betreffend Einführung eines zusätzlichen Konvergenzkriteriums. Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, daß in den zuständigen EU-Institutionen als Voraussetzung für eine österreichische Teilnahme an der dritten Stufe der EWU (Währungsunion) die Situation des Arbeitsmarktes als zusätzliches Konvergenzkriterium in den EG-Vertrag aufgenommen wird. Das wäre der Schritt, den wir zu tun hätten.

Meine Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit benutzen, der neuen Europa-Abteilung a) für die schnelle und gute Information, die wir über die Berichte bekommen, zu danken, und auch b), und das hat auch Kollege Grabner schon getan, darauf hinzuweisen, daß der Ausschuß und die Mitglieder des Ausschusses zusammen mit der Europa-Abteilung sehr intensive Kontakte pflegen und daß diese Arbeit und die damit verbundene Problemlösung, die wir uns ja erwarten, hervorragend funktioniert, und ich möchte meinem ehemaligen Fraktionskollegen Mag. Rader herzlich dafür danken. (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ. – 13.52 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich bitte sie zum Rednerpult.

Abg. Mag. Zitz (13.52 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Eine allgemeine Positionierung der Grünen zur EU möchte ich in einer Form wahrnehmen, wie sie vor einigen Wochen auf der Universität Graz in Form eines Transparentes gegangen ist, und zwar ist dort draufgestanden: „Sparen für Maastricht, bis uns das Gnack bricht.“ Und das Belastungsbudget, wie wir es vor zwei Wochen in genau diesen Räumen mit einer unwahrscheinlichen Geschwindigkeit durchgeboxt haben, federführend zu verantworten von ÖVP und SPÖ, teilweise auch mit Unterstützung der Freiheitlichen, hat mir sehr klar gezeigt, daß diese Beschlußanträge, die jetzt in der großen Hoffnung, daß sie von allen Fraktionen mitgetragen werden, gekommen sind, für mich nicht mehr als eine freundliche, aber auch sehr peinliche Form der Korrektur für eine steirische verfehlte Politik sind: Und zwar eine verfehlte Politik sowohl im Bereich der Sozialhilfe, sowohl im Bereich der Behindertenpolitik, Integrationsaktivitäten im Land Steiermark sind vorher angesprochen worden, als auch im Bereich der Ökologie.

In diesen Bereich möchte ich mich jetzt vertiefen, und zwar einfach deswegen, weil der erste Redner, der Ausschußvorsitzende Landtagsabgeordnete Grabner, gesagt hat, in den Förderprogrammen der EU seien so komplizierte Ausdrücke, daß die Worte für die Steirer und Steirerinnen kaum verständlich wären. Tatsächlich ist es von allen bisherigen Rednern geschafft worden, daß ein bestimmtes Förderprogramm, nämlich das Finanzierungsinstrument „LIVE“, bis jetzt komplett ausgespart worden ist. Dieses Finanzierungsinstrument „LIVE“ verbindet uns von Brüssel via Graz direkt mit der Roßwiesen in der Obersteiermark im Wörschacher Moor, und dieses Finanzierungsinstrument „LIVE“ würde uns in der Steiermark die Möglichkeit geben, uns als eines von 24 von Österreich eingereichten Projekten im Bereich Naturschutz von der EU kofinanzieren zu lassen.

In der Früh, so hat mir mein Klubobmann Martin Wabl berichtet, hat man in der Präsidiäle der Klubobleute darüber diskutiert, ob man eine dringliche Anfrage der Grünen überhaupt aus formalen Gründen einbringen kann. Diese Anfrage hat sich an die Frau Landeshauptfrau Klasnic gerichtet, die in der letzten Legislaturperiode für den Straßenbau in der Steiermark zuständig war. Man hat in der Präsidiäle darüber diskutiert, ob es zum jetzigen Zeitpunkt

möglich ist, an die Frau Landeshauptfrau eine Anfrage zu stellen bezüglich ihrer Stellungnahme zu der möglichen Verurteilung von drei jungen Leuten, die im Juni 1993 im Ennstal an einer Kundgebung gegen die Errichtung der ennsnahen Trasse teilgenommen haben. Sie wissen, das ist eine Klage von der Bundesstraßenverwaltung, von der Finanzprokuratur. Es geht um 124.000 Schilling. Und die Frau Landeshauptfrau hat diese dringliche Anfrage, die wir sehr gerne von ihr beantwortet gehabt hätten, heute nicht beantworten müssen, weil sich alle Fraktionen im Landtag, bis auf die Liberalen und Grünen, sozusagen schützend vor sie gestellt haben. Wir sind auch gefragt worden, warum wir diese Frage nicht an den verehrten Finanz- und Verkehrslandesrat Ressel eingebracht haben. Ich habe in der heutigen Zeitung gelesen, daß der Landesrat Ressel das bereits gestern gefragt worden ist und daß er gemeint hat, naja, das ist ein Projekt, das eigentlich nicht wirklich in seinen Kompetenzbereich gehört, weil auch die rechtlichen Verfehlungen in diesem Bereich von seiner Vorgängerin, von der Frau Landeshauptfrau, abzuwickeln seien. Ich habe mir vorgenommen, mich bei dieser Wortmeldung speziell auf den Naturschutzbereich zu vertiefen, wohl wissend, daß die Themen, die von den anderen Fraktionen angesprochen worden sind, für uns als Grüne von größter Relevanz sind, und wohl wissend, daß die ausgezeichnete Idee, ein Sozialkriterium als weiteres Maastricht-Kriterium anzufügen, eine uralte grüne Forderung ist, und zwar eine Forderung in einer Zeit, als die SPÖ sich dadurch ausgezeichnet hat, daß sie eine penetrante, eine unüberlegte und eine in vielen Bereichen jetzt auch durch die Realität desavouierte Form von Propaganda für die EU vollführt hat. (Abg. Gennaro: „Jetzt werden Sie mir wieder unsympathisch, bis jetzt habe ich Ihnen zugehört!“)

Dem Herrn Gennaro werde ich im speziellen meine weiteren Ausführungen widmen, weil er als Gewerkschafter und als einer der größten Gegner der ennsnahen Trasse schon immer einen speziellen Zugang zu Betoniertem aller Art gehabt hat. Sein Stil in diesem Hohen Haus in den letzten Monaten hat mich davon auch im speziellen überzeugt. (Abg. Gennaro: „Gratuliere zum Verstand!“)

Ich komme jetzt auf drei Papiere zurück, die uns allen als Abgeordnete hier vorliegen, und ich möchte zuerst einmal eine exzellente Unterlage zitieren, die vom Europareferat erstellt worden ist.

Das ist die Informationsmappe der Europa-Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung. Da gibt es eine Überschrift, die heißt: „Beispiele für erfolgreiche steirische Projekte im Rahmen der EU-Aktionsprogramme.“ Und eines dieser erfolgreichen steirischen Projekte, nämlich im Bereich Umwelt und Energie, im Bereich Aktionsprogramm LIFE II, ist das Wörschacher Moos. Sie wissen, daß das Wörschacher Moos nämlich inklusive der Roßwiese eines, jener Bereiche ist, die durch die ennsnahe Trasse zerschnitten, geschädigt und auf immer ihrer natürlichen Schönheit beraubt werden sollen. Die Steiermark ist also im Bereich der Informationsmappenweitergabe extrem stolz, wie gut die „Vogelwarte“, die da oben aktiv ist, es geschafft hat, dieses Projekt der EU „guschmackig“ zu machen.

Die Steiermark hat auch im Bericht, den wir jetzt zur Diskussion haben, nämlich den Tätigkeitsbericht 1995, ein Unterkapitel auf der Seite 18, „unterstützende Tätigkeiten bei Förderansuchen“, und bei diesen unterstützenden Tätigkeiten bei Förderansuchen wird wieder einmal genau besagtes Naturschutzprojekt im Wörschacher Moos inklusive Roßwiese – finanziert durch das LIFE-Programm – erwähnt. Was mich sehr stutzig macht ist, daß im Landesvoranschlag 1996 und 1997 diese Projekte, diese LIFE-Finanzierungsinstrumente, mit genau 1000 Schilling budgetiert worden sind, und was ebenfalls einiges an Verblüffung auslöst ist, daß die EU-Kommission, nämlich die Generaldirektion 11, in der ersten Sitzung des Fachbeirates für die LIFE-Projekte im mittleren Ennstal ein Protokoll verfaßt hat, wo drinnensteht, daß das Gebiet, das förderungswürdig ist, natürlich auch die Roßwiese zu umfassen hat als Natura-2000-Schutzgebiet. Es hat – so ist mir zu Ohren gekommen – vom Land Steiermark eine Intervention gegen dieses Protokoll gegeben, und zwar in die Richtung gehend, daß man gesagt hat, die Roßwiese gehört dort nicht hinein. Das ist ein klarer Fall von einer Veränderung des politischen Willens der EU.

Der EU gegenüber bin ich prinzipiell sehr kritisch eingestellt. Ich habe das am Anfang auch schon erwähnt, und ich glaube, das brauche ich jetzt nicht weiter auszuführen. Was das Thema ennsnahe Trasse betrifft: Da fangen wir am besten ganz links an, links außen sozusagen beim Klubobmann Flecker von der SPÖ, der es immerhin geschafft hat, seinen Klub und die Regierung seit vielen, vielen Jahren mit größter Motivation dazu zu bringen – Wurscht in welcher politischen Konstellation auch immer –, „ja“ zur ennsnahen Trasse, ja zur Naturzerstörung, ja zu einer zerstörerischen Mobilität zu sagen. Die SPÖ ist da unglaublich konsequent. Was das Liberale Forum betrifft, dessen Ökobilanz insgesamt nicht sehr gut ausschaut, haben mich vor einigen Wochen meine beiden Kollegen vom Liberalen Forum damit sehr verblüfft, daß sie Unterschriften für die ennsnahe Trasse sammeln. Das bricht sich gewaltig mit dem, was auf Bundesebene von ihren Klubkollegen und -kolleginnen in diesem Bereich eingebracht wird. Man sieht da offenbar sehr, sehr wenig an Kooperations- oder Koordinationsfähigkeit. (Abg. Gennaro: „Alles, was von Wien kommt, ist nicht gut, Frau Kollegin!“) Sagen Sie das jetzt einmal ganz laut Ihrem Sozialminister und Ihrem Bundeskanzler, nämlich die Geschichte mit dem 6. Kriterium, also mit einem Sozialkriterium bei den Maastrichter Kriterien. (Abg. Gennaro: „Kein Problem, ich habe keine Berührungsängste!“) Und das nämlich gegengekoppelt mit den Programmen, die auf Bundesebene durchgepeitscht worden sind. (Abg. Dr. Flecker: „Das hat er schon sehr oft gesagt!“)

Ich gehe jetzt weiter zur ÖVP. Die ÖVP hat unter Krainer mit relativer Geschwindigkeit immer wieder „Paradigmenwechsel“ bezogen, was die ennsnahe Trasse betrifft. Zuerst waren wir dafür, dann waren wir dagegen. Derzeit ist man wieder so stark dafür, daß man nicht einmal bereit ist, auf eine dringliche Anfrage, die an die Frau Landeshauptmann Klasnic gerichtet ist, in einer Art und Weise zu antworten, daß man darüber in diese Legislaturperiode mit fünf im Landtag vertretenen Parteien noch einmal ein Ge-

sprächsklima zusammenbringen könnte. Dazu ist man von der ÖVP-Seite nicht bereit. Und die F schwankt genauso, wie es die ÖVP gemacht hat. Da gibt es natürlich große Widersprüche zwischen dem; was regionale F-Gemeinderäte und -Gemeinderätinnen im oberen Ennstal inhaltlich vorbringen, und dem, was im Landtag gemacht wird. Der Landesrat Schmid hat sich da speziell durch windschlüpfriges Vorgehen ausgezeichnet. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wenn Sie nicht eine Anfrage stellen, werden wir Sie auch nicht unterstützen!“)

Eine formell richtige Anfrage haben wir sehr wohl gestellt. Es dürfte auch auf der Hand liegen, daß die Anfrage an die Person gestellt wird, die in diesem Zeitraum ressortzuständig war, und das war die Frau Landeshauptmann, und nicht der Landesrat Ressel.

Wir sehen in diesem Fall ennsnahe Trasse einige Highlights im Bereich der „internationalen Rechtsbeugung“ auf uns zukommen, und zwar deswegen, weil von Global 2000 und von NETT (Nein zur ennsnahen Trasse) bereits eine Beschwerde gegen das Land eingereicht worden ist, und zwar gegenüber der zuständigen Kommission, der Generaldirektion 11 in Brüssel. Wir werden uns weiters bemühen, in Kooperation mit anderen Organisationen, die das einfach seit Jahren machen, und mit einer sehr, sehr schwierigen sozialen Stimmung insgesamt im Landtag dazu, daß weiß ich, weiterhin nachzufragen, wann das Land endlich bereit sein wird, seine Naturschutzbescheide EU-konform auszustellen. Das Land war bis jetzt nicht bereit, zwei Richtlinien umzusetzen, die von der EU vorgeschrieben sind, nämlich die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und die Vogelschutz-Richtlinie. Das Land war bis jetzt nicht bereit, wirklich koordinierend vorzugehen zwischen der Rechtsabteilung 6, dem zuständigen Landesrat als politischem Referenten und den entsprechenden Gremien in Brüssel.

Ich denke, diese Ausführungen sind insofern einmal klar als Bestandsaufnahme der Fehlleistungen im Naturschutzbereich und im Ökologiebereich im Land Steiermark. Ich glaube, daß diese Ausführungen in dieser Legislaturperiode durch viele muntere und von uns, von Grüner Seite, mit entsprechendem Input auch gestärkte Diskussionen bringen werden. Insgesamt würde ich sagen, lesen Sie bitte die Unterlagen durch, die von der Abteilung vorbereitet worden sind, und gehen Sie nicht mehr her und beugen Sie geltendes EU-Recht, wie es gerade gemacht worden ist, indem diese Richtlinien noch immer nicht in der Steiermark tatsächlich umgesetzt worden sind. Danke. (Beifall bei den Grünen. – 14.06 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz. Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Prof. Brunner. Er hat das Wort.

Abg. Dr. Brunner (14.06 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Kollegin Zitz, ich habe nicht vorgehabt, beim Thema „Europäische Union“ zur ennsnahen Trasse zu reden, aber du zwingst mich dazu, indem du uns und unsere Haltung zur ennsnahen Trasse zitierst. Ich persönlich war seinerzeit, als ich noch nicht im Landtag war, für den Ausbau der bestandsnahen Trasse. Ich verstehe aber meine Kolleginnen und Kollegen dort oben im Ennstal, die sagen, es muß irgend etwas ge-

schehen. Und die ennsnahe Trasse ist die Trasse, die in der Projektierung und in den rechtlichen Verfahren am weitesten gediehen ist. Ich weiß schon, daß man einiges gegen die Ennsnahe Trasse einwenden kann, Edith. Aber wenn wir in der Politik soweit sind, daß alles und jedes verhindert wird, über Jahre und Jahrzehnte verhindert wird, in einem sensiblen Bereich, wo die Menschen dort oben leiden unter dem Durchzugsverkehr, der in den nächsten Wochen und Monaten und Jahren, wenn Jugoslawien oder Altjugoslawien wieder ganz offen ist, noch stärker wird, dann bin ich dafür, daß man irgend etwas, was bereits auf dem Tisch liegt, umsetzt, auch wenn es nicht das Optimale ist. (Abg. Mag. Zitz: „Christian Brünner, es gibt genug Varianten!“) Ich möchte das einmal so sagen: Mir in Graz ist es eigentlich egal, welche Trasse wir dort oben haben, aber es muß etwas getan werden für die Menschen dort, in dieser Gegend im Ennstal, die an dieser gegenwärtigen Trasse wohnen, weil dies ist nicht mehr zumutbar, die Luftverschmutzung, die Lärmbelästigung, die Unfallzahlen. Ich fahre selber hin und wieder diese Strecke, es ist einfach ein Wahnsinn, wenn man für 50 Kilometer 60 oder 70 Minuten fährt. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Wenn wir in der Politik soweit sind, daß wir alles und jedes verhindern oder verhindern lassen, und man kann bei jedem Projekt zig Einwände erheben, dann verabschiede ich mich aus der Politik, weil ich habe ein anderes Verständnis von Politik. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber jetzt, meine Damen und Herren, ein paar Anmerkungen zu den beiden Tagesordnungspunkten im Zusammenhang mit der Europäischen Union. Auch ich möchte festhalten, Herr Dr. Rader, daß es sehr löblich ist und von uns auch begrüßt wird, daß Berichte an den Landtag so schnell erfolgen, daß man tatsächlich aktuell darüber diskutieren kann. Ich finde diese Berichte auch sehr informativ, insbesondere was die Umsetzung von EU-Recht auch in das Landesrecht anbelangt und so weiter.

Das, was ich bei diesem Tagesordnungspunkt tun möchte, ist, lediglich ein paar Anmerkungen zur Europapolitik in Österreich zu machen und auch ein paar Anmerkungen zu dem, was meine Vorredner gesagt haben. Ich beginne vielleicht mit Herrn Kollegen Grabner: Wenn er in seinem Debattenbeitrag sehr oft das Wort „Information“ im Zusammenhang mit der Lösung von verschiedenen Problemen, die wir in Österreich mit der Europäischen Union haben, strapaziert, dann könnte man die Auffassung vertreten, es könne nie genug informiert werden, aber man kann auch überinformieren. Ich kenne mich ein bißchen bei den von Herrn Kollegen Grabner zitierten Universitätsprogrammen, nämlich Sokrates und Leonardo, aus und auch ein bißchen bei den Forschungsförderungsprogrammen, die die Europäische Union für die Mitgliedsländer hat. Wir beklagen uns in Österreich manchesmal über Überbürokratisierung. Das, was aber Brüssel in manchen Bereichen aufführt im Hinblick auf Bürokratisierung, ist nicht mehr zu überbieten. Wir bekommen die Informationen, die so kompliziert sind, nicht an die Studierenden heran. Wir bekommen diese Informationen, betreffend Technologieförderung im Zusammenhang mit Forschungsprogrammen, nicht an die mittleren und kleineren

Unternehmungen heran, wenn die Anträge, die geschrieben werden müssen, ein Viertel Meter hoch sind, zum Beispiel bei den Sokrates- beziehungsweise Leonardo-Programmen. Das heißt, es wäre notwendig, daß auch wir in Österreich uns an der Debatte innerhalb der Europäischen Union über eine Entbürokratisierung und Erleichterung solcher Programm- und Projektförderungen kümmern.

Auch gilt es, nationales Recht zu verändern. Im Programm Leonardo geht es zum Beispiel darum, daß Studierende und Lehrlinge transnational eingesetzt werden, beispielsweise Studierende und Lehrlinge von EU-Mitgliedsländern Unternehmenspraktika machen. Es ist in Österreich fast unmöglich, Praktikumsstellen zu finden. Das bedeutet aber im Gegenzug, daß es schwierig ist, unsere Studierenden und Lehrlinge im Ausland in Praktikumsstellen in Unternehmen unterzubringen.

Warum ist es schwierig, in Österreich Praktikumsstellen bei den Unternehmen zu bekommen? Weil diese Praktikanten, diese Studierenden und Lehrlinge, im großen und ganzen sozialrechtlich wie Arbeitnehmer behandelt werden, und die Unternehmer sagen zu Recht, diese Personen können ja nicht voll als Arbeitnehmer eingesetzt werden. Sie kommen ja hierher in unsere Unternehmungen, um etwas zu lernen, und sie müssen auch angeleitet werden. Das heißt, es ist für ein österreichisches Unternehmen eine Belastung, wenn ein ausländischer Praktikant, Studierender oder Lehrling hier praktiziert, und zusätzlich wird das Unternehmen noch bestraft, indem dieser Praktikant oder dieser Lehrling wie ein Arbeitnehmer sozialrechtlich behandelt wird, was eine ganz gravierende Barriere zum Beispiel für dieses Leonardo-Programm ist. Ich würde mir wünschen, Herr Kollege Grabner, daß Sie beim Herrn Sozialminister Hums vorstellig werden, wenn Sie sagen, daß österreichische Studierende zuwenig ins Ausland gehen, damit das österreichische Sozialrecht so geändert wird, daß es erleichtert wird, daß wir ausländische Studierende und Lehrlinge in österreichischen Unternehmungen praktizieren lassen können, weil es dann auch wieder für uns leichter ist, unsere Studierenden und Lehrlinge in ausländischen Unternehmungen als Praktikanten im Rahmen des Leonardo-Programmes unterzubringen.

Es ist Österreich gelungen, wenn ich an die Volksabstimmung vom Juni 1994 zurückdenke, innerhalb von nicht ganz zwei Jahren die Stimmung in der österreichischen Bevölkerung, nämlich zwei Drittel für die EU und ein Drittel gegen die EU, umzukehren. Umfragen zeigen uns, daß wir heute bei einer Zustimmungquote von nur noch 34 bis 40 Prozent liegen. Der Rest ist gegen die Europäische Union. Nun stehe ich nicht an festzuhalten, daß es einige Gründe dafür gibt, die nicht hausgemachte österreichische Gründe sind, die nicht wir zu verantworten haben. Es gibt aber andererseits auch einige Gründe, die hausgemacht sind, warum in der österreichischen Bevölkerung in den letzten zwei Jahren die Skepsis gegenüber Europa und der Europapolitik drastisch gestiegen ist. Damit keine Mißverständnisse erzeugt werden, möchte ich festhalten, daß das Liberale Forum und damit auch ich für die Europäische Union sind und eine offensive initiative Europapolitik machen und machen wollen.

Ich möchte im Zusammenhang mit hausgemachten Versäumnissen nur zwei Dinge ansprechen, das ist die Bundesstaatsreform und das ist die Umsetzung von EU-Recht auch hier in der Steiermark. Es ist seinerzeit vor der Volksabstimmung die Bundesstaatsreform als eine notwendige Bedingung dafür angesehen worden, daß die Bundesländer die Europapolitik der Bundesregierung mittragen und für den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union werben, eine Bundesstaatsreform, die auch seinerzeit in der Öffentlichkeit verkauft worden ist unter dem Gesichtspunkt „mehr Bürgernähe“. Ich glaube, daß das ein ganz wichtiger Punkt wäre, um die Skepsis und die Probleme, die die Österreicherinnen und Österreicher mit der Europäischen Union haben, zu bekämpfen. Natürlich sind Gesetzgebungszuständigkeiten von den Ländern auf den Bund und vom Bund nach Brüssel abgegeben worden. Natürlich bedeutet eine so große Gemeinschaft, wie die Europäische Union, auch Reglementierung und Bürokratisierung. Das alles macht den Bürgerinnen und Bürgern Angst und Sorge, und ich kann das bis zu einem gewissen Grad verstehen. Als Gegenzug hat man versprochen, die Bundesstaatsreform und gewisse Angelegenheiten der Gesetzgebung, auch gewisse Angelegenheiten der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit, näher an die Bürgerinnen und Bürger heranzubringen, so quasi als Kompensation für diese Abgabe von Zuständigkeiten an Brüssel und für dieses Weit-weg-Sein von Entscheidungsträgern, was, wie gesagt, den Bürgerinnen und Bürgern Angst macht. Bis heute ist diese Bundesstaatsreform nicht unter Dach und Fach gebracht. Bis heute gibt es keine Umsetzungsaktivitäten, betreffend diese Bundesstaatsreform. Es wird auf der Bundesebene zwischen den Koalitionsparteien nach wie vorgerangelt und gekämpft darum, wie diese Bundesstaatsreform ausschauen sollte. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Bundesstaatsreform wären zum Beispiel Landesverwaltungsgerichtshöfe, um in einem Bereich, der für den Bürger immer wichtiger geworden ist, nämlich der Verwaltungsbereich, so quasi vor der Tür eine rechtsstaatliche Instanz zu haben, die die Tätigkeit der Verwaltung kontrolliert. Der Verwaltungsgerichtshof in Wien kann das nicht mehr schaffen, denn er hat einen Überhang von rund 2000 Beschwerdefällen pro Jahr. Und das summiert sich auf, weil sie nicht abgearbeitet werden können. Das wäre ein ganz wichtiger Akt, um für Europa und die Europapolitik zu werben, wenn man diese Bürgernähe schaffen würde.

Das gleiche gilt für Kompetenzverschiebungen. Ich verstehe nicht ganz, wieso sich Bund und Länder nicht doch über eine vernünftige Kompetenzverteilung einigen können. Wenn ich mir die Kompetenzzersplitterung auf dem Gebiet des Umweltschutzrechtes oder auf dem Gebiet des Wirtschaftsrechtes anschau, dann ist die Geschichte nicht mehr zu fassen. Wenn sich jemand einen Heizofen kauft, dann sind dafür bundesrechtliche Bestimmungen zuständig. Aber wenn er dann den Ofen daheim anschließen möchte, dann ist die Hausbrandrechtsordnung, die vom Lande erlassen wird, zuständig, und es kann sein, daß ich mir zwar zulässigerweise einen zugelassenen Ofen kaufe, den ich aber dann nicht anschließen darf, weil die Werte nicht stimmen. Das sind so kleine Schmankerln einer nicht mehr erträglichen Kompetenzordnung.

Es gäbe im Bereiche des Forstwesens, im Bereiche des Wohnungswesens, im Bereiche der Bodenreform, im Sozialbereich viele Dinge, die man vom Bund den Ländern überantworten könnte mit der Folge, daß auch die Landtage aufgewertet werden und auch die Landtage mehr mitzureden hätten dahin gehend, was in einem Land geschieht oder nicht geschieht.

Für die Bundesstaatsreform kann man nicht einwenden, daß der Bund formell zuständig sei und daß das mit dem Land nichts zu tun hätte. Ich verstehe manchmal nicht, daß Vertreter von ÖVP und SPÖ hier große Worte finden über das, was der Bund machen sollte, und offensichtlich keine Kommunikationslinie zur Bundes-SPÖ oder zur Bundes-ÖVP haben. Wenn die Bundesstaatsreform aus steirischer Sicht so wichtig ist, dann bitte ich die Vertreter von SPÖ und ÖVP, ihre Kolleginnen und Kollegen in Wien dazu zu bringen, daß endlich die Bundesstaatsreform über die Bühne gebracht wird.

Ein Zweites, was mich stört und wo ich meine, daß manche österreichische Europapolitik auch unglaublich ist, ist, daß manches EU-Recht in Österreich und in der Steiermark noch nicht umgesetzt ist. Ich möchte in dem Zusammenhang die Kommunalwahlrichtlinie der Europäischen Union nennen. Ich weiß schon, daß die Wahlen vom 17. Dezember des vorigen Jahres dazwischengekommen sind, aber die Steiermark ist seit 1. Jänner dieses Jahres säumig bei der Umsetzung der Kommunalwahlrichtlinie der Europäischen Union, die den Unionsbürgerinnen und -bürgern bei den Kommunalwahlen ein aktives und passives Wahlrecht einräumt. Das Liberale Forum hat in einer der letzten Sitzungen des Landtages einen Initiativantrag, betreffend ein Wahlrechtsänderungsgesetz, eingebracht, um diese Richtlinie der Europäischen Union, den Unionsbürgerinnen und -bürgern das aktive und passive Wahlrecht einzuräumen, umzusetzen.

Gestatten Sie mir auch noch eine kurze Anmerkung zur Osterweiterung. Für die Osterweiterung sprechen sich alle aus, ich auch. Aber manchmal habe ich auch hier den Eindruck, daß man gerne über etwas redet, was sehr weit weg ist, und das nicht gerne angreift, was vor der Tür ist und was uns unter Umständen Probleme bereitet. Ich hätte mir gewünscht, daß im Beschlußantrag der drei Parteien, der vorhin eingebracht wurde, auch das zum Ausdruck gebracht wird, daß auch die Steiermark dafür ist, daß Slowenien der Europäischen Union beiträgt. Ein solcher Passus fehlt mir in diesem Beschlußantrag, ein klares Bekenntnis dazu, daß wir dafür sind bei all den Problemen, die wir dann anführen. Ich werde aus dem Grund, daß das ein gesamtsteirisches Interesse ist, auch für diesen Beschlußantrag stimmen. Dann würde ich mir aber auch wünschen, daß wir die slowenische Volksgruppe in der Steiermark anders behandeln als wir das derzeit tun, weil es nicht nur darum geht festzustellen, daß unsere Exporte nach Slowenien umfangreicher sind als unsere Exporte nach Rußland und sonstige Wirtschaftsverflechtungen, sondern daß es auch darum ginge, unserer slowenischen Volksgruppe in der Steiermark zu signalisieren, daß wir den Minderheitenschutz und die Minderheitenförderung ernst nehmen, auch wenn die Volksgruppe klein ist. Da geht es nicht um große Geldmittel, und da geht es auch nicht

um große politische Aktionen, sondern da ginge es schlicht und einfach darum, daß die steirische Landesregierung zustimmt, daß der slowenische Volksgruppenbeirat um zwei Vertreter der steirischen Slowenen mit Sitz und Stimme aufgestockt wird, damit auch diese Volksgruppe dort vertreten ist.

Gestatten Sie mir noch eine letzte Anmerkung zu diesem Vorschlag, den Maastricht-Kriterien ein sechstes Kriterium, nämlich ein beschäftigungspolitisches, hinzuzufügen. Ich werde den entsprechenden Beschlußantrag der Freiheitlichen unterstützen, weil er ein bißchen allgemeiner formuliert ist. Ich möchte nur folgendes festhalten, und ich möchte vorausschicken, ich bin kein Finanzexperte und kein Finanzwissenschaftler, ich kenne mich auf dem Gebiet im großen und ganzen nicht aus, es sagt mir nur mein Hausverstand folgendes: Wenn ein sechstes Kriterium, ein beschäftigungspolitisches, hinzugefügt wird, dann erhebt sich die Frage, wie Beschäftigungsprogramme finanziert werden. Und da gibt es für mich nur zwei Möglichkeiten, Beschäftigungsprogramme werden finanziert aus dem, was die Wirtschaft erwirtschaftet, oder Beschäftigungsprogramme werden finanziert über Kreditaufnahmen. Und wenn Letzteres der Fall ist, und das muß offensichtlich der Fall sein, weil es nicht möglich ist, derzeit das mit der Wirtschaft zu erwirtschaften, sonst hätten wir nicht einen so großen Schuldenstand, wenn ich also Beschäftigungsprogramme nur über Kreditaufnahmen finanzieren kann, dann schmeiße ich damit die übrigen fünf Maastrichtkriterien über den Haufen. Das ist für mich – nochmals, ich bin kein Experte – auch eine Art Adam-Riese-Rechnung, wie heute schon zitiert worden ist.

Wenn man ein sechstes Kriterium hinzufügt, dann wäre es notwendig, unter Umständen ein siebentes Kriterium hinzuzufügen, nämlich, wie schaut zum Beispiel der Einsatz der Mitgliedsländer auf dem Gebiet des Umweltschutzes aus? Und dann brauche ich auch noch ein siebentes Kriterium: Wie schaut der Einsatz der Mitgliedsländer auf dem Gebiete der Sozialleistungen, des Sozialstaates aus? Nochmals, ich unterstütze diesen Beschlußantrag, weil auch ich am Problem der Europäischen Union und an den Problemen der Mitgliedsländer nicht vorbeikomme, nämlich die hohe Arbeitslosenrate. Auch ich habe kein Rezept dafür, ich kann mir nur vorstellen, daß es sinnvoller wäre, die Umsetzung oder die Ingangsetzung der Wirtschafts- und Währungsunion nicht im Jahre 1999 zu haben, sondern heute schon darüber zu reden, daß man die Geschichte zwei Jahre verschiebt, um einen längeren Zeitraum zu haben, die Maastricht-Kriterien, die finanztechnischer Natur sind, zu erfüllen und damit indirekt die übrigen Kriterien mit in die Betrachtung einbezieht.

Was diese beschäftigungspolitischen Maßnahmen anbelangt, möchte ich noch hinzufügen, daß wir heuer positive Hoffnungen auslösen sollen – Kollege Grabner hat das nicht gemacht, ich möchte Ihnen das nicht unterstellen, aber es wird dann in der Öffentlichkeit mitunter so umgesetzt, daß die Europäische Union die Probleme, die wir haben, zu lösen imstande ist.

Wir haben immer wieder solche Politik betrieben in Österreich, wir haben von der Liberalisierung der Gewerbeordnung geredet, hätten das lange machen können, haben es nicht gemacht, und als wir dann der

Europäischen Union beigetreten sind, haben wir gesagt, jetzt müssen wir. Die böse Europäische Union ist schuld an der notwendigen Liberalisierung der Gewerbeordnung. So haben wir das in manchen Politikbereichen gemacht.

Mein Plädoyer oder meine Bitte geht dahin, eröffnen wir nicht Erwartungen in der Bevölkerung dahin gehend, was die Europäische Union leisten kann, weil wir enttäuschen die Bevölkerung immer wieder. Ich verweise nur auf das 1000-Schilling-Ersparnispaket, das Frau Brigitte Ederer seinerzeit vor der Volksabstimmung in die Debatte gebracht hat – durchaus aus gutem Glauben. Aber ich wäre dafür – und da unterscheide ich mich vielleicht von manchen innerhalb meiner Partei –, mit weniger Euphorie an diese Probleme heranzugehen und der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken. Auch die Europäische Union wird das Beschäftigungsproblem nicht lösen können. Es wird wahrscheinlich nur in Kooperation zwischen den verschiedenen Ländern möglich sein, wenn überhaupt. Es wird wahrscheinlich nur mit anderen Methoden möglich sein, als wir das bisher gekannt haben, mit anderen als mit Transferleistungen und Sonderinvestitionsprogrammen im Bauvorhaben. Das wird es wahrscheinlich nicht mehr spielen, aber meine Bitte oder mein Plädoyer ist, hier der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken, daß in den nächsten Jahren auf uns in Österreich, aber auch auf die anderen Mitgliedsländer, noch gravierende Einschnitte zukommen werden, damit wir dieses Problem der Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union lösen können. (Allgemeiner Beifall. – 14.26 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Eingebracht wurde ein Beschlußantrag von den Abgeordneten aller im Landtag vertretenen Parteien, betreffend einen EU-Beitritt der Republik Slowenien, und ein Beschlußantrag aller Fraktionen, betreffend Einführung eines zusätzlichen Konvergenzkriteriums.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich überreicht wurden.

Das ist geschehen.

Der Antrag hat die erforderliche Unterstützung.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge zu den Tagesordnungspunkten 6 und 7 abstimmen lassen: erstens über den Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 49/1, zweitens über den Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 140/1, drittens über den Beschlußantrag der Abgeordneten von SPÖ, ÖVP, FPÖ, LiF und Grüne, betreffend EU-Beitritt der Republik Slowenien, und viertens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Prof. Jeglitsch, Dipl.-Ing. Grabner, Prof. Brünner und Dr. Wabl, betreffend Einführung eines zusätzlichen Konvergenzkriteriums.

Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvor-

lage, Einl.-Zahl 49/1, betreffend den Bericht für das letzte Vierteljahr 1995, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 140/1, betreffend das erste Vierteljahr 1996, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlusantrag aller im Landtag vertretenen Fraktionen, betreffend EU-Beitritt der Republik Slowenien, die Zustimmung erteilen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle ebenfalls die einstimmige Annahme fest.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlusantrag aller Fraktionen, betreffend Einführung eines zusätzlichen Konvergenzkriteriums, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, das ist ebenfalls die einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 68/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura und Ing. Peinhaupt, betreffend Privilegienabbau.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Magda Bleckmann.

Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Bleckmann (14.29 Uhr):

Hier geht es um den Antrag, betreffend Privilegienabbau, der Freiheitlichen. Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Abschaffung der Zurverfügungstellung von je einem Dienstkraftwagen samt Fahrer für den Zweiten und Dritten Landtagspräsidenten im Hinblick auf das Sparbudget und den Privilegienabbau zu beschließen. Die Fahrzeuge sollen sodann dem allgemeinen Landeskraftwagen- und Werkstättenbetrieb zugeführt werden. Nachdem der Zweite und der Dritte Präsident, also der Dritte und dann der Zweite, um bei der Reihenfolge zu bleiben, schon auf diese Fahrzeuge verzichtet haben, wurde diesem Antrag schon nachgekommen, und ich bitte Sie sozusagen im nachhinein um Ihre Zustimmung. (14.30 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro (14.30 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Dem Antrag, der heute zur Behandlung ansteht, wurde seitens der SPÖ-Fraktion, und Sie haben es bereits erwähnt, entsprochen, und wir bekennen uns dazu. Wir sollten aber auch diese Diskussion relativieren. So, wie sie derzeit in der Öffentlichkeit geführt wird, erscheint sie mir als sehr doppelbödig. Jeder von

Ihnen weiß um die Vielzahl von Anlässen, bei denen mit Selbstverständlichkeit erwartet wird, daß ein Politiker anwesend ist. Und jeder von Ihnen weiß auch, daß die Termine oft unter erheblichem Zeitdruck absolviert werden. Vor allem die Kollegen, die in den Bezirken draußen tätig sind, kennen das alles leidvoll aus eigener Erfahrung. Oft ergeben sich Wegstrecken von Hunderten und mehr Kilometern, die von Abgeordneten zurückgelegt werden müssen, und das oft während der Unterbrechung ihres Dienstes im Hauptberuf. Aber auch gesellschaftliche Veranstaltungen sind nicht das Vergnügen des Abgeordneten, sondern sie sind Verpflichtung für Abgeordnete. Denken Sie an die Ballsaison im Winter oder denken Sie an die Vielzahl von Feuerwehr- und Musikveranstaltungen oder Sommerfesten, um nur einige aufzuzählen. Und jede Fahrt erfordert Konzentration. Wenn der Zeitdruck noch dazu eine Rolle spielt, ergibt sich automatisch, daß das ein Sicherheitsrisiko ist, das sehr enorm ist. Wenn dann etwas passiert, und jemand anderer kommt bedauerlicherweise zu Schaden, können wir uns die Schlagzeilen über den „bösen rasenden Politiker“ vorstellen. Wenn dem Politiker selbst etwas passiert, werden Krokodilstränen vergossen, und es wird von dem Terminwahnsinn, dem der Politiker oft ausgesetzt ist, gesprochen.

Wir selbst, meine Damen und Herren, lizitieren uns hoch, was den Terminstreß anlangt, und letztlich lizitieren wir uns dann unter dem Titel des Privilegienabbaues wieder hinunter, indem wir Einrichtungen abschaffen, die keinen anderen Sinn verfolgen, als die Sicherheit der einzelnen Politiker in einem höheren Ausmaß zu gewährleisten. Denn alles das, was ich bisher über jeden von uns gesagt habe, meine Damen und Herren, gilt natürlich für jeden Funktionsträger in der Politik umso mehr, je höher sie in der Hierarchie angesiedelt sind. Es geht dabei nicht darum, daß man den Dienstwagen oder den Fahrer als Statussymbol anschaut, daß man sich von der Wohnung zum Dienstfahren läßt oder nach Hause, sondern es geht darum, daß dem Mandatar ein möglichst sicheres und schnelles Zurücklegen der Strecke von seinem Dienstort bis zu dem Termin ermöglicht wird. Ich weiß persönlich, von was ich spreche, denn wenn man oft in der Ausübung seiner beruflichen Verpflichtung so wie ich mit dem eigenen Pkw und ohne Fahrer im Jahr rund 47.000 Kilometer unterwegs ist und zurücklegen muß, weiß man, welchen Gefahren man ausgesetzt ist. (Abg. Mag. Zitz: „Mit den SGP-Waggons. – Das ist Beschäftigungspolitik!“)

Frau Kollegin, ich lade Sie gerne ein. Sie können sich das erlauben. Ich fahre auch gerne mit einem SGP-Waggon. Aber manchmal gibt es Termine, wo ich zwei Tage unterwegs bin, und ich habe wahrscheinlich mehr zu tun. Wir haben nun diesen Schritt der Abschaffung, meine Damen und Herren, vollzogen. Wir stehen auch dazu, weiß aber nicht, ob wir im Sinne der Sicherheit der betroffenen Personen einen guten Schritt gegangen sind. Jedenfalls müßte aber gewährleistet sein, daß den Präsidenten für ihre offiziellen Anlässe, deren es genügend gibt, ein Wagen mit Fahrer zur Verfügung gestellt wird.

Erlauben Sie mir, auch hier eine gewisse Parallele zur Beamenschaft herzustellen. Ich weiß es, und Sie wissen es auch, daß es in diesem Land einige Beamte

gibt, die einen Dienstwagen mit Fahrer zur Verfügung haben, und das den ganzen Tag über. Damit meine ich auch die Fahrt zur Wohnung und von der Wohnung zum Dienst und am Abend wieder nach Hause. Es handelt sich dabei um die Bezirkshauptleute und um verschiedene Spitzenbeamte in Graz. Für mich jedenfalls ist diese Ungleichheit im Vergleich zu den Präsidenten des Landtages nicht einzusehen. Es wäre daher auch davon abzugehen, daß bestimmten Beamten exklusiv ein Auto mit Fahrer zur Verfügung gestellt wird. Es müßte auch hier ein Weg gefunden werden, wie er eben bei den Präsidenten nun gegangen wird. Sämtliche Kraftfahrzeugwagen sollten aus einem Pool für notwendige Dienstreisen zur Verfügung gestellt werden, und sämtliche Direktzuteilungen wären abzuschaffen. (Beifall bei der SPÖ.)

Bevor ich aber zum Schluß komme, meine Damen und Herren, möchte ich mich noch mit jenen beschäftigen, die diesen Antrag, der der heutigen Tagesordnung zugrunde liegt, eingebracht haben. Ich nehme an, daß sich neben den namentlich aufscheinenden Abgeordneten der FPÖ der ganze FPÖ-Klub zu diesem Antrag bekennt. Ich glaube, ich kann auch davon ausgehen, daß der Herr Landesrat Schmid zu diesem Antrag steht. Ich frage mich nur, warum in der vorigen Periode von ihm diesbezüglich nichts zu hören war. Ich möchte replizieren, denn es hat einen freiheitlichen Dritten Präsidenten gegeben, der einen Dienstwagen hatte und offenbar auch nicht bereit war, ihn zurückzugeben. Und darüber haben der Landesrat Schmid und der FPÖ-Klub kein Wort verloren. Es ist wieder einmal das typische Zeichen für die Doppelzüngigkeit, die populistisch vom Privilegienabbau spricht und nur dann, wenn es gerade opportun ist oder wenn die eigenen bereit sind, mitzutun. Die Damen und Herren von der FPÖ sprechen immer wieder vom Privilegienabbau und von Sparmaßnahmen und sitzen selbst im Glashaus. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich nenne den Präsidenten Vesko, der großzügig bereit war, auf den Dienstwagen zu verzichten. Der gleiche Präsident Vesko fordert im Sinne der Sparmaßnahmen und des Privilegienabbaus, daß der Zweite Landeshauptmannstellvertreter abzuschaffen sei. Er selbst sitzt von anderen Gnaden auf dem Sessel des Dritten Präsidenten, und das wissen wir alle, und denkt auch nicht im Traum daran, im Sinne der Sparmaßnahmen und des Privilegienabbaus auf diesen Sessel zu verzichten, denn dann bräuchte er auch nicht auf seinen Dienstwagen zu verzichten. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Was jammerst du denn?“) Das richtet sich aber nicht, und das möchte ich aber schon klarstellen, gegen die Qualität des Präsidenten, sondern es richtet sich gegen eine Gesinnung. Man ist dann bereit, von anderen etwas zu fordern, wenn man selbst nicht betroffen ist. Wenn man selbst betroffen ist, dann ist ein Privileg anscheinend durchaus gerechtfertigt, und ich werde Ihnen ein paar Beispiele dazu sagen. Ich habe auch gelesen, daß Herr Präsident Vesko offenbar keine sonstigen Arbeitseinkünfte, außer das des Politikerberufes, hat. So läge der Schluß für mich durchaus nahe, daß Präsident Vesko durch die Innehabung des Präsidentenamtes sicherlich auch zugleich eine höhere Pension anspart.

Oder, meine Damen und Herren, nehmen wir den ehemaligen Abgeordneten Ebner her: Er war der ein-

zige in dem Haus, der widerrechtlich höhere Bezüge neben seinem Politikerbezug erhalten hat. (Abg. Schinnerl: „Weil die Magistratsbediensteten versagt haben!“) Anscheinend hat man über den Privilegienabbau in eurem Klub nie diskutiert, weil man ja angeblich gar nicht gewußt hat, daß er 100 Prozent seines Beamtengehaltes bezogen hat. Weil man das nicht gewußt hat und das dann angeblich plötzlich erfahren hat, hat es trotzdem sage und schreibe noch vier Wochen gedauert, bis Landesrat Schmid Konsequenzen aus dieser Situation ziehen hat lassen.

Oder, meine Damen und Herren, nehmen wir Kollegen Schinnerl her: Bis Dezember 1995 hast du gearbeitet neben deiner Abgeordnetentätigkeit. Ich glaube, das ist dir sicherlich auch zuzumuten gewesen. Plötzlich, seit Dezember 1995, du hast einen schönen Bescheid bekommen zu deiner Freude, ist es dir nicht mehr möglich zu arbeiten. (Abg. Schinnerl: „Eben nicht zu meiner Freude. Tu nicht Unwahrheiten verzapfen. Du bist uninformiert!“) Deswegen ist von seiten der FPÖ deine derzeitige Situation offenbar auch moralisch legitimiert. Da hört man nichts.

Oder, meine Damen und Herren, nehmen wir die pikante Situation her, und ihr seid ja auch nicht schwach im Austeilen, nur einstecken tut ihr nichts.

Wenn man dann spricht, nehmen wir die pikante Situation her, die Frau Klubobfrau der Freiheitlichen. Mit Ende der Legislaturperiode haben Sie einen Pensionsanspruch aus der politischen Arbeit bekommen – (Abg. Wiedner: „Aus der Mottenkiste!“) Die Mottenkiste ist aber Realität, das verschweigt ihr –, ohne daß bis heute jemals oder bis zu diesem Zeitpunkt Sie in einem Beruf gearbeitet haben. Das ist kein Vorwurf, aber Sie genießen dadurch genauso Privilegien.

Meine Damen und Herren von den Freiheitlichen! Redet euch nicht immer auf das aus. Dort, wo es euch paßt, ist alles in Ordnung, und wo es euch nicht paßt, versucht ihr, mit Steinen zu werfen. (Beifall bei der SPÖ.) Ich sage euch, ihr solltet nicht im Glashaus sitzend mit Steinen werfen. Da muß ich mich wiederholen. Und macht bitte nicht diese Fragen nur populistisch, und drängt euch nicht nach vorne, es würde euch gut tun, wenn ihr euch mit dem Stil, wo ihr diese Dinge angeht, etwas mehr einer Zivilisation annähert. Unser Klubobmann, der Dr. Flecker, hat vorige Woche wieder einmal das Vergnügen gehabt, die Zielscheibe des Verbalniveaus des Herrn Landesrates Schmid zu sein.

Meine Damen und Herren, das ist nicht – wie der Landesrat Schmid was sagt –, daß wir uns an dem stören, sondern die Sache liegt tiefer. Es ist ein Niveau der Verallgemeinerung. Und dagegen haben wir uns zu wehren. (Beifall bei der SPÖ.) Gut, daß er da ist, der Herr Landesrat Schmid. Wenn man diese Privilegien Diskussion so führt wie Sie von den Freiheitlichen, dann sage ich, dann würde man vielen Unrecht tun, und ich hoffe nur, daß Sie selbst euren Privilegienstahl abbaut, und nicht immer mit dem Finger auf andere zeigt. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.40 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wabl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (14.40 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe es zwar nicht vorgehabt, mich zu diesem Punkt zu melden, einfach deshalb, weil wir derzeit dabei sind, in einer Runde der Klubobmänner dieses so heikle Thema „Bezügereform“ anzupacken. Nicht, Kollege Lopatka? Und ich persönlich daher der Meinung war, daß heute die Diskussion anlässlich dieser zwei Dienstautos hier natürlich dazu beiträgt, daß man die Frage „Privilegien in Österreich“ heftig und mit viel Emotionen diskutiert. Ich weiß schon, was jetzt auch auf mich zukommen wird, aber ich werde mich bemühen, dieses Thema so anzupacken, daß ich einfach glaube, daß man dem gerecht wird.

Was die Frage der Dienstautos anlangt, so sollte man sich überlegen, welches Politikerbild man sich erwartet oder welches Politikerbild die Öffentlichkeit sich von uns erwartet oder ob wir als Abgeordnete damit zufrieden sind, welchen Termindruck, welchen Veranstaltungskalender wir absolvieren. Ich selber und einige von euch werden zurückdenken, der Kollege Schweighofer, der auch im Zuge des Wahlkampfes, er ist von einer Veranstaltung zur anderen gefahren und war wirklich ein sehr beliebter und engagierter Abgeordneter und war Vater von vier oder fünf Kindern, ist damals an einem heißen Sommertag, nachdem er fünf Termine absolviert hat, mit seinem eigenen Auto vom Norden des Bezirkes Hartberg in den Süden gefahren und am Schluß bei der Siegerehrung für ein Sautrogrennen, wo er wieder nach Hause gefahren ist, tödlich verunglückt. Da hat es wahrscheinlich Leute gegeben, die gesagt haben, die sind irrsinnig fleißig, der fährt herum, man braucht ihn bei der Siegerehrung, die Grüße des Landeshauptmannes überbringen oder des Konkurrenten, des Stellvertreters, mit den Leuten zusammensetzen, und am Schluß sagt man dann, eigentlich fragt man sich als Abgeordneter selber, kann das alles sein, daß man wie ein Wanderprediger von einem Fest zum anderen bei Veranstaltungen ist, die auch stattfinden, wenn man nicht dort ist? Ob es nicht manchmal gescheit ist, wenn man sich rar macht und auf die ursprünglichen Aufgaben besinnt? Aber ist es nicht so, daß unsere ursprüngliche Aufgabe – das sage ich jetzt nicht als Angehöriger einer kleinen Fraktion, ich war auch Angehöriger einer größeren Fraktion einmal – ob man nicht als Abgeordneter abgedrängt wird von der ursprünglichen Willensbildung und Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens in einen Bereich, der Präsident Schilcher hat das einmal so genannt, wo man erstens ein Wanderprediger ist bei verschiedenen Volksfesten, wo man Kontakt zu den Menschen sucht, und der Kontakt ist auch wichtig, aber wo man sich nachher fragt, ob es gescheit war, daß man am Sonntag von einem Fest zum anderen gefahren ist und seine Familie inzwischen vernachlässigt und dann davon spricht, wie wichtig Familienpolitik in dem Land ist.

Auf der anderen Seite ist man Briefträger, der verschiedene Briefe aus der Bevölkerung, Wünsche, Beschwerden, Interventionen an die Mächtigen in diesem Lande weitergibt, daß die sagen, das geht oder es geht nicht. Meistens geht es nicht mehr in der heutigen Zeit, weil wir keine Arbeitsplätze und auch sonst nichts mehr zu vergeben haben und wir unseren

Frust entweder hineinfressen, ich sage es hier ganz offen, was auch ein Problem ist, über das man kaum spricht, auch manchmal hinuntertrinkt. Weil man einfach das Gefühl hat, das, was die Menschen von uns erwarten, erfüllen wir nicht, und wir sind sehr oft ohnmächtiger als viele glauben und in einen Sachzwang eingebunden. Daher meine ich, daß man angesichts der Debatte, was Privilegien sind oder ob man auf die verzichten kann, nachdenken sollte, welches Politikerbild wir erwarten. Und, Kollege Gennaro, das sage ich jetzt in aller Sachlichkeit, wenn man die Frage der Sicherheit für Abgeordnete ausdehnt, dann müßte man sagen, jeder Abgeordnete müßte bei jeder Veranstaltung, wo er hinfährt, ein Dienstauto haben, und das ist das Sicherste. Aber das wird nicht gehen, und daher sollte man sich manche Länder als Beispiel nehmen, wie die Schweiz, Schweden, wo einfach die Frage der Dienstautos nie eine solche Bedeutung gehabt hat. Wahrscheinlich auch deshalb, weil man dort nicht erwartet hat, daß die Politiker überall und jederzeit bei jedem Fest erscheinen. Und daher glaube ich einfach, daß man diese Frage auch von der Seite sehen soll, wenn man wo hinfährt, und es gibt ein Sprichwort, an das ich mich seit einiger Zeit halte, es ist zwar manchmal überheblich: „Man versäumt nichts im Leben, nicht einmal das eigene Begräbnis“, und es ist manchmal auch sehr belehrend, wenn man sich vorstellt, wo man überall hin muß, und man glaubt jetzt, man war dort. Ich habe mir vorgenommen, mich auf die Arbeit hier zu konzentrieren und sonst nur wohin zu fahren, wo ich das Gefühl habe, ich kann mich als Politiker einbringen, daß ich was beitragen kann oder wo ich gerne hinfahre. Das ist das eine.

Und das Zweite, Kollege Gennaro, zur Frage „Im Glashaus sitzen, mit Steinen werfen“. Wir haben doch alle – ich fühle mich auch mitverantwortlich, ich bin auch in Gremien gesessen, im Bundesrat, im Landtag, und wir haben eine Zeit gehabt, damals ist die sogenannte Steuerpflicht für Politiker gekommen, das hat der Kreisky noch eingeführt. Er hat gesagt, es geht nicht, es ist ein Privileg, daß die Politiker keine Steuern bezahlen, und am Schluß ist unterm Strich netto mehr herausgekommen als vorher, ohne Steuerpflicht. Die größte Blasphemie, die man sich vorstellen kann, war ein gewaltiger Sprung nach vorne, die Richter waren einmal so gescheit, die haben auf Titel verzichtet, und dafür haben sie mehr Nettoeinkommen gehabt. Sie sind heute alle glücklich darüber, nur die obersten Richter haben heute noch Titel und viel Einkommen auch noch. Das war der besondere Glücksfall.

Aber insgesamt, so sollte man die Privilegienfrage auch angehen, hat es eine Zeit gegeben, wo alle davon gepredigt haben, daß man den Wirtschaftsaufschwung, das Wirtschaftswachstum und die gerechte Verteilung über das Wachstum gestaltet. Das heißt, niemand, der unten war oder weniger verdient hat, hat danach gefragt, wieviel die oben haben, solange es bei ihm mehr geworden ist. Und seit einiger Zeit erleben wir manchmal auch die heilsame Tatsache, daß der Kuchen nicht größer wird, sondern kleiner, und daß es darum geht, wie dieser Kuchen gerechter verteilt wird und daß wir Politiker angesichts dieser Situation, wo Sparpakete noch und noch geschnürt werden, wo Familienbeihilfen gekürzt werden, wo Behinderte zur Kasse gebeten werden, auch die Frage uns gefallen

lassen müssen, warum haben wir ein arbeitsfreies Einkommen, wieviel ist ein Politiker wert? Weil ich sage es ganz offen, manchmal - das haben ein paar von den Freiheitlichen gesagt und auch der Kollege Brünner -, wenn man überlegt, wie manche Entscheidungen im Land fallen, müßte man sich fragen, was sind wir wert als Politiker, die in den Entscheidungsmechanismus eingreifen? Da meine ich jetzt gar nicht unsere kleinen Fraktionen, weil es gibt Leute, der Erwin Zankel hat es in der „Kleinen Zeitung“ am Montag geschrieben, wir spielen keine Rolle in den Mächtkartellen derzeit. Wir bemühen uns sehr wohl, eine Rolle zu spielen, indem wir einfach verbal auf gewisse Dinge hinweisen oder Ideen einbringen, die sich vielleicht kurz über lang bezahlt machen.

Und darunter leide ich auch als Politiker, das muß ich sagen. Ich habe das schon mitverfolgt, denn ich bin einer von denen, die am längsten in dem Haus sind, Kollege Strenitz ist, glaube ich, schon länger, und es ist immer die Frage gestellt worden, was soll ein Politiker verdienen? Wir haben immer gesagt, für Pokale, fürs Einladen und, und, und, aber die nächste Frage haben wir dann schon nicht mehr gestellt, müssen wir so viele Pokale uns leisten? Natürlich kann man sagen, die Bevölkerung erwartet es von uns bei dem Fest und bei dem Fest und bei dem Fest. Ich glaube, es ginge auch ohne Pokale. Die einzigen, die darunter leiden würden, wäre die Pokalindustrie in Italien, weil man das schon en gros kauft. Ich aber bitte nicht, denn ich bin ein Patriot. Ich kaufe jetzt keinen Pokal mehr, weil ich glaube, da gebe ich lieber ein Buch her oder etwas anderes oder sonst etwas, was sinnvoll ist.

Insgesamt müssen wir uns die Frage stellen, wie lösen wir das Problem? Und da komme ich zum springenden Punkt, und ich appelliere auch an dich, Kollege Gennaro. Du weißt ganz genau, daß man die Hauptprobleme beim Privilegienabbau nur lösen kann, wenn man das auch bundesweit diskutiert. Wir haben früher von der Bundesstaatsreform gesprochen, und wenn wir diese Frage, was macht ein Bundesangestellter, und ich will damit den Kollegen Schinnerl verteidigen, aber soweit ich informiert bin, war es so, daß du eines Tages als Finanzbeamter einen Bescheid bekommen hast, daß du nicht mehr arbeiten darfst, bekommst aber dafür bezahlt. (Abg. Schinnerl: „So ist das!“)

Ich bin sehr offen, und es hat nichts mit einem Annäherungsversuch an die Freiheitlichen zu tun. Auch beim Kollegen Straßberger, den ich das letzte Mal schon kritisiert habe, war es ähnlich sowie auch beim Kollegen Fink. Die Kollegin Beutl will jetzt angeblich auch arbeiten, auch der Kollege Majcen will arbeiten. Wir schwindeln uns um das Thema herum, daß die Behörden sagen: „Ihr könnt zwar arbeiten, aber wir lassen euch nicht arbeiten, und das Gehalt bekommt ihr weiter“, und das bleibt weiter ungelöst. (Abg. Majcen: „Das Gehalt bekommen sie nicht weiter. Du mußt ehrlich anfangen zu diskutieren. Du bekommst kein Gehalt, sondern einen Bezug in der Höhe einer fiktiven Pension!“) Du bekommst die Pension. Entschuldige, ich bin ja nicht so ein Jurist, daß ich jetzt streite. Auf jeden Fall bekommst du ein Geld dafür oder bekommst bezahlt. Es ist doch völlig Wurscht, und das ist ja das Problem, um das wir uns herum-schwindeln. Ich will dich ja gar nicht kritisieren. Ich

rechne dir an, du hast geschrieben an die Behörde, daß du wieder als Lehrer arbeiten willst. Die Behörde teilt dir mit, „wir haben nichts für dich zum arbeiten“. Du kriegst weiter ein Geld für das, daß du nicht arbeiten darfst derzeit, sagen wir es einmal so. (Abg. Majcen: „Wie es bei dir war!“) Der Unterschied war der, und ich will das jetzt gar nicht hervorstreichen, ich habe, wie es dem Gesetz entsprochen hat, zu zwei Fünftel gearbeitet und habe dafür 75 Prozent bekommen. Jetzt habe ich die Konsequenzen gezogen. (Abg. Dr. Lopatka: „Zwei Fünftel hast gearbeitet und 75 Prozent hast bekommen?“) Das war doch die gesetzliche Regelung, Lopatka, falls du dich nicht auskennst. (Abg. Dr. Lopatka: „Zwei Fünftel kann nicht stimmen!“) Lopatka, falls du nicht Bescheid weißt, ich erkläre es dir. Wenn du das nicht einmal weißt, wie das derzeit geregelt wurde, muß ich schon sagen, daß ich in das Gremium nicht mehr hineingehe. (Abg. Dr. Lopatka: „Zwei Fünftel ist ein Blödsinn, was du gesagt hast!“) Ich sage es dir. Vom Gesetz her hat es drei Möglichkeiten gegeben. Es hat die Möglichkeit gegeben, außer Dienst gestellt zu werden. Das haben manch andere gemacht. Die haben dann einen Bezug bekommen in der Höhe, wie wenn sie in Pension gegangen wären. Dann hat es die Möglichkeit gegeben, daß du weiter arbeitest als Beamter, als Bundesbeamter, und du hast 75 Prozent deines Aktivbezuges bekommen, unabhängig davon, ob du jetzt zwei Fünftel oder drei Fünftel oder ein Fünftel gearbeitet hast. Das weißt du nicht. Dann muß ich mich fragen, warum du dort überhaupt den Vorsitz hast. Ich sage es dir, daß ich zwei Fünftel dafür bekommen habe als Richter - also 75 Prozent. (Abg. Dr. Lopatka: „Von zwei Fünftel war nirgends die Rede!“) Aber zu zwei Fünftel war ich dienstverpflichtet. Das habe ich gesagt. (Abg. Dr. Lopatka: „Ja eben - 75 Prozent hast bekommen, aber nicht zwei Fünftel!“) Das ist auch eine unbefriedigende Lösung, weil ich mehr bekommen habe als Abgeordneter in der Zeit, als ich gearbeitet habe. Daher gehört das geregelt.

Ein weiteres Problem, das auf uns zukommt, ist, daß ich der Meinung bin, daß ein Beamter, der Politiker ist und der die Arbeit ernst nimmt, wahrscheinlich nicht 50 bis 75 Prozent arbeiten wird können, ohne daß ihm das passiert, was auch Kollege Brünner, der sagt, er möchte gerne - sei ihm zugestanden -, daß dann sein Kollege Posch, der Herr Professor von der Uni, schreibt, er muß ein schlechter Professor sein, obwohl er seine ganze Kraft als Professor dort einsetzt, er kann nicht mehr arbeiten, weil er dafür viel Zeit braucht, macht der Kollege Brünner beides gleichzeitig und kritisiert diesen Zustand, weil das immer unbefriedigend ist. Daher werden wir das Ganze anpacken müssen.

Und, Kollege Gennaro, du weißt auch, daß es ein Problem ist, daß jene, die nicht Beamte sind, die aber bei der Gewerkschaft, bei der Kammer oder sonstwo beschäftigt sind, natürlich schwer in diese Regelung einzubinden sind, weil du sagst, ich will dir jetzt gar nicht nahetreten, ich arbeite voll als Gewerkschafter, und daher möchte ich das voll haben. Das sagt einer von der Arbeiterkammer auch, das sagen eh fast alle. Nur, bei dir ist es halt ein bisschen leichter, weil du sagst, die Grenzen bei dir zwischen der politischen Arbeit und deiner beruflichen Arbeit sind natürlich fließend. Du fährst jetzt in die Obersteiermark, hältst dort eine

Versammlung, und in Wirklichkeit bist du als Politiker wie auch als Gewerkschaftssekretär dort. Daher ist das Problem ein spezifisches.

Insgesamt glaube ich, daß es uns ein Anliegen sein muß, alle Bereiche zu durchforsten. Und da gebe ich dir auch recht, was die höheren Beamten betrifft und was in Österreich auch zu wenig beachtet wird. Es gibt uns Politiker, die im Schußfeld der Kritik stehen. Aber wir stellen uns dem Wähler, und wir fahren oft von einem Termin zum anderen und müssen gehörig Kritik einstecken. Es gibt im Bankenbereich und im geschützten Bereich in den Ministerien hochrangige Ministerialsektionschefs, der am Freitag zu Mittag seinen Dienst beendet und dann auf seine Huam fährt und mindestens das gleiche hat wie wir und keinen Groschen für öffentliche Ausgaben hergibt. Über die reden wir nicht, weil die praktisch im Dunkeln ihre Vergünstigungen in Empfang nehmen können. Über das wird man auch reden müssen, wie man insgesamt, und damit bin ich schon fertig, das Problem „Richter“ als ein Politiker nicht so isoliert sehen darf.

Was mir abgeht zum Beispiel ist die Frage „Rechtsanwaltsgebühr“. Es gibt heute Notariatsgebühren, und das habe ich auf Bundesebene schon mehrfach angesprochen, da wird für einen Kaufvertrag, nur weil die Kaufsumme entsprechend hoch ist, 30.000, 40.000, 50.000 Schilling verlangt, wo ein normaler Arbeitnehmer, und, Kurtl, das muß auch dich irrsinnig ärgern, monatelang, wenn nicht jahrelang sparen muß, daß er überhaupt das zahlen kann. Ich kenne bei Rechtsanwaltsstarifen, bei einer Scheidung, wenn eine Frau dort hingehet, wo das dann nach dem Wert des Hauses genommen wird, weil ihr ja nicht allein die Scheidung zugrunde gelegt wird, sondern der Hauswert, und ein Haus ist schnell zwei Millionen Schilling wert, dann wird eine Aussprache, die erste Konferenz mit der scheidungswilligen Frau, die dann in einer verzweifelten Lage ist, weil sie einfach nicht mehr weiter weiß, selbst hat sie oft keinen Beruf mehr, weil sie bei den Kindern geblieben ist, mit dem Rechtsanwalt gemacht. Die Kostennote beträgt dann für eine halbe Stunde Konferenz 8000 Schilling. Da muß man auch fragen, ob das in dem Lande auf die Dauer noch gerechtfertigt ist, daß für eine Aussprache 8000 Schilling verlangt werden können. Da gibt es auch Telefonate, wo der Betroffene beim Rechtsanwalt anruft und sagt, der Fall ist erledigt – eine halbe Stunde Telefonat 3000 Schilling. Dabei hat er nur gesagt, daß das erledigt ist. Kollege Schinnerl, jeder kennt diese Beispiele. (Abg. Schinnerl: „Stimmt!“) Da müssen wir wirklich einmal drangehen, alle Bereiche zu durchforsten. Ich habe bis heute noch nicht gehört, auch vom Justizministerium noch nicht, daß jemand bereit war, die Tarife in dem Bereich einmal zu überdenken und sagen, wenn alle sparen in Österreich, dann auch diese Berufsgruppen, dann auch die Sachverständigen, dann auch die Rechtsanwälte, dann auch die Notare, weil ich sehe das nicht ein, daß bei einem Kaufvertrag das so ist, und wenn es nach der Kaufsumme geht, da schon alles gespeichert ist. Jeder weiß, daß das sehr oft wichtige Arbeiten sind in dem Sinn, daß man das formal richtig macht. Aber der Kaufvertrag ist gespeichert, der Bestandsvertrag ist gespeichert und so weiter. Die Kunden, ich sage es jetzt ein bißchen verallgemeinert, werden schon fort-

geschickt, und man sagt, gehen Sie doch etwas einkaufen in die Stadt, weil wir müssen das erst machen. In Wirklichkeit wird das eingetippt in den Computer, ich verstehe davon zuwenig, aber das geht heute sehr schnell, und in fünf Minuten ist der Kaufvertrag heraußen, und der Kunde oder der Klient oder der Bürger würde merken, daß das nicht viel Arbeit ist, und kriegt dafür seine Honorarnote – 40.000 Schilling oder was weiß ich. Es gibt Rechtsanwälte, die sind bei der Versteigerung mit dabei, und für das, daß sie drei Stunden mit dem Sachverständigen mitgehen, kriegen sie 60.000 Schilling, je nachdem, was die Schulden am Schluß ausmachen. Das sind alles Bereiche, wo Privilegien greifbar sind und wo wir nicht die Kraft haben, und da sage ich wir als Politiker, ich könnte mir es leicht machen und sagen, das müßten wir anders machen.

Eines muß ich am Schluß noch sagen: Im Vergleich zu Wien zur Privilegiendiskussion und Politikergehaltsdiskussion sind wir in der Steiermark ja weit voraus. In Wien wird derzeit, und du weißt das, Lopatka, wir warten auf die Lösung, gar nichts getan. Da gibt es momentan überhaupt nichts. Denen ist offensichtlich nicht bewußt, daß das für die Bevölkerung mehr als ärgerlich ist, daß das Problem arbeitsfreies Einkommen oder was ist die Arbeit des Politikers wert, daß das derzeit in Wien nicht behandelt wird. Wenn die Wiener nicht bereit sind, die Mächtigen in Wien, das endlich einmal in Angriff zu nehmen, dann werden wir uns in der Steiermark verdammt hart tun. Ich sage es auch, das ist doch ein Witz, daß das eine Ministerium sagt, das handhabe ich so mit dem Politiker, das nächste sagt, das machen wir so, ist zwar nicht gesetzlich, aber wir handhaben das so.

Und wir können nichts machen. Daher sind wir alle aufgerufen, das ist zwar ein Anlaß, ein kleiner, diese zwei Dienstautos, die Frage, was ist gerechtfertigt, was ist gerecht, was können wir uns zumuten, was können wir der Bevölkerung zumuten angesichts der Entwicklung, wo in Österreich so 700 bis eine Million Menschen an der Armutsgrenze sich bewegen? Das ist ein Thema, glaube ich, wo die Glaubwürdigkeit der Politiker sicherlich gemessen wird und wo wir entweder gewinnen oder verlieren, nicht parteipolitisch gesehen, sondern als Politiker insgesamt. Danke! (Beifall bei den Grünen, der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 14.59 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Bleckmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Bleckmann (14.59 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident!

Vorausschicken möchte ich, daß wir hier über Dinge sprechen, über Privilegien, über Dienstwägen, über all die Dinge, die von ÖVP und SPÖ beschlossen wurden, wo kein Freiheitlicher noch mitgestimmt hat und gesagt hat, ja, das wollen wir, und das ist richtig für die Politik, und das muß sein. (Abg. Dr. Lopatka: „Sie haben im System genauso gelebt. Sind Sie nicht so scheinheilig!“) Das muß hier vorausgeschickt werden, das ist nicht scheinheilig, sondern das ist einfach so. (Abg. Dr. Lopatka: „Der Rader hat es genauso gehabt!“) Aber er hat hier sicherlich nicht mitgestimmt,

denn er hat damals schon auf diese Dinge verzichtet. Es ist die Frage, wer hier scheinheilig ist. Ich möchte hier auf die einzelnen Bereiche, auf die hier eingegangen wurde, auch noch einmal eingehen. (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist die Ausnutzung eines Systems!“) Lieber Kollege Lopatka, nur wenn Freiheitliche auch in diese Privilegien kommen, die ihr alle geschaffen habt, braucht ihr uns nicht vorwerfen, daß es diese Privilegien gibt, und wenn wir darauf verzichten, braucht ihr uns nicht vorwerfen, daß wir darauf verzichten. (Abg. Dr. Lopatka: „In dem System leben und sich wohlfühlen!“) Aber sicher, das ist ja das, was euch stört, daß wir das hier aufzeigen. (Abg. Dr. Lopatka: „Hier geht es um die Ehrlichkeit! Der Rader hat auf gar nichts verzichtet!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wer hat denn verzichtet? Ist der Herr Altpräsident Rader noch im Landtag?“ – Abg. Dr. Lopatka: „Er hat auf gar nichts verzichtet. Er hat im System gelebt mit deinem Gutdünken, mit deiner Zustimmung. Er ist euer Präsident!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das darf doch nicht wahr sein!“) Jetzt warte, lieber Kollege! Jetzt warte einmal, bevor du dich hier so exaltierst. Wart ein bißchen.

So, können wir jetzt zu den Punkten kommen? Der Kollege Gennaro hat unseren ehemaligen Kollegen Ebner herausgezogen, und das ist genau der Punkt. Uns wird immer vorgeworfen, einzelne Personen herauszuziehen. Jetzt wird hier auf einmal der Kollege Ebner herausgezogen, unser Ex-Kollege, der hier wirklich eine politische Moral bewiesen hat, indem er gesagt hat, er hat hier einen Fehler gemacht, es ist hier etwas falsch gelaufen, wobei der Fehler, wenn es unter Umständen bei ihm gelegen ist, wohl sicherlich auch beim Magistrat gelegen ist. Denn es kann mir keiner erzählen, daß der Magistrat nicht gewußt hat, daß Manfred Ebner ein Landtagsabgeordneter ist. Das sind Punkte, auf die bitte auch in dieser Diskussion eingegangen werden muß. Und man kann nicht nur sagen, daß hier nur die Schuld bei einer einzigen Person liegt. Da möchte ich euch auch an eure Kollegin Minder erinnern, die ja jetzt nicht mehr im Landtag sitzt, aber die es nicht der Mühe wert befunden hat, zu den Privilegien und Pensionsansprüchen Stellung zu nehmen, die sie zusätzlich in Anspruch genommen hat, und die nicht zurückgetreten ist, sondern die schön die Zeit ausgesessen hat. Unser Manfred Ebner hätte sehr wohl auch die Möglichkeit gehabt, hier die Zeit auszusitzen, denn es hätte ihn niemand dazu zwingen können zurückzutreten. Und er hätte noch sehr viel Geld hier für sich in Anspruch nehmen können, so wie es die Kollegin Minder ja auch von der SPÖ gemacht hat. Das ist hier eine Art und Weise, einfach hier Personen, die eine politische Moral bewiesen haben, aus dem Talon zu ziehen, was in meinen Augen genau das ist, was ihr uns immer vorwerft, und das wird von eurer Seite genauso und vehementest praktiziert. Also kehrt lieber vor der eigenen Tür. (Abg. Gennaro und Abg. Vollmann: „Das sehen Sie total verkehrt!“)

Zum Kollegen Schinnerl: Vier Jahre lang hat er sich dagegen gewehrt, andere haben sich überhaupt nicht dagegen gewehrt, daß sie einen Bescheid bekommen haben, daß sie nicht mehr arbeiten dürfen. Er hat sich vier Jahre lang – er sitzt schon seit vier Jahren im Landtag – gewehrt, daß ihm dieser Bescheid ausgestellt wird. Und es können ja bitte nicht alle so tun, als

ob sie von diesem Umstand gar nichts gewußt und nicht so zur Kenntnis genommen hätten. Ihr könnt mir ja nicht erzählen, daß von Ihnen niemand gewußt hat, daß es das gibt. Da muß ich schon auch zur Presse sagen, ich kann mir auch nicht vorstellen, daß die Presse das nicht gewußt hat. Und daß auf einmal das so groß herausgehoben wird, ist eine Art und Weise, wie vorgegangen wird. Aber es ist auch richtig so, denn das sind Privilegien. Ich kann doch nicht jetzt auf einmal sagen, das ist kein Privileg, daß es arbeitslose Einkommen gibt. Das ist bitte von euch, von allen hier, wohl auch so zur Kenntnis genommen worden, daß das – und so höre ich es auch – in den Diskussionen und in den Verhandlungen nicht mehr so weitergehen kann und daß es das in Zukunft nicht mehr geben kann. Und unser Kollege wird dieses Geld auch nicht verwenden, das er hier 75prozentig bekommt, sondern er wird das woanders, für soziale Dinge, zur Verfügung stellen, weil er das auf einem extra Konto hat. Ich bin gespannt, ob das bei anderen Kollegen dann auch der Fall sein wird. Wir werden uns das hier genau anschauen, wie hier andere mit diesen arbeitslosen Einkommen vorgehen und wie hier andere das handhaben werden, wenn wir schon auf andere zeigen und sagen, wie ihr das hier macht. (Abg. Alfred Prutsch: „Das habe ich schon lange gemacht. Schon als Bürgermeister habe ich das gemacht!“)

Jetzt zu meiner Person: Ich bin froh über diese Gelegenheit, hier auch dazu – was ja in der „Kronzeitung“ geschrieben wurde – Stellung nehmen zu können. Denn auch das sind Privilegien, die bitte ich nicht erfunden habe und die auch nicht auf meinem Mist wachsen. Sie können sich sehr wohl erinnern, daß unser Landesrat schon drei Jahre zuvor – bevor irgend jemand von Pensionsansprüchen großartig in den Zeitungen geschrieben hat – gesagt hat, wir brauchen eine Pension, es soll eine kompatible Pension geben, die dann für alle gilt. Da gibt es keine zusätzlichen Politikerpensionen mehr, und es soll die Höchstbemesungsgrundlage des ASVG hier gelten. Und jetzt höre ich, und das freut mich ja, daß in den Verhandlungen genau auf diesen Punkt eingegangen wird und daß das vielleicht in der Zukunft auch so sein wird für uns Politiker, daß es eben nur eine Pension geben wird, diese kompatibel und die auch für alle, daß wir eben keine Privilegien gegenüber den anderen Bürgern haben. Bei mir ist es so, da möchte ich schon auch darauf eingehen, das stimmt, ich habe mit 33 einen Pensionsanspruch, weil ich schon sehr jung in die Politik gekommen bin, weil eben im Gesetz steht, nach neun Jahren hat man den Anspruch darauf. Mit 33 Jahren, aber Sie wissen schon auch, daß das erst ab 60 gilt. Und bis ich 60 bin, ist wahrscheinlich – wenn wir hier so weiterwirtschaften – der Staat bankrott, und dann kann mir niemand mehr die Pension auszahlen. Wir werden sehen, und wir werden warten.

Auch das muß noch gesagt werden, da stand ja eine Summe von 73.000 Schilling, die dann bezogen werden kann mit 33. Also erstens erst ab 60, und dann ist es auch nur eine Summe von 30.000 Schilling, und die ist nicht höher als die ASVG-Höchstbemesung. Und insofern ist das vor allem, wo man ja nicht weiß, ob es überhaupt soweit kommen wird, erstens daß ich überhaupt 60 werde, wie man weiß, kann das auch sehr früh zu Ende gehen, daß man das erlebt, und zweitens,

daß dann überhaupt der Staat das Geld noch hat, um das in Anspruch nehmen zu können. Und ich bin froh, daß ich das hier klarstellen kann. Denn dann einen Blauen hier auch aus dem Talon zu ziehen, nur weil wir in diese Privilegien kommen, die ihr alle beschlossenen habt, dann zu sagen, pfui, die bösen Blauen, wo ihr alle und alle Klubobmänner das eben auch ab 60 bekommen, da muß ich schon sagen, das ist auch eine Doppelzüngigkeit, die hier nur bis jetzt immer vom Kollegen Gennaro an den Tag gelegt wurde. (Abg. Dr. Flecker: „Frau Kollegin Bleckmann!“) Bitte, Herr Klubobmann! (Abg. Dr. Flecker: „Frau Bleckmann, warum haben Sie dann seinerzeit, wenn Sie so dagegen sind, nicht darauf verzichtet? Die Wahlmöglichkeit haben Sie ja gehabt!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Sie hat ja gar keine!“)

Kann ich Ihnen erklären, ich weiß. Richtig! Es geht nämlich darum, daß wir sagen, es soll jeder die Möglichkeit haben, eine Pension in Anspruch nehmen zu können. Und ich bin sehr wohl auch dafür, wenn es hier Hausfrauen gibt, die früher nichts gearbeitet haben (Abg. Dr. Flecker: „Also wollen Sie nie mehr arbeiten!“), sich nur um ihre Kinder gekümmert haben, „nur“ zu Hause waren und diese Arbeit gemacht haben, dann in den Landtag kommen, daß die sehr wohl auch die Möglichkeit haben sollten, hier auch eine Absicherung zu erhalten, so wie es auch jeder Hausfrau zuerkannt werden sollte und hier Hausfrauen auch die Möglichkeit haben sollten, eine Pensionsversicherung zu bekommen. Das sollte wohl möglich sein. Deshalb habe ich damals nicht darauf verzichtet, da haben Sie recht, weil ich sehr wohl der Meinung bin, daß es eine Pension für jeden geben muß und geben soll. Ich habe damals wirklich nicht gewußt und habe mich damit nicht beschäftigt, daß das dann eine Summe von 30.000 Schilling sein kann (Abg. Majcen: „Das kann es nicht sein!“), dafür, daß ich nur neun Jahre dabei bin. Damit habe ich mich nicht beschäftigt, das habe ich nicht gewußt. Und hoffentlich werden wir da jetzt zu einer Regelung kommen, daß das in der Zukunft nicht mehr so sein wird.

Ich bin auch froh, daß da die anderen auf unsere Linie eingegangen sind und gesagt haben, das kann nicht mehr so sein, und das wird dann für uns alle in der Zukunft gelten. Ich bin Ihnen dankbar dafür, daß Sie hier auf unsere Linie eingegangen sind, denn es kann nicht sein, daß es hier diese Privilegien gibt, daß es extra Politikergehälter gibt, nicht Politikergehälter extra, Politikerpensionen gibt, wenn es andere Pensionen auch gibt.

Nun zum Landesrat Schmid, wo es dann auch so großartig heißt, soll er doch auch auf seinen Dienstwagen verzichten. Ich sage Ihnen was: Er wird sicher verzichten, wenn alle acht anderen auch verzichten werden, so wie es beim Kollegen Strenitz war. Vesko hat verzichtet, und daraufhin hat Strenitz auch verzichtet.

Keine Sorge, wir werden diesen Antrag einbringen. Macht euch keine Sorgen, denn wir werden diesen Antrag einbringen. Wir werden dann sehen, wie sich eure Regierungsmitglieder verhalten werden, wenn es heißt, schaffen wir die Dienstwagen für alle Regierungsmitglieder ab, für alle, darum geht es ja. (Abg. Gennaro: „Sie haben nicht aufmerksam zugehört. Von der Regierung hat niemand gesprochen. Es wäre unverantwortlich, wenn die Landesräte selber fahren!“ –

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich kann autofahren, kein Problem, ich habe einen Führerschein!“) Warum wirfst du uns das dann vor, daß unser Landesrat nicht verzichtet hat. (Abg. Gennaro: „Das stimmt ja nicht, Sie können nachlesen!“)

Sicher, denn ich habe genau zugehört. Wir können das nachlesen im Protokoll. Er wurde explizit erwähnt, warum hat er nicht verzichtet auf seinen Dienstwagen? Das wurde bitte von Ihnen gesagt, lieber Kollege Gennaro. (Abg. Gennaro: „Wenn das Protokoll kommt, werde ich es Ihnen offiziell vorlegen!“) Aber sicher. Das werden wir jetzt nachlesen im Protokoll, was gesagt wurde. Wenn man nicht einmal mehr weiß, was man sagt, dann überlege dir das vorher, was gesagt wird. Wir werden das dann allen mitteilen. Könnten Sie es vielleicht jetzt schon nachlesen? Wäre es den Damen möglich, das jetzt schon nachzulesen, was der liebe Kollege Gennaro gesagt hat? (Abg. Gennaro: „Da sind Sie noch viel zu jung; was ich sage, zu dem stehe ich!“) Das ist ja wohl ein Witz, zuerst etwas sagen, und dann sagen, ich habe das ja nicht gesagt. Entschuldigung. Entweder wir stehen dazu, was wir hier da vorne sagen, oder wir stehen nicht dazu. Es wurde hier gesagt von Ihnen an dieser Stelle, warum hat der Herr Landesrat Schmid nicht auf seinen Dienstwagen verzichtet? (Abg. Gennaro: „Ich werde Ihnen beweisen, daß das, was Sie mir jetzt vorwerfen, nicht die Richtigkeit hat!“) Also gut. Ich werfe Ihnen vor, daß Sie gesagt haben, damit wir wirklich wissen, über was wir jetzt streiten, warum hat der Landesrat Schmid nicht auf seinen Dienstwagen verzichtet?

Okay. Wir werden dann ein Schiedsgericht bestellen, und wir werden dann schauen, ob das dann so im Protokoll steht. Vielleicht kann man das ja heute noch eruieren, was wirklich gesagt wurde. Denn ich habe mir das genau mitgeschrieben. Auf jeden Fall wird er verzichten, wenn alle anderen auch verzichten, denn nur so kann es sein. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Rader hat ihn nur bekommen, weil Klauser ihn bekommen hat; und nicht verzichtet!“ – Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Den hat jetzt der Wielinger!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Den Dienstwagen hat jetzt der Dr. Wielinger!“) Es kann ja nicht sein, daß hier ein Sparpaket beschlossen wird und dann von einzelnen hier verzichtet, und nicht von allen gemeinsam verzichtet wird. Ich bitte, nicht immer mit zweierlei Maß zu messen. Wenn, dann muß es für alle gelten, und nicht nur für die Freiheitlichen, sondern auch für SPÖ und für ÖVP. So sollte bitte vorgegangen werden, nicht immer nur in der Weise, daß die Freiheitlichen verzichten. Wenn Sparpaket, dann für alle.

So, wie es auch der Kollege Strenitz gemacht hat, der hier auch verzichtet hat. Da nehmt euch ein Beispiel, daß er das dann schließlich und endlich schon getan hat. Wenn es hier heißt, wir lizitieren uns hinunter, war ja auch so ein schönes Zitat, und wir werden es auch nachlesen können, ob das der Kollege Gennaro gesagt hat, und ich weiß, daß ihm das wehtut, das Hinunterlizitieren, da haben wir gesagt in unserem Selbstverständnis, wir wollen nicht, daß die Ausschussarbeit reduziert wird, daß hier die Ausschussarbeit weniger Wert bekommt. ÖVP und SPÖ wollen, daß die Obmänner weniger Geld bekommen, daß die Stellvertreter überhaupt nichts mehr kriegen. Wir sagen, die Ausschussarbeit ist uns so vielwert, daß es so bleiben

soll, wie es ist, und es muß diese Arbeit – nicht lachen, Sie wissen es noch nicht, es war früher effektiver, was wir in den Ausschüssen gemacht haben. Es soll so sein, daß wir extra Ausschüßtage einführen, daß hier mehr gearbeitet werden kann, daß wir hier im Landtag effektive Arbeit machen können, daß nicht die Regierung uns sagt, was wir hier beschließen sollen, und so ist es dann, und das wird beschlossen, und dann können wir wirklich nach Hause gehen, dann sind wir überbezahlt, dann können wir, wenn es so gewollt ist von ÖVP und SPÖ, natürlich auch auf diese Reduzierung verzichten, wenn wir uns damit einverstanden erklären. Aber wir wollen, um das noch einmal klarzustellen, daß hier die Ausschußarbeit aufgewertet wird, daß der Landtag ein Selbstverständnis hat, daß er hier Arbeit zu machen hat und deshalb auch Zeit investieren muß und hier auch deshalb extra Ausschüßtage und mehr Arbeit investieren muß.

Und nun zum Dritten Landtagspräsidenten, zu unserem German Vesko: Da ist es schon auch sehr sonderbar, und jedesmal haben wir das jetzt schon wieder gehört, daß der abzuschaffen ist. Vor zwei Jahren noch ist es aber überhaupt nicht zur Diskussion gestanden. Da war das scheinbar ein Präsident, der angenehm war, der der SPÖ genehm war, der vielleicht Dinge gemacht hat, die Ihnen angenehmer waren. Und hier hat niemand gesagt, wir müssen jetzt auf den Dritten Landtagspräsidenten verzichten. Die ÖVP hat hier ein etwas anderes Demokratieverständnis. Denn sie sagen, so hoffe ich, bleibt es auch dabei, daß, wenn hier eine Partei eine gewisse Stärke, eine Kraft erreicht hat, dann steht ihr das zu. Und dann kann ich nicht einfach sagen, nur, weil das halt unangenehm ist, nur, weil das halt einer Fraktion nicht paßt, dann wird der abgeschafft. Na, das ist für mich kein Demokratieverständnis. Hier muß man sich überlegen, wie mit der Demokratie umgegangen wird. Und nicht nur dann, wenn es eben der Fraktion paßt oder wenn einer unangenehm ist, dann muß man halt abschaffen, damit er nicht unangenehm sein kann. Wir haben gesagt, der Zweite Landeshauptmannstellvertreter ist abzuschaffen. Ja warum, weil ihr euch nicht einigen könnt auf einen Zweiten. Da wollten wir ja nur helfen, daß dieses Problem gelöst wird. Auf einen Dritten Landtagspräsidenten konnte man sich ja einigen. Und das ist bitte der Unterschied, und hier muß schon auch gesagt werden, ich freue mich ja, daß wenigstens gesagt wurde, an der Qualität ist nicht zu zweifeln. Wenn er bei den Studenten nicht gewesen wäre, dann hätte das unter Umständen hier im Landtag anders ausgesehen. Denn der Kollege Strenitz hat hier gebeten, daß er vertreten wird durch ihn, durch unseren Präsidenten, ist selber aber dann sitzengeblieben. Vielleicht war das dann doch sehr interessant, die Diskussion mit den Studenten. Aber unser Präsident hat das hier geschafft, das nicht eskalieren zu lassen. Und das ist sehr wohl eine Qualität, und dann zu sagen, den schaffen wir einfach ab. (Präsident Dr. Strenitz: „Sie wissen aber nicht, warum ich den Präsidenten Vesko gebeten habe. Ich werde später dann eine tatsächliche Berichtigung abgeben!“) Ich bitte um die tatsächliche Berichtigung, weil ich gehört habe, daß Sie dann da gesessen sind die ganze Zeit. Und das ist ja schon sehr verwunderlich. Aber ich bin froh, daß das dann richtiggestellt wird. Wenn ich mich hier geirrt habe, tut es mir leid, aber ich bin gespannt, was hier dazu gesagt wird.

(Abg. Mag. Zitz: „Ich werde Sie herzlich gern zitieren, was Sie über die Studenten gesagt haben!“) Liebe Frau Kollegin, wir waren beide gemeinsam im Rittersaal, und Sie haben meine Worte gehört. Ich weiß nicht, ob es da rein- oder da rausgegangen ist, aber Sie haben es gehört, daß ich sehr wohl die Studenten hier unterstütze und daß ich hier sehr wohl auch diesen Antrag, der hoffentlich noch stattfinden wird, mittragen werde, weil ich das auch für sehr wichtig und richtig halte. (Abg. Mag. Zitz: „Ich hoffe, Sie schaffen es auch, jenen diese Solidarität zukommen zu lassen, wenn es um die Umsetzung der studentischen Angelegenheiten geht!“)

Also insofern keine Sorge, da ist meine Solidarität vorhanden, denn es ist ja noch nicht so lange her, ich glaube, so ähnlich wie bei Ihnen, daß ich studiert habe. Auch wenn die Studenten damals etwas anders waren, obwohl das noch nicht so lange her ist, und andere Methoden gewählt haben, um ihre Dinge und Ansätze durchzubringen.

Nochmals zu unserem eigentlichen Antrag, um den es hier geht, daß hier eben auf die Dienstwägen verzichtet wird. Da muß ich dem Kollegen Gennaro recht geben. Es kann ja bitte nicht so sein, daß hier die Politiker auf Dienstwägen verzichten und daß dann für Beamte, die vorher keinen Dienstwagen mit Chauffeur hatten, ein zusätzlicher Dienstwagen geschaffen wird mit Chauffeur, daß hier ein Landesamtsdirektorstellvertreter zusätzlich dann auch noch einen Wagen mit Chauffeur erhält. Na, das bitte war nicht im Sinne der Erfindung und ist auch nicht Sinne des Antrages, wenn Sie den genau gelesen haben, daß hier nämlich der in den gesamten Pool hineinkommt, und nicht für einzelne Beamte extra zur Verfügung gestellt wird, damit die dann herumfahren können. Denn da muß ich ihm recht geben. So kann es bitte nicht sein, daß hier nur die Politiker einsparen und bei den Beamten dann zusätzliche Privilegien geschaffen werden. Na bitte, das kann nicht gehen. Und hier werden wir auch einen Antrag einbringen. Ich bin gespannt, was dann der Kollege Gennaro dazu sagen wird, wenn wir hier auch dieses angreifen und ankreiden werden. Denn das bitte kann wirklich nicht sein, daß hier von seiten der Politik verzichtet wird und dann bei den Beamten zusätzliche Privilegien geschaffen werden. Also das ist glaube ich auch nicht im Sinne dieses Antrages.

Zum Abschluß: Gerade unser Dritter Präsident ist der, der am weitesten gereist ist. Und für ihn war es eine politische Selbstverständlichkeit zu sagen, wenn hier ein Sparpaket gemacht wird, wenn hier Einsparungen getroffen werden, die die einzelnen Bürger treffen, dann kann es nicht gehen, daß wir hier zusätzliche Privilegien haben. Das kann nach unserer Meinung nicht angehen. Und er ist, wie gesagt, der, der am weitesten entfernt wohnt und hat das auf sich genommen, mit all den Schwierigkeiten, die damit natürlich verbunden sind. Aber für uns geht es darum, daß die Politik eine Vorbildwirkung haben muß, daß das ein Selbstverständnis für die Politiker sein muß, für die Bürger zu arbeiten, und nicht, daß die Bürger uns unsere Privilegien zahlen. Und ich bitte Sie darum, daß Sie das in der Zukunft auch beachten werden. (Beifall bei der FPÖ. – 15.18 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Präsident Dipl.-Ing. Vesko. Er hat das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (15.18 Uhr): Verehrter Herr Präsident!

Kollege Gennaro, ich habe die Worte gehört aus dem Munde eines Abgeordneten, der selbst über mindestens zwei Einkommen verfügt, wenn ich das richtig verstehe. Ich nehme auch zur Kenntnis, daß wir diejenigen sind, die hier mit doppeltem Boden spielen beziehungsweise nach dem Motto „Haltet den Dieb“ arbeiten. Es kommt bei jeder Gelegenheit immer dann zum Ausdruck: „Ja, aber ihr habt ...“. Und jetzt, Kollege Gennaro, sage ich Ihnen einmal ganz offen etwas. Es hat in diesem Lande Österreich keine politische Gruppierung gegeben, die sich an den Töpfen des Landes so vergriffen hat, wie dies Ihre Fraktion, wie immer sie sich genannt hat, es getan hat. (Beifall bei der FPÖ.)

Ein Großteil jener Privilegien und jener doppelten und mehrfachen Bezüge und Pensionen und jener zusätzlichen Privilegien bis hinauf zu Sozialversicherungspensionen in Dimensionen von 80 und mehr 1000 Schilling, zusätzlich Sonderpensionen auf Grund von Pflichtbeiträgen, die andere zu leisten haben, oder bei Kammern oder sonstigen Bereichen sind nie über Ihre Lippen gerutscht. Ich sage Ihnen eines, Herr Kollege Gennaro, ich habe hier in diesem – (Abg. Dr. Flecker: „Sie sitzen schon wieder im Glashaus!“) Ich sitze immer im Glashaus, ich weiß, und zwar fett, ganz fett sitze ich im Glashaus.

Ich sage Ihnen aber noch etwas, Herr Kollege Gennaro, ich war der Ansicht, daß – nachdem ich auch vier Jahre lang Klubobmann war und diese Funktion von Bad Aussee aus wahrgenommen habe, mir ist es nie in den Sinn gekommen zu fragen, ob es nicht sinnvoll wäre, daß ich einen Dienstwagen habe. Ein Verständnis, das ich in Ihren Reihen nicht sofort erkannt habe, wie der Kollege Flecker Klubobmann geworden ist. (Abg. Dr. Flecker: „Nachdem man Sie nie sieht, ist das kein Wunder!“) Wobei ich für seine Vorstellung durchaus Verständnis habe, weil ich es erlebe, wenn ich im Monat 50.000 Kilometer von Aussee hierherfahre, um das Glück zu haben, Ihre Ergüsse hören zu müssen. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Vollmann: „Es fahren so alle, nicht nur du!“) Aber das eine sage ich Ihnen auch, Herr Kollege Gennaro, ich hätte mich gerne jeden Tag von Graz holen lassen durch einen Fahrer, der 170 Kilometer nach Aussee fährt, um mich abzuholen und dann weitere 170 Kilometer nach Graz fährt, um mich hier abzusetzen, und dann womöglich um 10 Uhr abends nach einer Veranstaltung irgendwo, die wir leider Gottes oder Gott sei Dank noch wahrnehmen können, wiederum nach Aussee zu fahren und dann wieder hierher zurückzukommen, damit er mich am nächsten Tag wieder holen kann. Nur, ich kann das bitte den Leuten nicht zumuten. Ich kann es mir selbst zumuten, weil ich dafür auch die Verantwortung zu tragen habe. Und das war der Beweggrund, warum ich mich dazu entschieden habe, den Chauffeur samt Auto zurückzugeben.

Ein zweiter sehr wesentlicher Grund war der, daß wir uns gerade zu dieser Zeit sehr intensiv darüber unterhalten haben, wie wir uns aus unserem finanziellen Engpaß herausbewegen. Und da gilt es – das war

der Beweggrund, den ich gehabt habe –, vielleicht doch auf das eine oder andere zu verzichten, auch wenn es mir niemand weggenommen hätte. Und, Kollege Gennaro, wenn Sie glauben, daß der Dritte Landtagspräsident in diesem Hause nicht notwendig ist, nicht deshalb, weil es nicht notwendig ist, sondern weil er zufällig einer Fraktion angehört, mit der Sie beileibe keine Freude haben, dann stellen Sie bitte den Antrag dazu, und meckern Sie nicht bei jeder Gelegenheit, sondern stellen Sie den Antrag. Das Haus wird dazu Stellung nehmen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Stellt den Antrag!“ – Abg. Dr. Flecker: „Das ist unangenehm!“) Das ist gar nicht unangenehm. Ich halte das locker aus. (Abg. Dr. Flecker: „Man sieht es ja an der Reaktion!“) Man muß auch den Mut haben dazu. (Abg. Dr. Flecker: „Ich würde mich nicht so aufregen dann!“)

Es ist mir überhaupt nicht unangenehm. Ich bin mit Freuden Landtagspräsident, und ich bin unterbezahlt, wenn Sie mich fragen, im Vergleich zu manchen anderen. (Abg. Dr. Flecker: „Jetzt kommt es langsam!“)

Sehen Sie, aber ich habe die Privilegien nicht in Anspruch genommen, und ich lege Wert darauf, daß das so ist. Wenn wir uns auf dieser Ebene verstehen, verstehen wir uns. Aber immer und bei jeder Gelegenheit zu kommen und zu sagen, daß müßten wir ja abschaffen, dann tun Sie es bitte. Wir haben den Mut zu sagen, das wollen wir nicht. (Abg. Dr. Flecker: „Er ist nicht abwählbar, da müßten Sie zurücktreten. Tun Sie das?“) Nein, zurücktreten tue ich nicht, weil ich ein anderes Verständnis von der Sache habe. (Abg. Dr. Flecker: „Dann müßten Sie die Geschäftsordnung kennen. Sie sind nicht abwählbar, leider!“) Die kenne ich. Und ich sage Ihnen noch etwas dazu. Wir kennen auch die Geschäftsordnung. (Abg. Schützenhöfer: „Du wirst nicht abgewählt, ich werde für dich kämpfen. Beschäftige dich mit einem anderen Thema!“)

Ich habe auch keine Sorge, daß ich abgewählt werde. Aber ich sage es nur noch einmal. Es ist absolut sinnlos, bei jeder Gelegenheit – (Abg. Dr. Flecker: „Sie brauchen sich nicht künstlich aufzuregen, Ihr Arbeitsplatz ist gesichert!“)

Nein, es regt mich gar nicht auf. Aber ich sage es nur. Tun Sie es, dann gilt es beim nächsten Mal. Vielleicht trifft es dann Sie. Ich weiß es nicht. Aber ich sage nur, Sie können es jederzeit tun. Wir haben einen Antrag gestellt, den Zweiten Landeshauptmannstellvertreter abzuschaffen.

So, wie Ihr großer Vorsitzender vor der Landtagswahl noch gesagt hat, die Regierung gehört verkürzt auf sieben, weil er gewußt hat, daß es ihn nicht trifft. Jetzt, wo es ihn trifft, ist er auf einmal vollkommen weggetreten. Aber ich sage es nur. (Abg. Dr. Flecker: „Wir können über den Dritten Präsidenten in den Verfassungsverhandlungen reden!“) Ich sage Ihnen, stellen Sie den Antrag, das hat Zukunftsweisung, und wir machen das. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Gehen wir runter auf sieben. Eine Initiative Peter Schachner, Reduktion auf sieben Regierungsmitglieder, was ist? Eine Initiative Peter Schachner, das ist das Ende wie jede Initiative Peter Schachner. Ein Schlag ins Wasser!“ – Abg. Schrittwieser: „Gott sei Dank gibt es den Schachner und die Initiativen. Stellen Sie sich vor, es gibt den Schachner nicht!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist wie bei allen Initiativen Peter Schach-

ners – reine Ankündigung!“) Nein, Initiativen habe ich noch keine gesehen. Ankündigungen habe ich schon viele gesehen, Initiativen noch keine.

Aber, Kollege Flecker, es ist nur eines entscheidend in diesem Haus, wenn Sie etwas wollen, dann tun Sie es. Wir haben gewollt, daß die Dienstautos abgeschafft werden. Wir haben gewollt, daß der Zweite Landeshauptmannstellvertreter abgeschafft wird. Wir haben das hier eingebracht. Sie haben durchaus das Recht, bringen Sie es hier ein, es ist Ihr gutes Recht. (Abg. Dr. Flecker: „Der Zweite ist nicht besetzt, aber der Dritte Präsident ist besetzt, weil Sie darauf sitzen und nicht weggehen!“ – Abg. Vollmann: „Hermann, jetzt hör einmal auf zum Theatern. Ihr seid wehleidig wie ein kleines Kind, wenn es sich mit der Nadel in den Finger sticht, dann blutet es!“) Ich spiele nicht Theater. Ich bin auch nicht wehleidig. Mich freut es nur. (Abg. Mag. Bleckmann: „Seid ihr nicht wehleidig?“) Aber wenn der größte Privilegienmugel zum Meckern anfängt, dann wird man wohl noch was sagen dürfen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ist ein Dritter Präsident ein Privileg oder eine demokratische Einrichtung? Was ist es?“ – Abg. Dr. Flecker: „Das eine ist vorgesehen, das andere ist nicht vorgesehen!“ – Präsident Dr. Strenitz: „Am Wort ist der Herr Präsident Vesko!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Kurtl, du mußt Legislative und Exekutive unterscheiden!“)

Nein, es ist die Aufregung nicht wert. Ich möchte es nur klaggestellt haben. Und diese Klarstellung hat hier zu erfolgen, ob euch das gefällt oder nicht. Wir sind nicht dafür verantwortlich, aber ich nehme das Recht für mich in Anspruch, weil dieses Haus mich gewählt hat. Wenn ihr das nicht wollt, dann stellt den entsprechenden Antrag. Mehr ist dazu an und für sich nicht zu sagen. Aber den Mut habt ihr leider nicht. (Beifall bei der FPÖ. – 15.26 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka.

Abg. Dr. Lopatka (15.26 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man die letzten Wortmeldungen mitverfolgt hat, so darf ich schon eines sagen; der Politik und den Politikern und uns selbst haben wir bisher in dieser Debatte keinen Dienst erwiesen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Jetzt warten wir noch auf dein Wort!“) Ich werde mich bemühen, Landesrat Schmid, mich von dir nicht provozieren zu lassen, denn wenn wir uns gegenseitig heruntermachen, dann tun wir niemandem einen Gefallen, sondern wir bestätigen nur jene, die glauben, daß wir dann besonders engagiert sind, wenn es um uns selbst geht und das, was wir glauben, was uns zusteht.

Ich glaube, daß wir uns – hier möchte ich drei Punkte anführen – dann keinen guten Dienst erweisen, wenn wir in ein wehleidiges Lamento verfallen, wie schlecht es uns geht. Niemand von uns ist gezwungen, sein Mandat auszuüben. Jeder, der glaubt, daß er so schlecht bezahlt ist, daß die Arbeitsbedingungen zu schlecht sind, kann sein Mandat zur Verfügung stellen, jeder von uns hat auf der Ersatzliste Kandidaten.

Zweitens, ich glaube, daß es dann besonders schwach und unglaubwürdig für uns selbst ist, wenn wir selbst versuchen, alles in Anspruch zu nehmen, was es an Möglichkeiten, an Annehmlichkeiten, manche können es auch Privilegien nennen, was es hier gibt, selbst alles in Anspruch nehmen, Abfertigungen, wo es möglich ist, kassieren und dann gegen diese aufzutreten, zu schauen, selbst Pensionsansprüche zu erwerben, um dann massiv gegen alle Politikerpensionen aufzutreten, gegen Dienstfahrzeuge zu wettern, die man mit aller Selbstverständlichkeit selbst für sich genutzt hat.

Ich glaube, das hilft uns keinen Schritt weiter, und das schadet uns, sowohl das gegenseitige Heruntermachen als auch das Jammern und vor allem das Dritte, wenn man doppelbödig wird, zu schauen, daß man es sich selbst richtet und dann dagegen aufzutreten. Und hier hat sich die Debatte so grundlegend von dem unterschieden, was uns bisher bei den Parteienverhandlungen gelungen ist. Bei den Parteienverhandlungen bisher, und ich bitte, mich zu korrigieren, wenn ich etwas sage, was nicht stimmt, haben wir sehr sachlich gemeinsam viel weitergebracht. Wir haben hier ein sehr gutes Klima gehabt. Hier ist es dann nicht darum gegangen, in welcher Stärke wir hier im Haus sitzen, sondern es waren alle Parteien vertreten, und hier war es so, unabhängig davon, ob der Vorschlag von den Liberalen gekommen ist, von den Freiheitlichen, von der SPÖ, von den Grünen oder von uns, immer dann, wenn ein Vorschlag gut war, war die Bereitschaft da, diesem zuzustimmen. Und so haben wir von den Punkten, die wir uns vorgenommen haben, bis auf zwei Punkte, und wir haben hier zehn Punkte diskutiert, acht Punkte gemeinsam erledigt. Es stimmt, es gibt bei einzelnen Punkten unterschiedliche Anschauungen, aber hier muß man auch ehrlich sein, Kollegin Bleckmann, du sagst, ihr seid dafür, daß die Ausschußmänner und die Stellvertreter so wie bisher bezahlt bekommen, aber ihr seid dafür, daß sie dafür mehr leisten, ist das richtig so? Ja, es ist richtig so. Ich darf aber eines sagen, eurem Ausschußvorsitzenden wäre es bisher nicht verwehrt gewesen, zusätzliche Sitzungen einzuberufen. Sie haben es nicht gemacht, wie auch die anderen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Man kann als Ausschußvorsitzender nicht allein sitzen. Wir sind nie eingeladen worden zu zusätzlichen Sitzungen!“)

Ich möchte das nur sehr deutlich sagen. An Arbeit sind wir nicht gehindert. Wir sind hier bei der Bezügedebatte, ohne daß wir zuerst eine Regierungsvorlage oder eine Vorlage vom Ausschuß gehabt hätten, schon mehrfach zusammengesessen. Daher richte ich die Bitte an uns alle, zerstören wir hier nicht in diesem Bereich, von dem wir alle betroffen sind und wo wir alle im Blickfeld der Öffentlichkeit stehen. Egal, welche Regelung wir treffen, es wird immer Journalisten und auch andere geben, die uns kritisieren. Das möchte ich sehr deutlich sagen. Schauen wir, daß wir hier das, was wir an gemeinsamen Lösungen bisher schon zustande gebracht haben, auch bei den restlichen Verhandlungsrunden zum Bezügesetz beibehalten. Darum würde ich sehr bitten. Der Steiermärkische Landtag war seinerzeit der erste, der Abfertigungen für Politiker generell abgeschafft hat. Wir waren auch seinerzeit, 1991 war das, die ersten, die

unsere Pensionsregelungen an die der allgemeinen angeglichen haben. Und ich hoffe, daß es uns trotz der heutigen Debatte gelingt, daß wir bei der neuen Bezügeregelung auch eine vorbildliche Lösung für den Bund zustande bringen, um hier vielleicht dann, ausgehend von unseren Lösungen, auch bundesweit zu Regelungen zu kommen. Wir sind hier schon sehr weit. Grüne, Liberale, Freiheitliche, die SPÖ und auch wir haben hier gemeinsam schon wesentliche Punkte ausverhandelt. Ich ersuche Sie daher nochmals, weil dieser Punkt, über den hier heute so gestritten worden ist, ist ja schon erledigt, der Zweite und der Dritte Präsident haben von sich aus, wenn ich das richtig verstehe, auf die Nutzung des Dienstfahrzeuges verzichtet, ohne daß diese Debatte hier nötig gewesen wäre. (Abg. Schrittwieser: „Es war der Antrag nur eine politische Show!“) Versuchen wir, daß wir zur Sachlichkeit zurückkommen. In diesem Sinne darf ich alle hier im Landtag vertretenen Fraktionen zu unserer nächsten Sitzung einladen, wo wir dann ohne Medienöffentlichkeit unter uns sind und hoffentlich wieder in jener Sachlichkeit weiterdiskutieren können, die bisher diese Verhandlungen ausgezeichnet hat.

Abschließend ein letztes Wort: Ich hoffe noch immer und warte auf ein Schreiben des Bundes vom zuständigen Staatssekretär Schögl, weil der Bund hier auch signalisiert hat, daß er einen Schritt weitergehen will. Für mich wäre eines schon unangenehm, wenn wir hier, trotz aller Probleme, zu einer gemeinsamen Lösung kämen und dann vielleicht im Herbst schon wieder gezwungen werden, eine nächste Novelle zum Bezügegesetz zu verabschieden, da der Bund Regelungen im Verfassungsrang vielleicht trifft, die wir dann umzusetzen haben. Das heißt, daß wir hier alle gefordert sind und alle versuchen sollten, hier nicht Einzelfälle, die man sich gegenseitig aufrechnen kann, die es in der Vergangenheit gegeben hat und bei allen gesetzlichen Regelungen, die wir treffen, wahrscheinlich auch in Zukunft geben wird, zu diskutieren, denn letztendlich kommt es nicht auf die gesetzlichen Regelungen an, sondern auf die innere Einstellung, mit der jeder einzelne von uns in der Politik ist, ob für ihn das Dienen im Vordergrund steht oder das Verdienen. Wir alle, glaube ich, bemühen uns um das Dienen, und setzen wir das auch bei unseren Debatten entsprechend ins Rampenlicht, und rechnen wir uns nicht das Verdienen vor. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 15.35 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (15.35 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zu zwei Punkten, in denen ich unmittelbar angesprochen wurde, möchte ich in aller Sachlichkeit eine kurze Aufklärung geben.

Erster Punkt: Dienstwagen / Dritter Präsident / vorige Legislaturperiode: Damit das klargestellt ist, und ich stehe auch dazu, der Zweite Präsident, der wirklich mit hohem Verdienst für das Land ausgezeichnete Christoph Klausner, hat einen Dienstwagen mit Chauffeur als Zweiter Präsident bekommen. Das war das Ausschlaggebende, daß auch der Dritte Präsident, und jeder in meiner Fraktion weiß es, gegen hin-

haltenden Widerstand anfänglich meinerseits hat auch einen Dienstwagen gehabt – das nur zur Klarstellung. Aber daß Christoph Klausner einen hat und dann nach dem Gleichheitsprinzip auch der Dritte Präsident einen hat, hat mich dazu bewogen, nach mehreren zurückgestellten Anträgen in der Landesregierung zu Beginn 1992 dem auch zuzustimmen.

Zweiter Punkt: ebenfalls angesprochen, vielleicht ein Zwischensatz: Kollege Lopatka hat gemeint, er lasse sich von mir nicht provozieren. Das, was er gesagt hat, war wirklich dazu angetan, nicht zu provozieren, weil vieles in diesem Bereich einfach richtig war oder vielleicht auch alles richtig war. Das heißt, daß man ein gewisses Selbstbewußtsein als politisch tätiger Mensch natürlich entwickeln muß, aber zu diesem Selbstbewußtsein auf jeden Fall auch die Sensibilität gehört, was man in diesen Zeiten, wo die Menschen in dem Land den Gürtel enger schnallen müssen, der Allgemeinheit durch öffentlichen Druck noch zumuten kann. Da bin ich ganz bei dir. Zu diesen Punkten gehört natürlich die unglückselige Regelung mit den Doppelbezügen, die ja auch den Doppelbeziehern wirklich auf den Kopf fällt. Ich sage das als beruflich Selbständiger, und glauben Sie mir, bei dem Zeiteinsatz als Zivilingenieur und gerichtlich beeideter Sachverständiger würde ich wahrscheinlich sogar in meinem Zivilberuf mehr verdienen als in meinem jetzigen. Aber ich sage all den Doppelverdienern, daß es ihr Schaden sei, daß sie im Lichte der Öffentlichkeit mit einer derartig unglücklichen Regelung dastehen – 75 Prozent, ob man 100 Prozent oder null Prozent arbeitet. Das ist ein Punkt, wo diese Sensibilität nicht da ist. Das gleiche gilt für die Pensionen. Eine Doppelpension als solche kann aber vermutlich im großen Stil nur bundesweit, zumindest für einzelne Bereiche, ersetzt werden durch eine kompatible. Wieso sollte ein in der Politik Tätiger hier diese Ausnahmeregelung besitzen, aber das nur am Rande, und diese Einladung, die du ausgesprochen hast, Herr Kollege Lopatka, zu sachlichen Gesprächen, wenn man sich die einzelnen Vorschläge anschaut, sie decken sich ja in vielen Punkten und werden selbstverständlich angenommen.

Aber nun zum eigentlich zweiten Punkt, das ist der Vorwurf: Dr. Ebner / Handlungsbedarf der Freiheitlichen. (Abg. Gennaro: „Entschuldige, aber da ist schon ein Unterschied bitte!“)

Lieber Kurt Gennaro, zeig mir einen Parteiohmann, dem unter Umständen nachher noch vorgeworfen wird, wie diktatorisch er in der Partei umgehe, der eine so konsequente und so unmittelbare Haltung gezeigt hat wie ich. Frau Abgeordnete Bleckmann, unsere Klubobfrau, hat schon hingewiesen auf Minder und so weiter.

Und jetzt zur Klarstellung: Am Tag der Vorstandssitzung, wo der Landespartei Vorstand die Aufforderung an den Abgeordneten Ebner gemacht hat, sein Mandat zurückzulegen, habe ich noch in der Früh einen Anruf vom sozialdemokratischen Bürgermeister der Stadt Graz bekommen mit dem Hinweis, daß das ganze rechtlich noch immer nicht so klar sei und noch immer nicht in einer Form gehandelt werden könne, daß man eigentlich davon ausgehen könnte, daß hier jemand falsch gehandelt habe. Das heißt, eine Intervention von Bürgermeister Stingl für Dr. Ebner. Ihr könnt ihn fragen, ich habe auch einen Brief bekom-

men, wo das ganze noch offen war, und wir haben, bevor noch bekannt geworden ist, daß es 600.000 Schilling sind, die zuviel bezogen wurden, nämlich in diesem Sinne, daß die Sensibilität hier nicht gewahrt wurde, daß hier nicht nach außen hin dann ein auch zukünftig ordentliches, anständiges Auftreten gewährleistet ist, wenn ein freiheitlicher Abgeordneter hier zuviel bekommen und genommen hat. Das dürfen wir auch noch dazusagen. Die Verwaltung der Stadt Graz – und jetzt, nachdem das abgeschlossen ist, möchte ich sehr deutlich sagen – hat in diesem Punkt gehandelt, wie ich meine, wie eine Verwaltung nur bei größtem Unwissen, bei größtem Unverständnis handeln kann. Der Vorwurf, was die dort aufgeführt haben, daß sie jahrelang nicht wissen, daß ein Abgeordneter des Landes nicht 100, sondern 75 Prozent kassieren kann, bedürfte eigentlich auch einer Klärung. Die sind jetzt im Nebenhaus sehr froh, daß hier Ruhe eingeleitet ist, aber ich denke, auch dort hätten sie Handlungsbedarf und einmal Nachprüfungsbedarf, wer hier die Fehler eigentlich zu verantworten hat.

Das soweit aus meiner Position, aber ich sage abschließend noch einmal, wir können über alles diskutieren, wir können uns hinunterlizitieren bis ans Ende. Es sollte aber doch eines festgestellt werden, daß es ein großer Einsatz ist, den wohl alle in dem Haus für die Allgemeinheit, hier aber auch Bürgermeister, Feuerwehrhauptleute und so weiter, draußen für die Gemeinschaft einbringen. Dieser Einsatz darf auch als solcher und als wertvoller gesehen werden. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ. – 15.42 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um eine Zeichen mit der Hand.

Danke, das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 42/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Lopatka, Dr. Karisch, Purr und Riebenbauer, betreffend die Erweiterung der Verfassungsautonomie der österreichischen Bundesländer.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Reinhold Lopatka.

Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (15.42 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer und Kollegen, betreffend die Erweiterung der Verfassungsautonomie der österreichischen Bundesländer, darf ich wie folgt berichten:

Die österreichische Bundesverfassung enthält erheblich mehr Vorgaben für das Staatsrecht der Gliedstaaten als die Verfassungen vergleichbarer Bundesstaaten. Eine eigene Hauptstadt enthält Regelungen über die Gesetzgebung und Vollziehung der Länder. Dadurch ist der Rahmen für autonome Entscheidun-

gen der Länder über ihr Staatsrecht vergleichsweise eng gezogen.

Der Nationalrat ist derzeit bekanntlich mit einer Regierungsvorlage befaßt, durch die das Bundes-Verfassungsgesetz die weitestreichende Änderung seit 1929 erfahren soll. In dieser Regierungsvorlage ist auch eine Verringerung der Vorgaben der Bundesverfassung für das Staatsrecht der Länder vorgesehen.

Es wird daher von den gefertigten Abgeordneten der Antrag gestellt, daß der Hohe Landtag beschließen wolle, daß die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert wird, an die Bundesregierung mit dem Verlangen heranzutreten, Schritte für eine Rücknahme der Vorgaben des Bundes-Verfassungsgesetzes für das Staatsrecht der Bundesländer in die Wege zu leiten. Ziel solle es sein, die für die Gestaltung der Landesverfassungen maßgeblichen Regelungen des Bundes-Verfassungsgesetzes auf ein Maß zurückzuführen, das jenem in den Verfassungen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz entspricht.

Ich bitte um Annahme der Vorlage. (15.44 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Berichterstatter. Zum Wort gemeldet ist die Frau Dr. Bachmaier-Geltewa. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (15.44 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Obzwar dem Verfassungs-Ausschußbericht ein Antrag von Abgeordneten der ÖVP zugrunde liegt, so nehme ich auch für meine Fraktion in Anspruch, daß wir Sozialdemokraten nicht minder an einer Erweiterung der Verfassungsautonomie der Bundesländer interessiert sind, und möchte dazu folgendes ausführen:

Österreich ist ein Bundesstaat, so steht es in der Bundesverfassung von 1920 geschrieben. Diese Bundesstaatlichkeit zählt zu den sogenannten Grundprinzipien der Verfassung. An föderalistischen Grundstrukturen seien zum Beispiel die Verfassungsautonomie, die Mitwirkung der Länder an der Bundesgesetzgebung in Form des Bundesrates, die Mitwirkung der Länder am Finanzausgleich sowie die doppelstrukturellen Organe, wie Bundespräsident, Bundesheer, Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof und so weiter, erwähnt. In Krisenzeiten wurde in der Verfassung der Föderalismus immer strapaziert. Dies war jedoch nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges existenzsichernd für Österreich. So bescheiden offenbar die Funktionen der Länder im Gesamtstaat zu Normalzeiten erschienen, so effektiv schienen sie in Krisen zu werden. Seit 1945 mußten kontinuierliche Kompetenzänderungen zu Lasten der Länder festgestellt werden. Zum Beispiel Verfassungsbestimmungen in einfachen Bundesgesetzen, vor allem in Wirtschaftsgesetzen. In der Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle 1974 wurde zum ersten Mal eine merkliche Verbesserung der Rechte der Länder festgelegt. Der Paragraph 15 a B-VG, uns allen bekannt, wurde geschaffen sowie die Möglichkeit des Abschlusses von Gliedstaatsverträgen auch der Länder untereinander. Im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung wurde der Landeshauptmann als Rechtsmittelbehörde letzter

Instand eingerichtet. 1976 wurde mit der zweiten Föderalismusnovelle das Zustimmungsrecht des Bundesrates bei Kompetenzänderungen zu Lasten der Länder, ein Notverordnungsrecht der Landesregierung sowie eine Neuregelung der Gemeindeverbände getroffen. 1985 wurde ein neuer Länderforderungskatalog mit Betonung des Subsidiaritätsprinzips erstellt, in welchem Bezug genommen wurde auf eine Verbesserung der Stellung der Gemeinden sowie auf den Finanzausgleich und die Erweiterung der Rechte des Bundesrates. In der B-VG-Novelle 1987 wurde die Wohnbauförderung verändert. In der Novelle 1988 erfolgte eine weitere Stärkung der Länder im Sinne von Kompetenzverschiebung, zum Beispiel Abfallwirtschaft, was aber auch zu Lasten der Länder ging. Weiters erfolgte eine verfassungsrechtliche Verankerung des Städte- und Gemeindebundes. Es wurden unabhängige Verwaltungsbehörden in den Ländern eingerichtet und die Möglichkeit des Abschlusses von Staatsverträgen von Bundesländern mit an Österreich angrenzenden Staaten geschaffen. Als erstes Beispiel ist hier zu nennen der Staatsvertrag der Steiermark mit Slowenien bezüglich der Schweine in Podgrad, die abgesiedelt werden sollten, was aber noch nicht so ganz funktionierte bis jetzt.

Man möchte nun glauben, daß mit all diesen Bestimmungen dem Föderalismus Genüge getan wurde. Daß dem jedoch nicht so ist, wird spätestens seit dem EU-Beitritt klar. Die Mitwirkung an der EU ist für jeden Staat mit einem Verzicht auf einen Teil seiner staatlichen Autonomie verbunden, was wiederum den Bundesländern Kompetenzeinbußen bringt. Diese wiegt für die Bundesländer schwerer als für den Staat, weil letzterer ein gewisses Mitwirkungsrecht in den Organen der EU hat. Das EU-Gemeinschaftsrecht kennt die föderalistische Struktur einzelner Mitgliedsstaaten nicht. Zum Zeitpunkt der Gründung der EG gab es ja nur einen föderalistisch aufgebauten Staat, die BRD. Es wurde zwar im Jahr 1992 eine Vereinbarung zwischen dem Bundeskanzler und dem Vorsitzenden der Landeshauptleute über eine Reform der Kompetenzverteilung getroffen, die gewünschte Bundesstaatsreform ist jedoch, bis auf einige Dinge, die geregelt wurden, bis dato nicht beschlossen worden. Positiv geregelt im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt wurden die landesgesetzlichen Beschränkungen betreffend den Grundstücksverkehr, um den befürchteten Ausverkauf von Grund und Boden hintanzuhalten.

Man wird sich im Zusammenhang mit der EU künftig um ein Verfahren bemühen müssen, das den Bundesländern die Mitwirkung an der innerstaatlichen Willensbildung bei EU-Vorhaben eröffnet und dort, wo ihre eigenen, nämlich Länderkompetenzen berührt werden, die Länder eine Einflußmöglichkeit auf die Entscheidung bekommen, zum Beispiel ein Recht zur Stellungnahme des jeweils betroffenen Landes zu Gesetzen anstelle des Bundes, so wie dies in einzelnen deutschen Modellen bereits der Fall ist. Föderalismus als Lebensprinzip des Bundesstaates garantiert Selbständigkeit und Vielfalt der gliedstaatlichen Ordnung, garantiert Konkurrenz und damit politische Dynamik der Territorien ihrer kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, damit

zugleich Möglichkeit des regionalen Ausgleiches und regionaler Arbeitsteilung. Föderalismus garantiert weiters die Wirksamkeit des Bundesstaates als permanentes politisches Bewegungs- und Kontrollprinzip und das Überleben des österreichischen Bundesstaates unter den neuen Lebensbedingungen der EU. Ein Europa der Regionen muß auf einem differenzierten Status der Regionen aufbauen und dennoch funktionieren.

Da die österreichischen Länder zwar in formell-organisatorischer Hinsicht den Regionen der dezentralisierten Einheitsstaaten in Europa überlegen sind, andererseits aber die Kompetenzen der Länder im europäischen Vergleich außerordentlich dürftig sind und keinesfalls einem regionalistisch verstandenen Subsidiaritätsprinzip entsprechen, müßte vor allem hier eine Föderalismusreform ansetzen. Die Kompetenzverteilung müßte einerseits vom Grundsatz der regionalen Allzuständigkeit der Länder getragen werden, und andererseits von einem europäischen Standard regionaler Aufgaben ausgehen, der aus einem Inhaltsvergleich verschiedener europäischer Regionen gewonnen werden müßte. Eine derart umfassende Änderung der Kompetenzverteilung müßte in der Finanzverfassung beziehungsweise im Finanzausgleich ihre Entsprechung finden. Es ist vor allem die Steuerhoheit der Länder auszubauen oder für die Länder, die diese Entwicklung nicht mitmachen wollen oder können, auch Wahlmöglichkeiten einer verstärkten Länderbeteiligung am Steuerverbundsystem einzuräumen. Wie sehr die Bundesländer, Städte und Gemeinden im Gesamtkonzept der EU bereits involviert sind, zeigt die Tatsache, daß zum Beispiel ihr Verschuldungsgrad in die Erreichung der Konvergenzkriterien zur Währungsunion sehr wohl miteinbezogen wird. Ich würde mir für eine künftige erfolgversprechende Bundesstaatsreform wünschen, daß zunächst zwischen Bund, Ländern und Gemeinden Einvernehmen über die von ihr ausgehenden finanziellen Auswirkungen zu erzielen ist. Es soll jeder Gebietskörperschaft die Sicherheit gegeben werden, nicht durch Entscheidungen einer anderen Gebietskörperschaft vor unvorhersehbare Finanzierungsprobleme gestellt zu werden. Mit der Bundesstaatsreform soll eine den Grundsätzen der Effizienz der Bürgernähe und einer sinnvolleren und zeitgemäßen Aufgabenverteilung verpflichtende Zusammenarbeit aller Gebietskörperschaften intensiviert werden. Es soll und darf jedoch keine Verordnung von oben erfolgen, sondern eine Vereinbarung zwischen repräsentativen Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus beschlossen werden.

Meine Damen und Herren! Öffentliche Verwaltung darf keine unpersönliche Gestalt mit Autoritätsansprüchen über Menschen sein. Sie soll eine demokratische Organisation zur Befriedigung der Bedürfnisse des Alltagslebens sein, bei der die Menschen mitverfügen können. Den Gefahren der Bürokratisierung aller Lebensbereiche ist ständig entgegenzuwirken. In diesem Sinne würde ich mir zum Wohle der Menschen in unserem Lande wünschen, daß die in Angriff genommene Bundesstaatsreform möglichst rasch, effizient und vor allem unter weitestgehender Anwendung der demokratischen Grundsätze be-

geschlossen wird. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 15.54 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über den Antrag, Einl.-Zahl 87/1, der Abgeordneten Dr. Karisch, Beutl, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch und Pußwald, betreffend Senkung des Benzolgehaltes im Benzin auf unter ein Prozent.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Eva Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Karisch (15.55 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Benzol ist ein sehr gefährliches Gift. Der Ausschuß für Umweltschutz und Energie hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Senkung des Benzolgehaltes im Benzin auf unter ein Prozent beziehungsweise der Substitution von Benzol befaßt.

Namens des Ausschusses stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, diese möge eine Senkung des Benzolgehaltes im Benzin auf unter ein Prozent beziehungsweise, soweit technisch möglich, eine Substitution von Benzol durch unproblematischere Substanzen veranlassen. (15.55 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke. Als erste zu Wort gemeldet ist die Frau Berichterstatterin.

Abg. Dr. Karisch (15.56 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Benzol ist ein gefährliches Gift, das durch die Atmung aufgenommen wird und ins Blut gelangt. Es wird in allen fetthaltigen Organen im Körper gespeichert, in der Leber, in der Niere, im Knochenmark, auch im Zentralnervensystem, wo es zu Lähmungserscheinungen führen kann. Wir wissen heute, daß Benzol kanzerogen ist. Es ist auch Stand der Wissenschaft, daß Benzol Leukämie hervorruft, und wir wissen auch, daß die Leukämie bei Kindern zunimmt. Im Vorjahr haben in Wien in Ballungszentren, an befahrenen Kreuzungen ebenso wie im Tankstellenbereich, Messungen stattgefunden, und man hat dort zu hohe Konzentrationen von Benzol gefunden.

In der Europäischen Union ist ein Benzolgehalt im Benzin bis zu 5 Prozent erlaubt. In Österreich sind 3 Prozent üblich. 3 Prozent, die heute keineswegs mehr nötig sind. Benzol ist in dieser Höhe nicht mehr nötig, und ich höre von Fachleuten, daß es auch überhaupt substituiert werden kann. In Deutschland hat man voriges Jahr bereits auf freiwilliger Basis auf ein Prozent reduziert, und man überlegt dort die Substitution. In Österreich ist lange nichts geschehen. Vor wenigen Tagen ist durch die Presse gegangen, daß die

Mineralölindustrie freiwillig ab 1. Juli 1996 versuchsweise für ein Jahr die Senkung des Benzolgehaltes im Superplus-Benzin auf ein Prozent anbieten will. Das ist sicherlich ein positiver Schritt. Aber, meine Damen und Herren, ich meine, das ist zuwenig!

Herr Prof. Marth vom Hygiene-Institut plant österreichweit eine große Untersuchung. Er wird auch in Graz den Benzolgehalt messen. Ich bin überzeugt davon, daß er ähnlich hohe Werte finden wird, wie man das in Wien festgestellt hat. Wir sollten nicht so lange warten. Wir sollten bei allen Benzinarten – womöglich – Benzol entfernen beziehungsweise zumindest auf ein Prozent absenken, unserer Gesundheit und unseren Kindern zuliebe. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 15.59 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (15.59 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich habe das große Glück gehabt, gerade gestern mit dem Chefchemiker der AVL List über das Problem Benzol im Benzin und generell über die Emissionen aus benzin- und dieselbetriebenen Fahrzeugen sprechen zu können, und kann daher bestätigen, daß unser Antrag nicht zu weit geht, sondern es tatsächlich möglich wäre, Benzol im Benzin vollständig zu ersetzen. Die Substanz, die man statt dessen einsetzen muß und kann, ist weniger schädigend, es wäre eine relative Verbesserung. Sie trägt den etwas kryptischen Namen Methyltertiärbuthylether. So ist das normal in der Chemie, daß das teilweise fast unaussprechbare Namen sind, MTBE ist der Ausdruck, den man dafür bei den Treibstoffchemikern verwendet. Kollegin Karisch hat bereits darauf hingewiesen, daß Benzol wahrscheinlich wirklich eine der problematischsten Substanzen innerhalb des chemischen Sammeluriums, das sich Benzin nennt, ist. Die gemessenen Immissionswerte überschreiten bei weitem die künftigen Immissionsgrenzwerte für Benzol. Künftig sage ich deshalb, weil das Immissionsschutzgesetz leider noch nicht im Nationalrat beschlossen wurde, aber demnächst zur Beschlußfassung ansteht.

Auch aus der Perspektive des Arbeitnehmerschutzes ist Benzol jedenfalls ein Problem. Denken Sie daran, daß sehr, sehr viele Berufe mit Benzin umgehen müssen, seien es Tankstellenpächter, seien es Leute, die an Umfüllstationen arbeiten. Und Benzol ist eindeutig – das wurde bereits festgestellt – krebs-erregend. Das bedeutet, daß keine auch noch so geringe Menge von Benzol gesundheitsverträglich ist. Auch eine sehr, sehr geringe Menge, auch bereits ein Molekül Benzol, kann Krebs auslösen. Wir dürfen uns allerdings in der Diskussion um die umweltmäßige Verbesserung von Benzin und Benzinabgasen natürlich nicht anlügen. Es wird vielleicht möglich sein, Benzol aus dem Benzin zu entfernen. Benzin allerdings und auch die Abgase aus der Benzin- und Dieselerbrennung sind, wie mir bestätigt wurde, tatsächlich auch aus Perspektive der Toxikologie ein chemischer Zoo. Wir haben uns daher in Auseinandersetzung mit verkehrsbezogenen Umweltproblemen an die Vor-

gaben des steirischen Verkehrskonzeptes zu halten: an erster Stelle Verkehr vermeiden, an zweiter Stelle Verkehr verlagern auf öffentliche Verkehrsmittel, und erst an dritter Stelle sollten wir uns darauf konzentrieren, die Schädwirkungen des dann noch notwendigen Verkehrs zu minimieren.

Der Autoverkehr, meine Damen und Herren, ist ganz eindeutig der größte Verursacher von Schadstoffemissionen, von gasförmigen Schadstoffemissionen. Österreichweit zum Beispiel betragen die Emissionen von Kohlenmonoxyd 600.000 Tonnen, von Kohlenwasserstoffen 100.000 Tonnen, von Stickoxiden 150.000 Tonnen. Die letzteren beiden sind die potentesten Vorläufersubstanzen für den sogenannten Sommersmog, das Sommerozon, das uns in den nächsten Tagen wahrscheinlich in den Sommer „überführen“ wird. Wie gesagt, der Chefchemiker von AVL List hat mich darauf hingewiesen, daß es noch eine Reihe anderer Substanzen gibt, die bei Verbrennung von Benzin oder Diesel entstehen. Ich möchte sie nur der Vollständigkeit halber hier erwähnen, um auch Ihnen einen Begriff davon zu machen, was uns noch für Debatten – über das Benzol hinausgehend – bevorstehen. Auch der krebserzeugende Ruß ist natürlich zu erwähnen, Formaldehyd, Distickstoffmonoxid, das sogenannte Lachgas – ganz und gar nicht zu lachen, das Treibhauspotential von Distickstoffmonoxid, dem Lachgas, liegt etwa 290mal höher als bei Kohlendioxid –, Ammoniak, Blausäure, Schwefelwasserstoff, Phenole, auch die bereits heute erwähnten Metalle sind typische Emissionen aus dem Autoverkehr, sei es aus dem Abrieb, sei es, weil Metalle, Metallverbindungen auch Bestandteil des Benzins und des Diesels sind.

Und last not least natürlich das Kohlendioxid, auch hier sind wir „auf dem besten Wege“, daß der Autoverkehr den größten Beitrag zum antropogenen, vom Menschen gemachten Treibhauseffekt leistet. Abgesehen von diesen umweltbezogenen Aspekten des Autoverkehrs muß man immer wieder, wenn man über Verkehr, wenn man über Umweltprobleme und Gesundheitsprobleme mit Autoverkehr spricht, die Zahl der Unfälle erwähnen. Allein letztes Jahr sind in der Steiermark rund 200 Personen durch den Autoverkehr getötet worden!

Lärmprobleme werden aus meiner Perspektive mehr und mehr zu sozialen Problemen. Wer kann es sich schon noch leisten, in Gegenden zu wohnen, die von Autolärm nicht belastet sind? Und auch der Flächenverbrauch durch den Autoverkehr ist enorm. Mehr und mehr Flächen opfern wir dem ruhenden oder dem fließenden Verkehr.

Aus dem Grund, meine Damen und Herren, hat auch die europäische Union ein Programm ins Leben gerufen, ein Programm „Auto von morgen“. Da werden Milliarden von ECU bewegt. „Auto von morgen“, darunter versteht man nicht ein Auto mit Katalysator oder ein dieseltreibendes Fahrzeug mit Katalysator, sondern man versteht darunter – die EU versteht darunter – das emissionsfreie Fahrzeug, denkbar wahrscheinlich nur als Elektrofahrzeug oder als Fahrzeug, das mit Brennstoffzellen betrieben wird.

Verkehrspolitischer Schwerpunkt, meine Damen und Herren, in der Steiermark sollte daher sein, daß wir einerseits versuchen, den Individualverkehr auf

den öffentlichen Verkehr umzulenken. Wir sollten den Schwerpunkt im Bereich „Öffentlicher Verkehr“ setzen. Wir sollten aber durchaus auch das uns Mögliche machen, einen Beitrag zu leisten zur Verringerung der Emissionen aus dem Individualverkehr. Danke sehr! (Beifall bei der SPÖ. – 16.05 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Die nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (16.05 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben einen Antrag vorliegen, der erst vor sehr kurzer Zeit in den Landtag eingebracht wurde, sehr rasch dem Umwelt-Ausschuß zugewiesen wurde und uns jetzt im Landtag wieder für eine Diskussion zu diesem Thema zur Verfügung steht. (Abg. Dr. Karisch: „Der war schon in der letzten Periode im Landtag!“) Wir wissen aber, Frau Kollegin Karisch, daß alle Anträge, die in der letzten Periode eingebracht wurden, hinfällig sind und deswegen neu in dieser Periode eingebracht werden müssen. Es ist nicht möglich, Anträge von einer Periode in die andere zu übernehmen. (Abg. Dr. Karisch: „Das ist richtig, aber er ist nicht so neu!“) Was mich sehr überrascht hat, ist, daß unser Antrag zur ennsnahen Trasse, den wir in der allerersten Landtagssitzung eingebracht haben, bis heute noch nicht auf der Tagesordnung steht. Wir haben leider nicht die Möglichkeit gehabt, in der letzten Periode im Landtag zu sein. Ich gehe davon aus, daß unsere Anträge, die auch Umweltbezug haben, die auch einen sanften Mobilitätsbezug haben, wie dieser Antrag, den wir inhaltlich mittragen, daß unsere Anträge in der gleichen Konsequenz und Geschwindigkeit dem Landtag zu einer Diskussion, zu einer Plenardiskussion zugewiesen werden sollten. Den Antrag werden wir natürlich vollinhaltlich unterstützen.

Aber ich möchte mir trotzdem erlauben, nachdem der Günter Getzinger und auch die Frau Kollegin Karisch bereits ein sehr gutes inhaltliches „Unterfutter“ geschaffen haben, noch auf einige Themen einzugehen, die für mich jetzt einmal als Vertreterin von einer Fraktion, die einen Ökologieschwerpunkt hat, in diesem Bereich bemerkenswert sind. Und ich möchte eine Verbindung herstellen zu den Wortmeldungen von der SPÖ, auch von der ÖVP und von der F bezüglich der Möglichkeiten im Bereich Arbeitsplatzsicherung, bei der Neustrukturierung von Arbeitsmärkten in der Steiermark initiativ zu werden.

Wenn Sie diesen Landtag verlassen sollten – das Hereinkommen ist ja inzwischen nicht mehr so leicht auf Grund der erhöhten Sicherheitsbedingungen –, werden Sie draußen in der Herrengasse einen Stand sehen von Leuten von der Initiative „FairKehr“. Diese Initiative bemüht sich seit ungefähr einem Jahr, die Stadt Graz dazu zu motivieren, „ULFs“ anzukaufen. Das sind Straßenbahnen, die sehr niedrig sind, die daher sehr günstig sind für den Einstieg für Behinderte.

Ich darf Sie nun bitten, daß man diesen Ankauf auch von seiten des Landes Steiermark unterstützt. Wir werden in diese Richtung in der nächsten Sitzung auch einen Antrag einbringen. Ich möchte Sie als Abgeord-

nete oder vielleicht auch als Landesräte oder Landesrätinnen bitten, diese Initiative von Leuten, die vor dem Landhaus stehen, die sehr konkret auch vorhaben, Grazer Betriebe, die diese ULFs fertigen, zu forcieren und deren Bemühungen zu unterstützen.

Ein zweiter Bereich, der noch angesprochen sei, abgesehen von den toxikologischen Auswirkungen des extrem problematischen Benzolgehaltes im Benzin: Ich weiß, daß die Förderungen des öffentlichen Verkehrs im letzten halben Jahr in diesem Landtag sehr wenig konsequent wahrgenommen wurden. Ich denke mir, es gäbe eine Möglichkeit, gerade den Nahverkehr in der Steiermark zu forcieren, sehr wohl auch mit den ganzen arbeitsmarktpolitischen Implikationen, sehr wohl auch mit den Implikationen, daß es für uns extrem unverträglich ist, sozial und gesundheitspolitisch unverträglich ist, mit Autos zu fahren, die österreichweit einen Ausstoß an Treibhausgasen haben von 31 Prozent, mit Autos zu fahren, die immer noch einen relativ hohen Benzolgehalt im Benzin haben, mit Autos zu fahren, für die wir große Flächen einfach zubetonieren. Ich denke, der Zugang, den wir forcieren müßten, ist, für die Steiermark ein Nahverkehrsfinanzierungsgesetz zu schaffen. Das ist eine Uraltinitiative, die seinerzeit schon von den Grünen im Landtag eingebracht wurde, die vier oder fünf Jahre geruht hat. Ich denke, wenn es auf Bundesebene möglich ist, jetzt endlich trotz Sparkpaket ein Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetz durchzubringen, dann wird man es hoffentlich in der Steiermark auch schaffen, dieses Nahverkehrsfinanzierungsgesetz endlich in Angriff zu nehmen, das uns zum Beispiel in Graz endlich die Möglichkeit gibt, den Ausbau der StadtRegionalbahn zu beginnen. Diese StadtRegionalbahn, ein Projekt, das inzwischen von allen möglichen Parteien immer wieder im Munde geführt, aber nicht realisiert wird, ist nach wie vor einer unserer Schwerpunkte, ist nach wie vor sehr sehr, weit von der Realisierung entfernt.

Der dritte Punkt, den ich noch ansprechen möchte, geht auch in den Bereich Mobilität und Wirtschaftsstandort Steiermark. Es ist bekannt, daß in der Umgebung von Graz jede Menge Supermärkte auf der grünen Wiese angesiedelt werden. Es ist bekannt, daß dadurch Wirtschaftstreibende in der Innenstadt allmählich auf diese Art und Weise „ausgesiedelt“ werden, nämlich ausgesiedelt werden nicht geographisch, sondern ausgesiedelt in dem Sinne, daß sie nicht mehr die Möglichkeit haben, die Kaufkraft von Grazern und Grazerinnen an sich zu binden, weil die Leute immer stärker in große Einkaufszentren fahren. Das hat sehr viel zu tun mit einer völlig verfehlten Raumordnung in der Steiermark, das hat sehr viel zu tun, daß es zum Beispiel erst einen zweiten offiziellen Flächenwidmungsplan in der Steiermark gibt. Da sind uns gerade die westlichen Bundesländer sehr weit voraus. Vorarlberg und Tirol geben uns da einiges zum Nachlernen. Ich möchte Sie bitten, und wir werden diesen Antrag von der Kollegin Karisch sehr gerne unterstützen, daß man Mobilitätsthemen stark vernetzt diskutiert, nicht nur reduziert auf Benzolfragen, nicht nur reduziert auf diese extremen toxikologischen Auswirkungen, sondern auch, wie gerade genannt, Möglichkeiten miteinbezieht, den steirischen Arbeitsmarkt durch den Einkauf von „Produkten der sanften

Mobilität“, Stichwort ULF, oder Doppelstockwaggon, zu fördern beziehungsweise in der Raumordnung endlich diese Zersiedelungspolitik, die in den letzten Jahren gerade von der F immer wieder betrieben wurde, in den Griff zu kriegen. Danke. (Beifall bei den Grünen. - 16.12 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die Annahme fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Kontroll-Ausschusses über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 9/1, in bezug auf das Bundesland Steiermark - Verwaltungsjahr 1994 (Wiedereinbringung).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Mag. Hohegger.

Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Mag. Hohegger (16.13 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Im Tagesordnungspunkt 11 geht es um den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf das Bundesland Steiermark. Die Schwerpunkte sind im allgemeinen Teil unter Planen und Finanzierung der Krankenanstalten, im besonderen Teil unter Bericht betreffend das Bundesland Steiermark, eine Abhandlung über die Verwertung des Kraftwerkes Zwettendorf. Weiters geht es um die Strukturreformmittel des Krankenanstaltenszusammenarbeitsfonds und im Kapitel 5 um Teilgebiete der Gebarung in bezug auf die Landeshauptstadt Graz sowie im sechsten Schwerpunkt um die Stadtgemeinde Leoben, Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungs-Ges. m. b. H. Der Kontroll-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 7. Mai 1996 über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf das Bundesland Steiermark, Verwaltungsjahr 1994 (Wiedereinbringung), Einl.-Zahl 9/1, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Kontroll-Ausschuß stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf das Bundesland Steiermark, Verwaltungsjahr 1994, wird zur Kenntnis genommen.

Zweitens: Die Landesregierung wird beauftragt, mit der Landeshauptstadt Graz Gespräche über die im Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes aufgezeigten Mißstände zu führen und binnen sechs Monaten dem Landtag zu berichten. (16.13 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich. Es hat sich die Frau Abgeordnete Gross zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Gross (16.14 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte zum Prüfergebnis der Landeshauptstadt Graz einige Punkte festhalten. Zum Ersten: Es handelt

sich um die Überprüfung der Gebarung 1991 bis 1993, und viele Kritikpunkte sind obsolet.

Konkret zur Kritik: Zum Haushaltsvollzug ist festzuhalten, daß sich die hohen Abweichungen und Überschüsse durch die Mehrjährigkeit des außerordentlichen Haushaltes ergeben haben. Des weiteren wurden in den angesprochenen Jahren Zuführungen aus dem ordentlichen Haushalt in den außerordentlichen Haushalt vorgenommen. Wie auch im Bericht festgestellt wird, hat der jetzige Finanzreferent der Stadt Graz auch auf Grund der Feststellungen des Rechnungshofes ab dem Haushaltsjahr 1995 die jährliche Erstellung für den außerordentlichen Voranschlag angeordnet. Auch wurde eine mittelfristige, derzeit bis 1999, Finanz- und Investitionsplanung in der Stadt Graz eingeführt.

Zu den Ertragsanteilen: Hier wird hinkünftig eine längerfristige Vorschau unter Berücksichtigung möglicher Einnahmenentwicklungen heranzuziehen sein. In gleicher Weise hat dies für die Schätzung des Aufkommens eigener Steuern und Abgaben zu gelten.

Zur Finanzverwaltung: Das Fehlen einer Haushaltsordnung wurde zu Recht kritisiert. Man ist bereits im Fertigwerden dieser Haushaltsordnung. Es fehlt noch die Schlußredaktion vom KDZ, dem Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrum in Wien. Gleichzeitig sollen Richtlinien für die Ermittlung von Folgekosten mitberechnet werden. In der Finanzverwaltung wird auch das Instrument des Controlling aufgebaut. Im Dienstpostenplan 1996 ist hiefür ein A-Posten neu vorgesehen, und die Personalaufnahme wird in Kürze erfolgen. Ebenso wird im Bereich des Finanzressorts an der Erarbeitung einer Kostenrechnung unter Mitarbeit externer Berater gearbeitet.

Zum Stadtsteueramt: Das Stadtsteueramt wird im Rahmen der Stadtverwaltungsreform mit externen Betriebsberatern neu strukturiert und wird sodann nach der ISO-Norm 9002 zertifiziert. Die im Rechnungshofbericht beanstandeten Rückstände wurden aufgearbeitet. Das Exekutionsreferat wurde bereits personell verstärkt. Auch wurde durch Installierung von neuer Software eine Entlastung des Referates bewirkt. Eine weitere Entlastung findet dadurch statt, daß die Abstattung der Grundsteuer und der Hausgebühren durch die Abgabepflichtigen mittels Abbuchungsauftrag eingerichtet wurde.

Zur Lustbarkeitsabgabe: Die Empfehlung des Rechnungshofes für die Einbringlichmachung der Lustbarkeitsabgabe verstärkt die gesetzlichen Möglichkeiten der Nachschätzung, Haftungsbescheide und Vollstreckung anzuwenden und wird vom städtischen Steueramt in Zusammenarbeit mit der Finanzabteilung bereits umgesetzt. Die dem Casino anlässlich des Vertragsabschlusses im Jahr 1984 zugestandenen finanziellen Vorteile wurden deshalb gewährt, um den Standort Graz der damaligen Spielbanken-AG schmackhaft zu machen. Durch die Errichtung des Spielcasinos erwartete sich die Stadt wesentliche positive Auswirkungen, erstens im Bereich der Einnahmen der Stadt aus den Abgabenertragsanteilen, an der Spielbankenabgabe, durch die Schaffung von rund 80 Dauerarbeitsplätzen, die sich aus der Belebung des Fremdenverkehrs ergebende Umwegrentabilität, zusätzliche Einnahmen an Lustbarkeitsabgabe, die Möglichkeit zu gemeinsamen Werbeaktivitäten.

Dazu kam auch noch die Gelegenheit einer sinnvollen Nutzung der damals leerstehenden Räumlichkeiten des Kongreßzentrums. Grundlage für die Einhebung einer Lustbarkeitsabgabe war nicht eine Vereinbarung mit dem Spielcasino, sondern vielmehr machte die Stadt Graz von ihrem freien Beschlußrecht Gebrauch zur Festlegung des Steuersatzes gemessen am Eintrittsgeld. Da in der damals geltenden Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Graz kein spezieller Abgabensatz für den Besuch von Spielcasinos vorgesehen war, wurde in Angleichung an bestehende Regelungen in anderen Spielcasinogemeinden mit Gemeinderatsbeschluß vom 2. Februar 1984 die Lustbarkeitsabgabeordnung in diesem Punkt sohin ergänzt, daß für den Besuch des Spielcasinos 15 Prozent der Eintrittspreise an Lustbarkeitsabgabe zu erheben waren. Mit Gemeinderatsbeschluß vom 9. Dezember 1993 wurde festgehalten, daß ab 1. Jänner 1994 keine Lustbarkeitsabgabe mehr eingehoben wird, weil ab diesem Zeitpunkt auch keine Eintrittsgelder mehr eingehoben werden, dafür aber auch keine Leistungen durch die Stadt Graz erfolgen.

Zu den Parkgebühren: Das Parkgebührenreferat ist nunmehr in der Wielandschule untergebracht. Es hat nicht nur neue Amtsräumlichkeiten, sondern auch eine neue Infrastruktur, ein neues Team unter der Leitung von Dr. Gottfried Polatschnig, einem erfahrenen Verkehrsjuristen. Sämtliche Rückstände wurde aufgearbeitet. Zur Kritik des Rechnungshofes, daß den Rechtshilfeersuchen nach der BRD nicht in allen Fällen voll nachgekommen wurde, ist festzuhalten, daß diese nur 60 Prozent erfolgreich sind. Hier wird von der Stadt Graz nach verwaltungsökonomischen Grundsätzen vorgegangen. Sogenannte Mehrfachtüter werden jedoch sehr wohl verfolgt. Obwohl steuerrechtlich nicht relevant, sind hier auch Tourismusüberlegungen eingeflossen, zudem mit Italien, Ungarn, Tschechien, Kroatien, Slowenien und so weiter noch kein Rechtsilfeabkommen besteht.

Zum Stadtrechnungsamt: Im Zusammenhang mit der Kritik erfolgt derzeit eine Neustrukturierung auch nach Einführung einer neuen EDV-Software. Derzeit wird das System „BKF“, das bedeutet „Betriebswirtschaftlich-Kamerales Finanzsystem“, erfolgreich getestet. Es wird in diesem Bereich auch zur Dezentralisierung des Amtes kommen. So kommen Teile des Rechnungsamtes in die anordnungsbefugten Dienststellen, der verbleibende Teil, die Hauptbuchhaltung, die Hauptstadtkassa und die Kontrolle, werden der Finanzabteilung angeschlossen. Dadurch wird es auch zu Personaleinsparungen kommen. Zu den kritisierten Darlehen ist festzuhalten, daß in den letzten Jahren die Aufnahme städtischer Darlehen österreichweit bei Banken und Versicherungen ausgeschrieben werden. Es bestehen auch Kontakte zu ausländischen Instituten. Zurzeit gibt es Finanzierungsgespräche mit der europäischen Investbank in Luxemburg. Auch die Begebung einer Stadtanleihe wird überlegt. Ich möchte auch festhalten, daß die Stadt Graz im Wege einer Leasingfinanzierung ein großes Schulinstandsetzungsprogramm in Angriff genommen hat. In der ersten Etappe wurde bereits 170 Millionen investiert, bei der zweiten Etappe, die derzeit läuft, werden 180 Millionen Schilling investiert.

Zum Personal: Um bei den Personalausgaben zu einer Reduktion zu kommen, ist man bemüht, in der gesamten Stadtverwaltung eine Verwaltungsreform, wie auch im Land, durchzuführen. Derzeit gibt es intensive Beratungen im Bereich der Zusammenlegung von städtischen Werkstätten. Das Stadtmuseum wurde einer neuen Struktur zugeführt. Das Orpheum und die Schloßbergbühne wurden der Verwaltung der Vereinigten Bühnen unterstellt. Das Geriatriische Krankenhaus und das Stadtgartenamt sollen neuen Organisationsformen zugeführt werden. Gemeinsam mit der Personalvertretung überlegt die Stadt Graz, eine eigene Verwaltungsakademie einzuführen.

Meine Damen und Herren, wie Sie alle wissen, hält der Rechnungshof von sich aus in vakanten Bereichen, wo es Kritik des Rechnungshofes gab oder gibt, Nachschau. Im Kontroll-Ausschuß wurde ein Zusatzantrag formuliert, der im zweiten Punkt beinhaltet, daß die Landesregierung beauftragt wird, mit der Landeshauptstadt Graz Gespräche über die im Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes aufgezeigten Mißstände zu führen und binnen sechs Monaten dem Landtag zu berichten.

Meine Damen und Herren, ich bin seit einigen Jahren im Kontroll-Ausschuß und habe auch schon einige kritische Berichte des Rechnungshofes gehört oder auch selbst berichtet. Ich weiß auch, wie wir bis jetzt mit diesen Berichten umgegangen sind. Dieser Zusatzantrag ist demnach eine Demonstration ausschließlich gegen die Stadt Graz, die unsere Fraktion als nicht notwendig empfindet. Daher wird dieser Zusatzantrag

– wie auch schon im Ausschuß – von unserer Fraktion keine Zustimmung finden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 16.23 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe.

Ich stelle die Annahme fest.

Abg. Vollmann: Herr Präsident! Bitte, wir haben gesagt, wir stimmen dem Antrag nicht zur Gänze zu, nur dem ersten Punkt des Antrages des mündlichen Berichtes, aber nicht dem zweiten Punkt.

Präsident: Jawohl, ich habe das gehört und habe das auch so aufgefaßt.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem zweiten Teil des Antrages, betreffend die Aufnahme von Gesprächen mit der Landeshauptstadt Graz über die im Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes aufgezeigten Mißstände, zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest und erkläre die heutige Sitzung für erledigt. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen, ich bedanke mich. (Ende der Sitzung: 16.25 Uhr.)